

Info-Blatt 73

Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so

Dezember 2008

angst

begehren

Liebe Leserinnen und Leser,

Unsere neue Untertitelung ist euch bestimmt aufgefallen. Altes neu verpackt. Wir haben einen neuen Untertitel: Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so.

Ein Infoblatt zum Themenschwerpunkt Angst/Begehren zu machen löst – wie wir beobachten konnten – zwei Arten von Reaktionen aus. Skepsis bei den einen, Neugierde bei den anderen. Tatsächlich war das Thema bisweilen eine Gratwanderung zwischen Theorie und Emotion, in dem aber auch – wie wir finden – der Reiz dieses Themas liegt. Wie kann mit etwas, das uns so unmittelbar betrifft wie unsere Angst und unser Begehren, politische Macht ausgeübt werden?

Der Artikel „Angst/Begehren“ versucht Angst und Begehren als Regierungs- und Selbsttechniken zu lesen. Der Artikel von Isabell Lorey behandelt die Selbstprekariisierung von Kulturproduzent_innen.

In den Interviews mit David Morales und Mitarbeiter_innen von CIEPAC haben wir gefragt, welche konkreten Auswirkungen eine Politik der Angst auf die Gesellschaft in El Salvador bzw. Mexiko hat. Der Artikel „Bonjour tristesse – Leben im Passauer Hinterland“ zeigt, wie in der BRD mit Angst Flüchtlingspolitik gemacht wird. Der Titel des Interviews „Über das Begehren jenseits gesellschaftlicher Normen und warum uns die Angst unsichtbar macht“ spricht für sich.

Ein großes Gewicht haben in dieser Ausgabe Berichte über Nicaragua. Das ist der erfreulichen Tatsache zu verdanken, dass wieder einmal eine Brigade mit dem Ökumenischen Büro in diesem Land war. Leider sind aber einige Erfahrungen, die sie dort gemacht haben, gar nicht erfreulich. In dem Artikel „Eine Diktatur fällt nicht vom Himmel; Etwas soziale Politik und viel Repression“ geht es um die Ambivalenz der Politik der Regierung Daniel Ortega. Offensichtlich nimmt

die Repression zu und es drängt sich der Verdacht auf, dass die sozialen Wohltaten, die es zweifelsohne gibt, für Ortega auch nur ein Mittel auf dem Weg zur Macht sind. Die Gemeindewahlen von Anfang November, über die im Artikel „Nach den Regeln des Pacto: Der FSLN gelingt ein höchst umstrittener Wahlsieg“ berichtet wird, jedenfalls wurden von der FSLN als wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Macht angesehen. Kurz nach der Wahl, im Augenblick da dieses Heft erscheint, ist die Lage verworren und voller Spannung. Nichts kann abgeschlossen werden, auch nicht, dass die FSLN für den Ausbau der Macht zum Mittel der Wahlfälschung gegriffen hat.

Um die Situation von Frauen in Lateinamerika geht es in den beiden Artikeln „If I can't abort, it's not my revolution“ und „Wir sind nicht da, um ewig für sie die Opfer zu spielen!“. Der erste gibt einen Überblick über Lateinamerikas Gesetze zur Abtreibung. Er zeigt nicht nur, dass die Gesetze dort zu den härtesten der Welt gehören, sondern auch, dass die auf dem Kontinent spürbare Hinwendung zu einer linken Politik wenig mit einer Liberalisierung beim Schwangerschaftsabbruch zu tun hat. Der zweite Artikel gibt ein Interview mit salvadorianischen Sexarbeiterinnen von der Organisation OTS wieder.

Schon im letzten Heft hatten wir von den laufenden Verhandlungen zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika berichtet. In dem Artikel „Copy and paste? Die Außenhandelspolitik der EU in Zentralamerika“ werden diese Verhandlungen als Teil der aktuellen EU-Strategie betrachtet. Global Europe Strategie nennt die EU selbst diese Strategie mit der sie ihr Ziel erreichen will „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“.

Das Redaktionskollektiv

Inhaltsverzeichnis

Angst – Begehren

ANGST / BEGEHREN	
Regierungstechniken, Selbsttechniken und die soziale Hängematte	3
Sie können es wieder machen	6
In Mexiko wurde aus der Macht ein Tisch ohne Beine	10
Gouvernementalität und Selbst-Prekariisierung	13
Über das Begehren jenseits gesellschaftlicher Normen oder warum uns die Angst unsichtbar macht	19
Bonjour tristesse – Leben im Passauer Hinterland	22

Lateinamerika

If I can't abort, it's not my revolution	24
--	----

Zentralamerika

Copy and paste? Die Außenhandelspolitik der EU in Zentralamerika	27
--	----

El Salvador

„Wir sind nicht da, um ewig für sie die Opfer zu spielen!“	31
--	----

Nicaragua

Eine Diktatur fällt nicht vom Himmel	
Etwas soziale Politik und viel Repression	34
Nach den Regeln des Pacto: Der FSLN gelingt ein höchst umstrittener Wahlsieg	37

Impressum: Das Info-Blatt wird herausgegeben vom Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str. 13, 81667 München.

Telefon: 089 - 448 59 45

Telefax: 089 - 48 76 73

E-mail: info@oeku-buero.de

Homepage: www.oeku-buero.de

Konto: 561 76 258, SSK München, BLZ 701 500 00

Flugdienst: 089 - 89 22 49 61 / Fax -62

E-mail: flug@oeku-buero.de

Redaktion und Layout: Angelika Haas (ah), Babs Kwapkowski, Detlef von Bismarck, Eberhard Albrecht (ea), Eva Bahl, Eva-Maria Bach, Kaus Pinzek, Marianne Walther, Philip Zölls, Ruth Weizel, Yesenia Vasquez, Zara Pfeiffer (zp)

Fotos: Ökumenisches Büro

Druck: ulenspiegel druck gmbh, Andechs

Auflage: 1.000

Onlineausgabe unter www.oeku-buero.de

V.i.S.d.P.: Klaus Pinzek (Ökumenisches Büro)

Das Infoblatt des Ökumenischen Büros wird gefördert durch die



Landeshauptstadt
München
Kulturreferat

ANGST / BEGEHREN

Regierungstechniken, Selbsttechniken und die soziale Hängematte

(zp) Mit wem reden wir über unsere Angst? Und mit wem über unser Begehren, unsere Sehnsüchte, Träume, Wünsche? Mit unseren Freund_innen, Partner_innen, Therapeut_innen und manchmal auch mit niemandem? Wir offenbaren uns, wenn wir unserem Gegenüber von unserer Angst und unserem Begehren erzählen, zeigen, wo möglicherweise wunde Stellen liegen, werden angreifbar. Wovor wir Angst haben und was wir begehren ist persönlich, Teil unserer Identität: Wir haben Angst unseren Arbeitsplatz zu verlieren, keinen Job zu finden, abgeschoben zu werden, wir haben Angst vor Hunden, Vergewaltigern, prügelnden Polizist_innen, Nazis, dass unseren Kindern etwas passiert, unsere Rente nicht sicher ist, unsere Beziehung in die Brüche geht, wir haben Angst zu versagen, verletzt zu werden oder krank ... Wir träumen von der idealen Stelle, einer Aufenthaltserlaubnis, einer schicken Wohnung, dem neuen Auto, der perfekten Beziehung, wir wollen erfolgreich sein, gut aussehen, beliebt, intelligent, frei, widerständig, je nachdem.

Abhängig von unserer individuellen und kollektiven Geschichte, abhängig vom Kontext, in dem wir uns bewegen, unterscheiden sich unsere Angst und unser Begehren. Wovor wir Angst haben und was wir begehren ist ein Teil unseres individuellen Selbst. Wir haben versucht, dieses Selbst als ein unter anderem von Angst- und Begehrenstechniken konstituiertes zu betrachten. Was bedeutet das? Wer wir sind, wovor wir Angst haben und was wir begehren bildet keine Einheit und ist nicht festgelegt. Wir sind nicht notwendigerweise mit uns selbst identisch, unser Selbst ist weder statisch noch kohärent, sondern in sich gebrochen, widersprüchlich und wandelbar. Unsere Angst und unser Begehren erzählen keine festgeschriebene, ursprüngliche oder authentische Wahrheit über uns. Unsere Angst und unser Begehren sind zwar Teil unserer

Identität, diese Identität hat aber keinen harten Kern, sondern schichtet sich in einem permanenten Prozess auf und um. Angst und Begehren sedimentieren sich nicht zuletzt durch die Akte des Offenbarens und Gestehens, die somit niemals rein deskriptiv, sondern immer auch konstitutiv für unser Selbst sind. Vor diesem Hintergrund haben wir versucht Angst und Begehren nicht mehr nur als individuellen Ausdruck unserer Persönlichkeit, sondern als Machttechniken zu lesen, entlang der wir regiert werden und uns selbst regieren.

Gouvernementale Regierungs- und Selbsttechniken

Hintergrund dieser Überlegungen ist das Konzept der Gouvernementalität nach Michel Foucault, der mit dem Begriff Gouvernementalität eine dem Liberalismus und Neoliberalismus zuzuordnende Form der Machtausübung bezeichnet, die hierzulande seit dem 18. Jahrhundert zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Im Gegensatz zu juristischen Formen der Machtausübung, die auf Gesetzen und Verboten beruhen, und disziplinieren-

den Machtformen, die Macht mittels Überwachung und Kontrolle der Individuen ausüben, zielt die gouvernementale Form der Machtausübung auf eine biopolitische Regulierung der Bevölkerung. Dies geschieht über die Regulierung von Wahrscheinlichkeiten mit Hilfe von Statistiken, über beispielsweise Geburtenkontrolle, Städte- und Wohnungsbau, Verkehrsplanung, Impfpraktiken etc. Anders als beim Gesetz, das eine *Norm* kodifiziert, und der Disziplin, welche die Individuen an einer festgesetzten *Norm* ausrichtet, reguliert die Gouvernementalität die Bevölkerung möglichst effektiv im Hinblick auf das *Normale* im Sinne eines Mittelwertes. Die gouvernementalen Machttechniken beruhen nicht mehr auf umfassenden Verboten oder absoluter Kontrolle, sondern zielen auf die Herstellung von Freiheit einerseits und Sicherheit andererseits sowie auf die Ausbalancierung eines diffizilen und paradoxen Gleichgewichts dieser beiden Elemente. Gouvernementale Macht auszuüben bedeutet, den Handlungsspielraum von freien Menschen zu beeinflussen und zu strukturieren (ihn eben nicht vollständig zu bestimmen) und im eigentlichen und weit



Regierungstechniken – Selbsttechniken?

gefassten Sinn des Wortes *Regieren*: Führung auszuüben sowohl über andere als auch über sich selbst. Dies geschieht über Regierungstechniken auf der einen und den sogenannten Selbsttechniken auf der anderen Seite. Die Regierungstechniken richten sich auf unterschiedliche Felder möglicher Handlungen, bieten Anreize, verführen, behindern, erleichtern oder erschweren, um die Wahrscheinlichkeit bestimmter Handlungen je nachdem zu verringern oder zu erhöhen. Die Selbsttechniken, die mit den Regierungstechniken im Dialog stehen, sie befragen und auf sie antworten, umfassen die eigenen Versuche und Anstrengungen, aber auch die Freiheit der Individuen, sich innerhalb der durch die Regierungstechniken vorkonstruierten Felder zu bewegen und zu behaupten. Die Selbsttechniken lassen sich somit aus zwei verschiedenen Perspektiven betrachten, sie beinhalten sowohl ein Moment der Herrschaft als auch ein Moment der Freiheit. Sie werden als Herrschaftstechnik verwendet, die darauf zielt, einen Konsens zwischen Regierung und Regierten herzustellen, indem sie das Umfeld der Regierten strukturiert und die Diskurse fördert, welche die Individuen dazu bringen, sich, im Sinne der Regierung, selbst zu regieren. Die Techniken des Selbst können aber auch verwendet werden, um Machtstrukturen zu unterlaufen und die totalisierenden und individualisierenden Machtmecha-

nismen, die sich im Inneren der Individuen entfalten, zurückzuweisen.

Angst- und Begehrenstechniken

Was bedeutet es vor diesem theoretischen Hintergrund, wenn wir versuchen, Angst und Begehren als Regierungs- und Selbsttechniken zu lesen? Zum einen, dass das, wovor wir uns fürchten und was wir begehren, nicht aus uns selbst heraus, sondern entlang mehr oder weniger wirkmächtiger Diskurse und Dispositive¹ entsteht. Zum anderen, dass unsere Angst und unser Begehren, die wir nur allzugerne im Verborgenen halten und von denen wir oft – wenn überhaupt – nur engen Vertrauten erzählen, weniger privat sind, als wir geneigt sind zu denken, sondern Effekt von Regierungstechniken, die wir in Selbsttechniken übersetzen.

Angst, die auch von der Wortbedeutung mit Enge/Beklemmung/Würgen in Verbindung gebracht werden kann, führt zu einer Verengung von Handlungsspielräumen. Angst wirkt deshalb zunächst auch disziplinierend, indem sie individualisierte Subjekte hervorbringt, die sich und ihre Handlungen nach Benthams Modell des Panopticon² permanent selbst überwachen und kontrollieren, da sie davon ausgehen müssen, immer von einem unsichtbaren Außen überwacht zu werden, ohne dies jemals verifizieren

zu können. Die kalkulierte Reaktion auf dieses Modell besteht darin, bestimmte Verhaltensweisen aus Angst vor den Konsequenzen oder bestimmte angstbesetzte Situationen zu vermeiden. So gehen wir beispielsweise für gewöhnlich nicht in ein Kaufhaus und suchen uns die Sachen aus, die wir schön finden und nehmen sie (ohne zu bezahlen) mit. Könnten wir sicher sein, dass so ein Verhalten keine Konsequenzen hat, dann würden es vermutlich viel mehr Menschen praktizieren. Aus Angst vor Konsequenzen vermeiden wir es auch, unseren Chef_innen immer so deutlich unsere Meinung zu sagen, wie wir es manchmal gerne täten. Und manchmal gehen manche von uns aus Angst vor Repression und gewaltsamen Übergriffen auch nicht auf bestimmte Demos. Angst als Regierungstechnik erzeugt über Diskurse, Verordnungen, Gesetze, Maßnahmen etc. angstbesetzte Orte, Räume und Situationen. Dabei kann es sich um das Anbringen von Überwachungskameras im öffentlichen Nahverkehr, die Debatte über jugendliche Gewalttäter oder die Lagerpolitik der bayerischen Staatsregierung handeln. Ein Angstdiskurs kann aber auch so diffus sein, dass er zwar kein konkretes Vermeidungsverhalten zur Folge hat, sondern andere Effekte hervorruft, mit denen die Sicherheit (als Gegenüber der Angst) wiederhergestellt werden soll. Der Diskurs über *islamistische Schläfer, die irgendwann terroristische Anschläge verüben könnten*, hat zum Beispiel eine diffuse Angst erzeugt, die umso wirkmächtiger war, da sie an bestehende rassistische Stereotype angedockt und diese reproduziert hat. Effekt dieses Angstdiskurses war eine zunehmende Akzeptanz von Gesetzesverschärfungen, die eine Wiederherstellung der Sicherheit versprochen.

Die individuellen Strategien und Selbsttechniken, sich zu den angstzeugenden Regierungstechniken zu verhalten, können sehr unterschiedlich sein und müssen im Einzelnen nicht notwendigerweise dem gewünschten Muster entsprechen. Als Individuen haben wir immer auch eine mehr oder weniger große Freiheit, uns abweichend zu verhalten. Neben Vermeidung oder Ignorieren können die Angsträume und Situationen auch



Soziale Hängematte?

verschiedene Formen von *Gegen-Verhalten* zur Folge haben, das sich dem erwarteten *Normalen* widersetzt.

Begehren, mit dem nicht nur ein sexuelles, sondern auch ein soziales, ökonomisches und politisches Begehren gemeint ist, wirkt als Regierungs- und Selbsttechnik im Gegensatz zur Angst direkt aktivierend. Begehren als Regierungstechnik anzuwenden bedeutet, die Individuen und die Bevölkerung direkt anzusprechen und auf das individuelle und kollektive Begehren so zu antworten, dass es in die gewünschte Richtung gelenkt wird. Foucault sagt zum Begehren als Regierungstechnik in seinen Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernamentalität: „Das Problem derjenigen, die regieren, darf es absolut nicht sein, zu erfahren, wie sie nein sagen können, bis wohin sie nein sagen können, mit welcher Berechtigung sie nein sagen können. Das Problem ist, zu wissen, wie ja sagen zu dieser Begierde.“⁴³ Der Versuch, die Geburtenrate bei bestimmten Bevölkerungsgruppen zu steigern, läuft nicht über Zwangsmaßnahmen, die alle Frauen dazu zwingen, die gewünschte Anzahl an Kindern zu gebären, sondern über Anreizprogramme, die möglicherweise vorhandene Kinderwünsche positiv bestärken und zur konkreten Umsetzung bringen sollen. Ein anderes Beispiel für aktivierende Regierungstechniken sind Gesundheitskampagnen und Bonusprogramme der Krankenkassen, welche Schönheits- und Fitnessdiskurse aufgreifen und den Wunsch, *gut auszusehen*, dahingehend bestärken, dass sie Fitnessveranstaltungen, Rückenschulen und Abnehmkurse nicht nur vergünstigt anbieten, sondern die regelmäßige Teilnahme mit zusätzlichen Bonbons belohnen. Zentraler Punkt ist hier, dass diese Maßnahmen nicht darauf zielen, *alle* zu erreichen, sondern eine möglichst breite Streuung bei effektiver Kosten-Nutzen-Kalkulation zu erreichen. Als Selbsttechnik führt Begehren dazu, dass wir uns, wenn wir etwas wollen, besonders viel Mühe geben, dass wir bereit sind, Zeit und Geld zu investieren, dass wir uns abrackern, Niederlagen und Demütigungen wegstecken, dass wir Freundschaften und Beziehungen vernachlässigen, dass wir bereit sind, alle unsere Fähigkeiten und Ressourcen einzusetzen, um unser Ziel zu erreichen. Gelingt es, ein Begehren

mit diesem Potential zu wecken und/oder in eine bestimmte Richtung zu lenken, dann erübrigen sich andere Zwangs- und Kontrollmittel. Wenn es ein Außen gibt, dem es gelingt, unser Begehren zu lenken, dann braucht es kein Außen mehr, das uns antreibt, da wir diese Rolle bereitwillig selbst übernehmen. Was heißt das? Dass unser Begehren das ist, was uns unterwirft? Dass wir uns im Zweifelsfall auch durch unser Streben nach Freiheit in Machtnetzen verheddern und dies häufig nicht einmal bemerken? Ja und nein. Wir selbst sind Teil dieser Netze, wir selbst knüpfen sie (und damit uns) mit und verheddern uns währenddessen darin. Wir haben aber immer auch eine gewisse Freiheit anders zu knüpfen, auch wenn das keine Garantie ist, dass wir uns dann nicht mehr verheddern.

Verrückte Angst / perverses Begehren?

Was passiert, wenn unsere Angst und unser Begehren von der *Norm* oder von dem, was als *Normal* gilt, abweichen? Angst- und Begehrensabweichungen werden meist als verrückt bzw. pervers pathologisiert. Eine Frau, die nachts allein auf dem Heimweg ist, hat Angst zu haben vor sexueller Belästigung. Die *Abkürzung durch den dunklen Park sollte sie nicht nehmen!* (Entscheidet sie sich dennoch für diese Abkürzung, ist sie leichtsinnig und für mögliche Konsequenzen selbst verantwortlich.) Was aber, wenn eine Frau nicht nachts, sondern tagsüber Angst hat, durch diesen Park voller sonntäglicher Spaziergänger zu gehen und ihn deshalb meidet? Im ersten Fall gilt es als normal, Angst zu haben, im zweiten Fall als verrückt. Dabei ist es für die Zuweisung normal oder verrückt unerheblich, ob eine Angst einen *rationalen* oder einen *irrationalen* Hintergrund hat. Normal ist, was gesellschaftlich hegemonial ist. Dies gilt nicht zuletzt auch in Bezug auf sexuelles Begehren, bei dem das *Normale* durch das Konstrukt der Natürlichkeit zusätzlich gefestigt wird. Begehren wir nicht monogam, heterosexuell und mit eindeutiger Geschlechtszugehörigkeit, dann gelten wir schnell als unnatürlich, anormal, pervers. Aber auch andere Begehrensformen, die aus der Reihentanz, sorgen für Irritation und Be-

fremden. Seltsam, wenn jemand nicht erfolgreich, gut aussehen und intelligent sein will.

Der Bereich des Anormalen, Seltsamen, Verrückten, Perversen bildet das notwendige Gegenüber einer wie auch immer gefassten Normalität. Das Normale wird durch das Anormale nicht etwa in Frage gestellt, sondern bestätigt. Für die Individuen, deren Angst und/oder Begehren abweicht, bedeutet das, dass sie das notwendige Außen einer normalisierenden Subjektivierung verkörpern, indem sie an dieser scheitern. Zentral ist also nicht ein bisschen verrückte Angst oder ein wenig seltsames Begehren, sondern das tagtägliche Scheitern an den Normalisierungspraxen, die für eine gesellschaftlich anerkannte Konstitution des Selbst erforderlich sind.

Widerständige Perspektiven in der sozialen Hängematte?

Was machen wir jetzt mit unserer Angst und unserem Begehren? Einfach so abstellen oder beliebig verändern geht nicht. Was also bringt es uns, wenn wir versuchen, Angst und Begehren als Regierungstechniken und als Selbsttechniken zu lesen, wenn wir nach dieser Lektüre genauso viel Angst haben wie zuvor, wenn wir genauso lieben, träumen, resignieren, uns abmühen für den eigenen Erfolg, gegen Windmühlen und für emanzipatorische Veränderungen ... Nichts? Hoffentlich nicht ganz. Erkenntnisgewinn? Vielleicht.

Was wir brauchen sind soziale Netze, die uns auffangen, wenn wir uns von unserer Angst und unserem Begehren isolieren lassen und selbst isolieren, und die uns die Möglichkeit und den Freiraum geben für kritische und emanzipatorische Theorie und Praxis. Wir brauchen soziale Hängematten, in denen wir uns ausruhen und zurücklehnen können, um zu reflektieren, wie wir die Mechanismen zurückweisen können, die uns normalisieren und an denen wir entweder scheitern oder zu sozial anerkannten Subjekten werden.

Theoretische Bezüge

Judith Butler: Haß spricht. Zur Politik des Performativen / Körper von Gewicht. Die diskursiven Grenzen des

Geschlechts / Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung
 Michel Foucault: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses / Sexualität und Wahrheit I-III / Geschichte der Gouvernementalität I, II / Dits et Ecrits I-IV
 Mehr Foucault unter:
www.foucaultundco.blogspot.com

¹ Mit dem Begriff Dispositiv bezeichnet Foucault strategische Formationen, „bestehend aus Diskursen, Institutionen, architektonischen Einrichtungen, reglementierenden Entscheidungen, Gesetzen, administrativen Maßnahmen, wissenschaftlichen Aussagen, philosophischen, moralischen und

philanthropischen Lehrsätzen, kurz, Gesagtes ebenso wie Ungesagtes.“ (Michel Foucault: *Das Spiel des Michel Foucault, Dits et Ecrits III*, Nr. 206, S. 392)

² Das Benthamsche Panopticon ist ein von Jeremy Bentham erfundenes Gefängnismodell, das aus einem Zentralturm besteht, der von einem Ring aus voneinander vollständig abgeschirmten Zellen umgeben ist. Vom Beobachtungsposten des Turms kann jede Zelle vollständig überwacht werden. Die Gefangenen in den Zellen dagegen können weder die Zellen ihrer Mitgefangenen, noch den Beobachtungsposten einsehen. Die Unsichtbarkeit des selben führt nicht nur dazu, dass jede_r die Funktion der Wächter_Innen einnehmen kann, sondern

auch dazu, dass die Überwachung auch dann aufrechterhalten wird, wenn der Beobachtungsposten unbesetzt bleibt. Die Hauptwirkung des Panoptismus besteht somit in der permanenten Selbstüberwachung und -kontrolle der Gefangenen, die immer davon ausgehen müssen, beobachtet zu werden, da sie nicht wissen, wann und von wem der Beobachtungsposten besetzt ist und wann nicht. Michel Foucault verwendet das Panopticon in seinem Buch *Überwachen und Strafen*, um die Wirkweise der Disziplinarmacht zu verdeutlichen.

³ Foucault, Michel: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I*, Frankfurt am Main, 2006, S. 112.

Sie können es wieder machen

David Morales ist Anwalt und arbeitet derzeit beim Menschenrechtsbüro FESPAD (Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho) in San Salvador. Außerdem arbeitet er für mehrere Menschenrechts-NGOs, die sich gegen die Straflosigkeit und für eine Kultur der Erinnerung einsetzen. Zuvor war bereits für die Menschenrechts-Ombudsstelle des salvadorianischen Staates und das katholische Rechtshilfebüro „Tutela Legal“ tätig. Er arbeitet an der Aufklärung verschiedener Massaker, die in der Zeit des Bürgerkrieges an der Zivilbevölkerung verübt worden sind. Damit macht er sich nicht immer nur Freunde: Bei „Tutela Legal“ wurde ihm vom Erzbischof gekündigt, weil dieser ein „Schweigeabkommen“ mit der salvadorianischen Regierung geschlossen hatte, die ein starkes Interesse daran hat, dass die Verantwortlichen für die Ermordung von Oscar Arnulfo Romero nicht zur Rechenschaft gezogen werden. David Morales widersetzte sich diesem Abkommen und forderte weiterhin deren Bestrafung. Das kostete ihn dann seinen Job.

Dieses Jahr war er bereits zum

zweiten Mal zu Gast beim Bundestreffen der El Salvador-Solidarität in Frankfurt am Main. Und wir haben die Chance genutzt, ihn zur Bedeutung von Angst in der salvadorianischen Politik zu befragen.

Welche Bedeutung hat die Angst in der Politik in El Salvador?

Angst und Terror sind immer Instrumente der Beherrschung gewesen. Historisch ist auf diese Art und Weise Repression und Herrschaft von Seiten der traditionellen Militärstrukturen praktiziert worden. Aber es entwickelte sich auch seit den 1960er Jahren mit der Doktrin der nationalen Sicherheit, die die USA hier, wie in vielen anderen lateinamerikanischen Ländern, eingeführt haben, ein geheimes Parallelsystem aus Angst und politischem Terror. Vor allem auf dem Land traten in El Salvador paramilitärische Strukturen in Er-

scheinung. Daraus entwickelte sich eine einheitliche nationale Struktur der Todesschwadronen, die den Terror der 1970er und 1980er Jahre verbreiteten. Staatsterrorismus war lange Zeit gängige Politik und hat auf Grund der Straflosigkeit auch nach den Friedensverträgen 1992 kein Ende gefunden.

Welche Bedeutung hat die Straflosigkeit heute?

Wenngleich der Terrorstaat nicht mehr besteht und es eine Militärreform gegeben hat, die ihn zum großen



David Morales

Teil demontiert hat (das gilt nicht für den geheimen Repressionsapparat, also die Todesschwadronen) – hat es keinen Wandel im Justizsystem gegeben und das System der Straflosigkeit besteht fort.

Das schlimmste Versagen gab es bei der Generalstaatsanwaltschaft. Sie ist die Institution, die die gerichtliche Untersuchung aller Verbrechen veranlasst, ist aber nicht in den Reformprozess infolge der Friedensabkommen einbezogen worden. Sie ist eine Institution geblieben, die von der politischen Macht kontrolliert wird. Daran hat sich seit Ende des Krieges nichts geändert.

Erst jetzt z. B. gibt es in Spanien eine Anklage im Fall der Ermordung der Jesuitenpriester¹. Einer der Hauptangeklagten ist der Expräsident (Alfredo Cristiani), welcher die Friedensverträge unterschrieben hat und eine historische Führungspersönlichkeit der ARENA-Partei ist! Dieselben Leute, die gerade in Spanien gerichtlich belangt werden, haben vor zwei Monaten in San Salvador eine Demonstration von 25.000 Paramilitärs organisiert. Sie forderten, das Amnestiegesetz nicht abzuschaffen, und drohten mit der Nicht-Regierbarkeit des Landes, falls man sie belangen würde.

Es gibt in El Salvador eine Kultur der Huldigung der Täter. Zum Beispiel wird Roberto D'Abuisson, der Anführer der Todesschwadronen und Gründer der Partei ARENA, öffentlich verehrt. Das ist eine Botschaft des Terrors, die besagt: Wir können es wieder machen.

Was für eine Rolle spielt heute die Gewalt in der salvadorianischen Gesellschaft?

Solange das schwache Justizsystem die Straflosigkeit der Kriegsverbrecher schützt, reproduziert es seine Mängel in der Bürokratie und



Gedenkstätte El Mozote

Quelle: Ökumenisches Büro

die Korruption, unterwirft es sich unter die politische Gewalt und ist unfähig, Verbrechen und Gewalt zu kontrollieren, besonders angesichts der Entstehung neuer informeller Mächte, speziell des organisierten Verbrechens. Dieses schwache System ermöglicht die Anwendung von Gewalt bis hin zum brutalen Mord. Dieser Zustand hat sich seit der Zeit des Krieges bis heute erhalten. Das heißt, eine bewaffnete Auseinandersetzung gibt es nicht, es stehen sich keine Streitkräfte gegenüber, aber in El Salvador geschehen täglich zehn Morde. Wir haben die höchste Mordrate Lateinamerikas: 23.000 ermordete Personen in der laufenden Dekade in El Salvador. Damit sprechen wir über Zahlen, die denen der letzten Kriegsjahre ähnlich sind. Und wir sprechen über Gewalt, die sich in einem bedeutenden Teil der Fälle durch maßlosen Sadismus auszeichnet. Zum Beispiel gibt es immer noch Morde mit Enthauptungen und Verstümmelungen, wobei die Leichenteile in den Gemeinden verstreut werden, um Entsetzen zu verbreiten. Es gibt immer noch systematische Ermordungen von Menschen, die die charakteristischen Muster von Hinrichtungen aufweisen. Das katholische Rechtshilfebüro „Tutela Legal“ untersucht dieses Thema. Es geht davon aus, dass es Verbrechen gibt, deren Ziel es ist, allgemeines Entsetzen oder sozialen Terror zu erzeugen. Es gibt eine

neue Art von Todesschwadronen. Sie bringen nicht mehr politische Gegner um, sondern ihr Ziel ist, was in Lateinamerika „soziale Säuberung“ genannt wird. Das Ziel ist die „Beseitigung“ von Menschen, die als „sozialer Abfall“ angesehen werden: Mutmaßliche Straftäter_innen, Mitglieder von Jugendbanden, Sexarbeiter_innen... Sogar in den Zeitungen sind trotz der außerordentlichen Zensur, die dort herrscht, verschiedene Skandale aufgetaucht, in denen eindeutig die Beteiligung der Polizei an diesen Verbrechen nachgewiesen worden ist.

Jedes Jahr gibt es sechs oder sieben Morde, bei denen man annehmen kann, dass es sich um politische Morde handelt. Dabei geht es nicht um Führungspersönlichkeiten der nationalen Ebene, sondern um solche auf lokaler Ebene, um Personen, die Beziehungen zu Oppositionsparteien haben oder in den sozialen Bewegungen aktiv sind. Studien, die sich mit dem Thema Straflosigkeit beschäftigen, kommen zu dem Ergebnis, dass bei Tötungen der Prozentsatz der Straflosigkeit bei ungefähr 97 Prozent liegt, d. h. von 100 Tötungsdelikten führen drei bis vier zu einer gerichtlichen Verurteilung.

Alles zusammen herrscht in der Bevölkerung eine Situation sehr großer allgemeiner Unsicherheit. Und in diesem Szenario spielen Angst und Furcht weiterhin eine Rolle, die unse-

rer Ansicht nach politische Ziele hat. Denn das Thema Furcht in der Bevölkerung hat es dem Staat ermöglicht, politische Maßnahmen der sozialen Kontrolle zu legitimieren. Seit 2002 oder 2003 haben die Militarisierung der Polizei, Einsätze des Militärs in den ländlichen Gebieten und willkürliche Verhaftungen in großer Zahl stattgefunden. Bei der Bevölkerung wird das Trugbild vorübergehender Sicherheit erzeugt und führt zur Legitimierung dieser Politik.

Du hast jetzt viel von den politischen Auswirkungen gesprochen. Du hast aber auch von der Angst gesprochen, die in der Bevölkerung besteht. Was sind denn die Auswirkungen auf die Menschen in ihrem täglichen Leben und in ihrer Lebensplanung?

Ein großer Teil der Bevölkerung El Salvadors ist tatsächlich schon zu Opfer von Delikten geworden. In den letzten Umfragen waren 12 - 14 Prozent der Befragten betroffen. Aber auf der Ebene der subjektiven Empfindung ist der Anteil natürlich viel hö-

her. Die Menschen leben in Angst. Selbst Menschen, die eigentlich sehr wenig Geld haben, stellen private Sicherheitsangestellte an, die Häuser werden abgesichert etc.

Eine Studie des UNDP² aus dem Jahr 2003 stellte fest, dass ungefähr 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Ausgaben im Zusammenhang mit Gewalt ausgegeben werden. Viel davon geht natürlich an Krankenhäuser und die Polizei. Aber auch viel private Investitionen in Sicherheitsdienste.

Wer ist denn für die „Sicherheit“ zuständig?

Die Sicherheitsagenturen sind vor allem von Ex-Militärs und Ex-Polizisten dominiert. Es ist ein Geschäft, um Millionär zu werden. So war der aktuelle Präsidentschaftskandidat von ARENA, Ródrigo Avila, Polizeichef. Privat sind seine Geschäfte Waffenhandel und Sicherheitsdienste. Es könnte also passieren, dass jemand für die Sicherheit des Landes zuständig sein wird, der durch die Unsicherheit zum Millionär geworden ist.

Was für eine Bedeutung hat die Angst im Hinblick auf die Wahlen nächstes Jahr?

In El Salvador gibt es ein Wahlsystem, das von den politischen Parteien kontrolliert wird und nicht seine „natürlichen“ Funktionen der Kontrolle und der Sanktion von Verstößen gegen die Wahlgesetzgebung ausübt. Gesetze, die eine stärkere Kontrolle der Herkunft der Kampagnengelder bedeutet hätten, sind abgelehnt worden. Die Regierung investiert also öffentliche Gelder für eine permanente Propaganda. Und viel davon zielt darauf ab, die Angst der Menschen auszunutzen: „Wenn die Opposition an die Macht kommt, gibt es ein Chaos.“ „Die von der Opposition sind Kriegsverbrecher.“ „Es wird keine Remesas mehr geben.“

In den Fabriken werden die Arbeiter eingeschüchert. Das geht so weit, dass man ihnen ihre Ausweise wegnimmt und sie bis zu den Wahlen einbehält. Oder es wird gedroht, dass die Fabrik geschlossen wird und die ArbeiterInnen arbeitslos werden, falls



Suchitoto Abtransport der Festgenommenen

die FMLN an die Macht kommen sollte.

Gibt es individuelle und kollektive Strategien gegen diese Angstdiskurse? Welche wären das zum Beispiel?

Es gibt alternative Projekte, die vor allem auf lokaler Ebene entstehen. Da gibt es dann z. B. Projekte der Bürgersicherheit, die verschiedene Alternativen zur repressiven Politik der öffentlichen Sicherheit suchen.

Viele Gemeinden arbeiten z. B. an der Einbindung der Bevölkerung, der Wiederaneignung von öffentlichen Plätzen, an Projekten für Jugendliche, in denen präventiv gegen Gewalt und Kriminalität gearbeitet wird. Manchmal arbeitet sogar die Polizei mit. Paradoxerweise schafft es die Polizei, die ja sonst zur Ausführung der umfassenden repressiven Politik eingesetzt wird, auf lokaler Ebene an solchen Prozessen mitzuarbeiten. Das bleiben aber sehr vereinzelte Unternehmungen.

Es gibt auch Versuche, alternative Medien zu gestalten. Da sind die „Radios Comunitarios“ sehr wichtig, die es vor allem in den ehemaligen Kriegszeiten gibt, weil es dort noch aus Kriegszeiten diese Tradition gibt.

Ich würde also sagen, es gibt ein paar alternative Prozesse, um diese Situation der Angst zu überwinden. Wir haben ein Szenario, in dem es sehr an objektiver und an akademischer Information mangelt. Und die Versuche, Alternativen zu schaffen, sind eher die Ausnahme als die Regel.

Kannst Du noch ein bisschen mehr zur Rolle der Medien sagen?

Das Thema der Unsicherheit ist sehr schwierig zu überwinden, weil die Massenmedien das so ausgenutzt haben. Es gab eine Zeit, in der mit einem starken „Klatsch-Presse“-Stil Gewalt skandalisiert und Angst erzeugt wurde. Aber als die Regierung immer mehr autoritäre Politiken angewendet hat, diese aber nicht funktionierten, hat sich das irgendwie abgenutzt. Die Situation hat sich dann umgekehrt und die Toten in den Zeitungen, die Statistiken, die Gewalt und die Art der Berichterstattung darüber begannen ein politisches Problem für die Regierung zu werden. Statt ihre

Politik zu legitimieren, begann diese Berichterstattung, ihren Kontrollverlust, und die Nutzlosigkeit ihrer Maßnahmen offensichtlich werden zu lassen. Die Massenmedien haben sich dann gemäßigt, als sie gemerkt haben, dass sie damit der Regierung schadet.

Jetzt ist es nach 20 Jahren ARENA-Regierung zum ersten Mal wahrscheinlicher geworden, dass es zu einem Regierungswechsel kommen könnte. Und natürlich gibt es wieder starke Versuche, mit der Angst Politik zu machen. Aber es scheint ein bisschen weniger Auswirkungen in der Bevölkerung zu haben, denn in den Umfragen scheint das subjektive Angstempfinden niedriger zu sein als in der Zeit vor den Wahlen 2004.

Was sind Deine Prognosen für die nächsten Jahre und für einen eventuellen Regierungswechsel? Wird sich etwas ändern an dieser „Kultur der Angst“?

Ich bin da nicht besonders zuversichtlich. Wenn ARENA an der Regierung bleibt, werden sie die Angst weiterhin als Herrschaftsmechanismus nutzen. Und wenn die FMLN an die Regierung kommen sollte, wird das Thema zumindest keine Priorität haben. Ich habe nicht einmal gesehen, dass diese Problematik im Regierungsprogramm der FMLN eigens erwähnt wäre.

Aber wenn die FMLN fähig ist, einen verbesserten Zugang zu objektiver und akademischer Information und weniger Manipulation derselben zu gewährleisten und gleichzeitig die Bevölkerung mehr mit einbezieht und es schafft, ein höheres subjektives Sicherheitsempfinden zu gewährleisten ... dann glaube ich, könnte diese Situation überwunden werden.

Allerdings glaube ich, dass es nach einem Jahrhundert von Diktaturen, Genoziden und Zivilregierungen, die zuerst „Aufstandsbekämpfung“ betrieben und dann später neoliberal und autoritär wurden, viele Jahrzehnte dauern wird, diese Situation der Beherrschung und der Angst umzukehren.

Klar sehen lässt sich das an den Opfern von Menschenrechtsverletzungen. Sie haben praktisch keine Unterstützung von irgendeiner bedeutenden politischen Kraft erhalten. Die Forderung nach Wahrheit, also Auf-

klärung der Kriegsverbrechen, und die Überwindung der Straflosigkeit könnten symbolische Ausgangspunkte sein, um die Angst zu besiegen. Die Täter müssen endlich aufhören, ihre politische und ökonomische Überlegenheit zu präsentieren. Und ihre öffentliche Verehrung muss ein Ende finden.

Dass die Opfer ein Vertrauen in die Justiz bekommen, ist keine Entwicklung, die sich in nächster Zeit absehen lässt. Und das ist unabhängig von den Wahlergebnissen.

Und wenn die FMLN an die Macht kommt, kann ich mir vorstellen, dass die Angst zu einem Faktor der politischen Destabilisierung wird. Ausgehend von den Sektoren, die versuchen werden, Widerstand zu leisten.

Wie meinst Du das? Faktor der Destabilisierung?

Ich glaube, dass es zu Gewalt kommen könnte.

Von Seiten der Opposition?

Die salvadorianische Rechte ist weiterhin sehr gewalttätig. Und die Medien werden weiterhin im Dienste der Polarisierung stehen und die Angst als Mittel einsetzen.

Zur gleichen Zeit, wie sie versuchen, die Macht zu behalten, schaffen sie auch Grundlagen, um im Fall einer Niederlage eine mögliche zukünftige Regierung zu destabilisieren.

Ich sehe nicht, dass sich das so schnell ändern wird. Es wird erst einmal noch einige Jahre dauern, bis das Problem als solches identifiziert wird und bis es einen ausreichend starken Konsens der verschiedenen politischen Kräfte geben wird, um es zu überwinden. Im Moment wird es erst einmal so weiter gehen.

Auch wenn es kein besonders ermutigendes Ende ist, möchte ich hier schließen und Dir danke.

Interview: Eva Bahl

Übersetzung: E. Albrecht, Eva Bahl

1 In der Nacht vom 15. auf den 16. November 1988 wurden in der Jesuitenuniversität UCA in San Salvador sechs Jesuitenpater, eine Haushälterin und ihre Tochter vom Militärbataillon Atlacatl ermordet.

2 United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen)

In Mexiko wurde aus der Macht ein Tisch ohne Beine

Ein Interview zum Thema Angst in der mexikanischen Politik mit Mitarbeiter_innen der Organisation „Zentrum für Wirtschaftliche und Politische Forschung für Gemeinschaftliche Aktion“ CIEPAC aus San Cristóbal de las Casas, Chiapas. Übersetzung (ea)

Wird in Mexiko mit Angst Politik gemacht? Wenn ja: in welchem Zusammenhang? Wird Angst als Mittel der sozialen und politischen Repression eingesetzt?

Eindeutig ja! In Mexiko ist Angst eine Methode, Politik zu machen. Das Fehlen des Rechts im Land ist eine Methode, in der Bevölkerung einen allgemeinen Angstzustand zu erzeugen und aufrecht zu erhalten. Deshalb ist bei der Staatsgewalt und ihren Behörden auch nicht der kleinste Wille zu erkennen, diese riesige Lücke zu füllen. Von Kind an lernt die mexikanische Bevölkerung, dass das Staatswesen, in dem sie leben, herrschsüchtig, gewalttätig, korrupt, willkürlich, räuberisch, mörderisch ist und dass im Sicherheitsapparat und in der Justiz eine vollständige Straflosigkeit vorherrscht. Außerdem ist die Gewalttätigkeit durch Verordnungen der Exekutivgewalt, Gesetze der juristischen Gewalt und Urteile der Rechtsprechung institutionalisiert. Die Straflosigkeit verlässt sich auf ein System untereinander verflochtener Mittäter innerhalb der „Obrigkeit in der Politik, im Militär, in der Polizei und im Gerichtswesen auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene“ (Carlos Montemayor, La Jornada, 31/10/08), d. h. im gesamten System von Politik und Regierung.

Die mexikanische Bevölkerung weiß, dass der Justizapparat schlicht nicht funktioniert und dass er bewusst konstruiert worden ist, gegen sie zu arbeiten. Unter solchen Bedingungen ist es in den meisten Fällen vorzuziehen, irgendeinen Missbrauch, eine Ungerechtigkeit, ein Vergehen oder

ein Verbrechen nicht anzuzeigen, statt sich um eine Wiedergutmachung zu bemühen und dabei zu riskieren, Gegenstand einstudierter Übergriffe zu werden. Die Staatsgewalt weiß, dass der normale Bürger dem Justizapparat aus dem Weg geht und deswegen manipuliert sie diesen Apparat, um die Staatsbürger allgemein einzuschüchtern (ihnen Angst einzuflößen). Gleichzeitig geht das repressive System der Straflosigkeit gegen Äußerungen der Nichtübereinstimmung, des Protestes, der Missachtung, der Herausforderung, des Widerstands, ja selbst gegen Anfragen vor. Die größte Wut dieses Apparates ist gegen die sozialen Kämpfer gerichtet und ganz besonders gegen Äußerungen des zivilen Ungehorsams.

All das, was gerade gesagt worden ist, hat sich seit 2005 in bezeichnender Weise verschlimmert. Seitdem haben sich einige Tendenzen verstärkt: die Kriminalisierung sozialer Proteste, selektive und massive Repression (Herabwürdigung von Führungspersonlichkeiten, Organisationen und Bewegungen), Förderung von Spaltungen, willkürliche Festnahmen, Militarisierung, Einschränkung der Bürgerrechte, allgemeines Klima eines Krieges gegen den Terror und/oder Aufstandsbekämpfung usw.

Der Volksaufstand in Oaxaca im Jahr 2006 bietet eindeutige Beispiele zu dem vorher Gesagten. Er zeigt, wie der Apparat begann, die Bevölkerung zu unterdrücken, aber auch, und das ist vielleicht noch wichtiger, zu terrorisieren. Die Gesamtheit der Medien auf nationaler Ebene zeigte in vollen Umfang das Ausmaß der Repression. Man kann sogar sagen, dass einige sie absichtlich rühmten. Beabsichtigt war, allen zu vermitteln, welche düsteren Konsequenzen die Bevölkerung erwartet, wenn sie protestiert, kämpft und noch schlimmer, wenn sie versucht, Alternativen zum aktuellen Sy-

stem zu schaffen. Die Brutalität hat der Staatsmacht auf internationaler Ebene kaum geschadet, da sich die Ereignisse in einem Jahr des politischen Übergangs, von einer Regierung zur nächsten, abspielten.

Die ironische Glosse „Rayuela“ aus La Jornada vom 16/11/08 sagt dazu alles in ihrer schlichten Zusammenfassung:

„Die Rachsucht scheint keine Grenzen zu haben. Soziale Kämpfer werden mit strengeren Strafen verfolgt als Kidnapper oder Drogenhändler. Außerdem wird ihnen nicht gestattet, ihre Mutter zu sehen...“

Gegen wen, oder anders gefragt, gegen welche Bevölkerungsgruppen richtet sich diese Politik?

Die Politik der Angst richtet sich gegen jede Bevölkerungsgruppe, die protestiert, und besonders gegen die, die dabei die Überwachungsmechanismen überschreiten, die geschaffen wurden, um Abweichungen dem Machtapparat zu melden. Zugleich muss man aber eine besondere Gruppe erwähnen, die zwar zum großen Teil politisch nicht aktiv, aber trotzdem Gegenstand der Politik der Angst ist: Migrantinnen ohne Papiere, die sich im Land auf der Durchreise befinden, meistens auf dem Weg in die USA. Die Brutalität und die Korruption sämtlicher mexikanischer Behörden sind in Lateinamerika weitgehend bekannt. Die Angst, solch einem Polizeiapparat im Zustand vollständiger Schutzlosigkeit gegenüber zu stehen, ist sicher ein bedeutender Faktor, den die potentiellen Migrantinnen berücksichtigen, wenn sie entscheiden, ob sie in ihrem Heimatland bleiben oder ihr Leben riskieren wollen. (...)

Wie wird diese Politik durchgeführt?

Der Gebrauch der Angst als eine Art, Macht auszuüben, also die Angst

als Politik, ist seit dem Wahlbetrug von 2006, welcher zur Einsetzung in die Präsidentschaft von Felipe Calderón geführt hat, immer latenter geworden. Als Antwort auf seine fehlende Legitimität gegenüber der Bevölkerung Mexikos hat die Regierung versucht, sich hinter dem Gesetz zu verstecken. So kam es, dass jetzt die Diskurse über den „Rechtsstaat“ und die „harte Hand“ die Regierungsrhetorik beherrschen. In der Situation einer Institution, die die Macht zu Unrecht besitzt, hat die mexikanische Bundesregierung zur Rechtfertigung dieser Macht einen Krieg eröffnet und sich damit an Machiavellis historische Forderung gehalten. Jedoch im Unterschied zu anderen Beispielen, wie das von George W. Bush und seiner Invasion im Irak und in Afghanistan, hat Calderón entschieden, den Krieg nicht einem anderen Land zu erklären, sondern einem vagen „inneren Feind“. So kommt es, dass sich der von Calderón erklärte Krieg an-

fekten Entschuldigung für die Militarisierung des Landes und die Kriminalisierung des sozialen Protestes – hat die Regierung Calderón alle ihr zur Verfügung stehenden Werkzeuge genutzt. Diese Werkzeuge dienen dazu, den Repressionsapparat (Polizei, Heer, Gerichte, Medien) zu stärken und werden außerdem gegen die sozialen Bewegungen und Kämpfer genutzt. Die Entwicklung des Repressionsapparates in Mexiko vollzieht sich im Rahmen der Nordamerikanischen Allianz für Sicherheit und Prosperität (ASPAN), die hinter verschlossenen Türen von den Machthabern der Vereinigten Staaten von Amerika, Kanadas und Mexikos unterzeichnet worden ist. Kurz gesagt, bemüht sich ASPAN, die Effektivität des Militärs und der Polizei des Landes durch Finanzierung der USA und entsprechende Gesetzesreformen zu stärken. So hat Mexiko vor kurzem im Rahmen der sogenannten Mérida Initiative (besser bekannt unter der Be-

und Strafapparat verstärkt wurde. Diese letzten Reformen geschahen im Rahmen des „Nationalen Abkommens für Sicherheit, Justiz und Legalität“, das im August 2008 von der mexikanischen Bundesregierung, den Landesregierungen und den Gemeinden, den Unternehmen, den Kommunikationsmedien und selbst der Nationalen Menschenrechtskommission (CNDH) unterzeichnet wurde. (...)

Dass dieser gestärkte Repressionsapparat gegen die sozialen Kämpfer eingesetzt wird, ergibt sich klar aus der Tatsache, dass am selben Tag, als das Abkommen unterschrieben wurde, Ignacio del Valle, die Führungspersonlichkeit von San Salvador Atenco erlebte, dass seine Haftstrafe wegen des Vergehens der „Entführung“ auf 45 Jahre angehoben wurde. (...)

Zur selben Zeit, da der „Rechtsstaat“ proklamiert wird, dauert die Straflosigkeit an. Ein eindeutiges Beispiel dafür ist der Überfall der

paramilitarischen Organisation OPDDIC in der Gegend von Agua Azul, Chiapas. Paramilitärs, deren Pläne zuvor bekannt und bei den entsprechenden Stellen angezeigt worden waren, versuchten trotzdem Anhänger der „Anderen Kampagne“ aus San Sebastián Bachajón zu ermorden. (...)

Während an den Rändern der Staatsstraßen spektakuläre Anschlagtafeln aufgestellt werden, auf denen versichert wird, „In Chiapas kommen die Schläger ins

Gefängnis“, berichten Staats- und Lokalzeitungen immer wieder von der Entdeckung von ermordeten Frauen, deren Körper an den Straßenrand geworfen wurden. (...)

Welche Diskurse gibt es dazu, welche Akteure kann man identifizieren?



Foto: La Jornada

Demonstration: Mexikanische Bundespolizei greift Demonstranten in Oaxaca an

geblich gegen den Drogenhandel und das organisierte Verbrechen richtet, wir jedoch erkennen müssen, dass diese nicht die einzigen „inneren Feinde“ sind, die die Regierung ins Auge gefasst hat.

In diesem werbewirksamen Krieg gegen den Drogenhandel – der per-

zeichnung *Plan México* wegen der Ähnlichkeit zum *Plan Colombia*) etwa 480 Millionen Dollar von den USA bekommen. Aber außerdem sind Gesetzesreformen durchgeführt worden, wodurch die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der Polizei und des Heeres erweitert und der Justiz-

Wie schon gesagt, der vorherrschende Diskurs ist die Rhetorik vom „Rechtsstaat“. Dieser Diskurs der Gesetzestreue ist zur Rechtfertigung aller Aktionen geworden. Er ist der Blankoscheck für alle Regierungsinstitutionen. (...)

Was die Akteure betrifft, reicht es aufzuführen, wer das schon erwähnte Nationale Sicherheitsabkommen abgezeichnet hat (die Regierungen der drei Ebenen, die Unternehmer, die Medien und selbst CNDH) und sich zu fragen, wer es finanziert (das Pentagon und die privaten Sicherheitsfirmen, die wiederum von ASPAN begünstigt werden).

Welchen Einfluss hat diese Politik mit der Angst auf die Menschen, kurz- und auch langfristig, auf den Alltag der Leute, und auch auf ihre Lebensplanung?

Angst besitzt eine lähmende Auswirkung auf die Menschen. Die Bombardierung durch die Medien, der wir täglich ausgesetzt sind, erzählt uns von Entführungen, dem Anstieg der Kriminalität, der Gefahr der Drogenmafia und davon, wie unsicher unsere Stadt ist. Die Manipulation durch die Medien stärkt diese allgemeine Vorstellung über die Unsicherheit und fördert deshalb bei der Bevölkerung den Ruf nach Mitteln zur Bekämpfung von Verbrechen und Kriminalität. In diesem Rahmen ist es nicht überraschend, dass die Gesellschaft nach der harten Hand und nach Verschärfung der Sicherheitspolitik ruft.

Gefühle wie Beklemmung, Furcht und das Gefühl dauernder Gefahr breiten sich unter den Leuten aus, rufen bei ihnen den Wunsch hervor, sich abzukapseln, sich nicht einzumischen, was die öffentlichen Räume auf ein Minimum verkleinert und in die Isolation führt.

Die Politik mit der Angst funktioniert auch wie ein Mittel, das die Leute innerhalb ihrer normalen Verhaltensparameter festhält. Als Teil ihrer Funktion der sozialen Kontrolle versucht die Angst zu entzweien, zu zersplittern, dem anderen zu misstrauen. Die Politik der Angst sieht es gerne, wenn wir uns vereinzeln: Jeder rette sich, wie er kann.

Wie wirkt sich das auf die politische Organisation und auf Widerstandsbewegungen aus?

Oft führt die Angst durch ihre lähmende Wirkung dazu, dass sich Organisationsebenen auflösen. Dies bewirkt, dass soziale Netze reißen. Die Politik mit der Angst bemüht sich, solidarische Bindungen zu zertrennen und den Sinn für die Gemeinschaft zu schwächen.

Außerdem ist die Politik mit der Angst Teil des hegemonialen Macht-systems, das andauernd wieder Subjekte hervorbringt und durchsetzt, deren Rollen zweckmäßig für das System sind. Diese Arten von Subjektivität sagen zum Beispiel aus, dass es nicht gut ist, wenn man indign ist, nicht gut, die Milpa (Maisfeld) zu bestellen, und auch nicht, sich dem Bau einer Landstraße zu widersetzen. So etwas führt häufig zur Demotivierung der Organisationen und des Widerstands.

Der Zustand der Angst, der aus der Kriminalisierung des sozialen Protests entsteht, verfolgt eindeutig das Ziel der sozialen Kontrolle. Die Politik der Angst schafft neue innere Feinde, die sie dann versucht zu vernichten, um das Modell der Beherrschung durchzusetzen. Die größten Feinde sind daher die Widerstandsbewegungen, die zu Opfern der Kriminalisierung des Protests werden. Als Terroristen, Verbrecher, Drogenhändler angeklagt, werden diese Widerstandskerne verfolgt und stigmatisiert. Die wachsende Repression findet ihre Rechtfertigung darin, dass das Volk immer lauter nach der harten Hand ruft.

Gibt es individuelle oder kollektive Strategien gegen diese Angstdiskurse?

Auf der individuellen Ebene ist es schwierig einzuschätzen, was für eine Strategie es gegen den Angstdiskurs geben könnte, außer, dass man Eindrücke austauscht und sich über den Austausch im sozialen Netz, über das der Einzelne verfügt, immer wieder gegenseitig ermutigt. Gegen die Auswirkungen des Apparates gibt es Strategien. Z. B. kann man soweit wie möglich den Kontakt mit den Stellen des militärischen-politischen-richterlichen Apparates vermeiden und die familiären und sozialen Netze lebendig erhalten, die den Einzelnen, wenn es nötig wird, stützen können.

Die Strategien von Gruppen können ganz verschieden sein: die gemeinsame Dekonstruktion des Diskurses mittels einer Analyse seiner Bestandteile, gemeinsame Aktionen, die die Angst kanalisieren, ständig mit dem Thema auf dem Laufenden bleiben, eine gemeinsame Selbsteinschätzung hinsichtlich Stärken und Schwächen, Suche nach Bündnissen mit verwandten Gruppen, in Netzen agieren, sich der Verbündeten in verschiedenen Bereichen versichern usw.

Etwas, was wichtig ist und unbedingt berücksichtigt werden muss angesichts der Politik der Angst, die der mexikanische Staat versucht durchzusetzen, ist, dass diese Politik Reaktion ist. Eine Reaktion der Regierung, die klarer Ausdruck ihrer Angst ist. Wie wir oben beschrieben haben, wurde durch die Übergabe der Macht an Felipe Calderón mittels eines Wahlbetrugs in Mexiko aus der Macht ein Tisch ohne Beine. Die Pfeiler, die die Macht stützten, sind eingestürzt und nun bemüht sich der Staat, eine andere



Quelle: CIEPAC

Methode des Zementierens, des Verwurzelns und Rechtfertigens für seine Macht zu finden, mit einem einzigen offensichtlichen Ziel, die Macht zu erhalten. An dieser Stelle greift die Politik der Angst ein. Der „Kreuzzug gegen das organisierte Verbrechen“ kann auf diese Weise als ein anderes Theater verstanden werden, das die Aufmerksamkeit ablenken soll. Nicht nur von den ursprünglichen Gründen für die Machtfülle und die Ausdehnung des Drogenhandels, weil er eine der wenigen wirtschaftlichen Alternativen ist, die sich den Men-

schen angesichts der Finanzkrise bietet. Die brutale Unterdrückung der Äußerungen zivilen Ungehorsams und die Kriminalisierung sozialer Proteste stellen daher einen Versuch der Regierung dar, das Vorwärtsschreiten der sozialen Bewegungen zu lähmen und zu ersticken. Und in diesem Vorwärtsschreiten hat es in diesen Jahren ganz wichtige Schritte gegeben. Ja, es gab Fehler, Irrtümer und Probleme, aber trotzdem wurde nach und nach eine Realität geschaffen und verbreitet, die nicht mehr geleugnet werden kann: es ist der Zeitpunkt gekommen,

etwas anderes angesichts dieses Systems zu schaffen. Und das Volk sagt das nicht nur, sondern macht es auch.

Vielleicht erlaubt uns diese langfristige Sicht, im Auge zu behalten, dass die letzten Fußtritte des sterbenden Esels die stärksten sind. Ja, aber eben deswegen, weil es die letzten sind.

Miguel Pickard, Antoine Libert y Mariela Zunino, CIEPAC A.C., Chiapas

Gouvernementalität und Selbst-Prekarisierung

Zur Normalisierung von Kulturproduzent_innen

(Isabell Lorey) Für manche von uns Kulturproduzent_innen¹ käme es gar nicht in Frage, auf Dauer einen festen Job in einer Institution haben zu wollen, höchstens für ein paar Jahre. Dann müsste es wieder etwas anderes sein. Denn ging es bisher nicht immer wieder auch darum, sich nicht auf eine Sache festlegen zu müssen, nicht auf eine klassische Berufsbezeichnung, mit der ganz viel ausgeblendet wird; sich nicht einkaufen zu lassen und dadurch viele leidenschaftliche Beschäftigungen aufgeben zu müssen? War es nicht wichtig, sich nicht den Zwängen einer Institution anzupassen, um die Zeit und Energie zu behalten, die kreativen und eventuell politischen Projekte machen zu können, an denen das eigene Herzblut hängt? Wurde nicht gerne, wenn es die Gelegenheit dazu gab, für eine Zeitlang ein mehr oder weniger gut bezahlter Job angenommen, um dann, wenn es nicht mehr passte, wieder gehen zu können?

Dann war ja zumindest wieder ein bisschen Geld da, um das nächste Herzensprojekt machen zu können, was wahrscheinlich schlecht bezahlt, aber vermeintlich viel befriedigender sein würde.

Bei der hier suggerierten Haltung ist es entscheidend zu glauben, die eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse seien selbst gewählt und deren Gestaltung sei relativ frei und autonom. Tatsächlich sind die Unsicherheiten, die mangelnden Kontinuitäten unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu einem großen Teil durchaus auch bewusst gewählt. Im Folgenden geht es jedoch nicht um die Fragen ‚Wann habe ich mich wirklich frei entschieden?‘, ‚Wann agiere ich autonom?‘, sondern darum, in welcher Weise Vorstellungen von Autonomie und Freiheit konstitutiv mit hegemonialen Subjektivierungsweisen in westlichen, kapitalistischen Gesellschaften zusammenhängen. Der Fokus

dieses Textes liegt dementsprechend darauf, inwiefern durch ‚selbst gewählte‘ Prekarisierung die Voraussetzungen dafür mitproduziert werden, aktiver Teil neoliberaler politischer und ökonomischer Verhältnisse werden zu können.

Aus dieser Sicht können keine generellen Aussagen über Kulturproduzent_innen abgeleitet werden, auch nicht über all diejenigen, die aktuell prekariert sind. Was durch eine Problematisierung dieser ‚selbst gewählten‘ Prekarisierung jedoch deutlich wird, sind die historischen Kraftlinien² moderner bürgerlicher Subjektivierung, die unmerklich hegemonial sind, normalisierend wirken und möglicherweise ‚Gegen-Verhalten‘³ blockieren. [...]

Biopolitische
Gouvernementalität

Michel Foucault hat mit dem Begriff ‚Gouvernementalität‘ die struk-



turelle Verstrickung zwischen der Regierung eines Staates und den Techniken der Selbstregierung in westlichen Gesellschaften bezeichnet. Diese Verstrickung zwischen Staat und Bevölkerungssubjekten ist keine zeitlose Konstante. Erst im Laufe des 18. Jahrhunderts setzte sich durch, was sich seit dem 16. Jahrhundert anbahnte: eine neue Regierungstechnik, genauer die Kraftlinien moderner Regierungstechniken bis heute. [...]

Zum Ende des 18. Jahrhunderts hingen die Stärke und der Reichtum eines Staates immer mehr von der Gesundheit seiner Bevölkerung ab. Eine daran orientierte Regierungspolitik bedeutet im bürgerlich liberalen Rahmen bis heute, Normalität fest- und herzustellen und dann zu sichern. Dazu wurde zunächst eine große Menge an Daten benötigt: Man stellte Statistiken auf, berechnete Wahrscheinlichkeiten von Geburten- und Sterblichkeitsraten, Krankheitshäufigkeiten, Wohnverhältnissen, Ernährungsweisen etc. Das genügte allerdings nicht. Um den Gesundheitsstandard einer Bevölkerung herzustellen und zu maximieren, benötigte diese produktive, das Leben fördernde biopolitische Regierungsweise ebenso die aktive Teilnahme jedes einzelnen Individuums, das heißt dessen Selbst-Regierung. [...]

Die „Kunst des Regierens“ - wie Foucault Gouvernementalität auch genannt hat - besteht in modernen Gesellschaften also nicht in erster Linie darin, repressiv zu sein, sondern in 'nach innen verlagerter' Selbstdisziplinierung und Selbstbeherrschung.⁴ Analysiert wird eine Ordnung, die den Menschen, den Körpern, den Dingen nicht nur aufgezwungen wird, sondern von der sie gleichzeitig aktiver Teil sind. Nicht die Frage nach der Regulierung autonomer, freier Subjekte steht im Mittelpunkt der Problematik, sondern die Regulierung gouvernementaler Regie-

rungstechniken, sondern die Regulierung der Verhältnisse, durch die sogenannte autonome und freie Subjekte überhaupt erst zu solchen werden. [...]

Normalisierte freie Subjekte

In biopolitisch gouvernementalen Gesellschaften ist die Konstituierung des Normalen immer auch mit dem Hegemonialen verwoben. Mit der Aufforderung, sich am Normalen zu orientieren - was bürgerlich, heterosexuell, christlich, männlich weiß, weiblich weiß, national sein konnte -, musste im Zuge der Moderne die Perspektive entwickelt werden, den eigenen Körper, das eigene Leben zu kontrollieren, indem man sich selbst regulierte und so selbst führte. Das Normale ist damit nicht identisch mit der Norm, kann aber deren Funktion einnehmen. Normalität ist allerdings nie etwas Äußerliches, denn wir sind es selbst, die diese garantieren und mit Verschiebungen reproduzieren.

Wir regieren uns demnach im Dispositiv von Gouvernementalität, Biopolitik und Kapitalismus selbst, indem wir uns

normalisieren. Gelingt dies - und das ist meistens der Fall -, sind Macht- und manche Herrschaftsverhältnisse kaum wahrnehmbar und äußerst schwierig zu reflektieren, weil wir sie mit unseren Selbstverhältnissen, Denk- und Verhaltensweisen, mit unseren Körpern zugleich mit herstellen. Denn die Normalisierungsgesellschaft und die darin stattfindenden Subjektivierungen sind ein historischer Effekt einer auf das Leben gerichteten Machttechnologie. Das normalisierte Subjekt selbst ist wiederum ein historisches Konstrukt in einem Ensemble aus Wissensformen, Technologien und Institutionen. Dieses Ensemble ist sowohl auf die einzelnen Körper gerichtet als auch auf

das Leben der Bevölkerung im Ganzen. Gelebt wird Normalisierung durch als selbstverständlich und natürlich wahrgenommene alltägliche Praktiken.

Darüber hinaus wird das Normale mit dem Effekt der *Eigentlichkeit*, der Authentizität naturalisiert. So glauben wir beispielsweise, der Effekt von Machtverhältnissen sei das Wesen unseres Selbst, unsere Wahrheit, unser eigener, eigentlicher Kern, der Ursprung unserer selbst. Diese normalisierende Selbst-Regierung basiert auf einer Imagination von Kohärenz, von Einheitlichkeit und Ganzheit, die auf die Konstruktion eines männlichen, weißen Subjekts zurückgeht. Kohärenz ist wiederum eine der Voraussetzungen moderner Souveränität. Das Subjekt muss glauben, es sei „Herr im eigenen Haus“ (Freud). Scheitert diese fundamentale Imagination, findet meist nicht nur eine Fremdwahrnehmung als ‚anormal‘ statt, sondern auch eine solche Selbsteinschätzung.

Bleiben wir bei dem für die biopolitisch gouvernementale Moderne so existenziellen, erlernten Selbstverhältnis, welches auf sehr unterschiedliche Weisen für die gesamte Bevölkerung gilt. Dieses Selbstverhältnis basiert auf der Vorstellung, eine innere Natur zu haben, ein inneres Wesen, das letztlich die eigene Individualität ausmacht. Derart imaginierte ‚innere, natürliche Wahrheiten‘, solche Konstruktionen von *Eigentlichkeit* werden meist als unveränderbar verstanden, lediglich zu unterdrücken oder zu befreien. Sie nähren bis heute die Vorstellungen, sich selbst und ihr/sein Leben frei, autonom und nach eigenen Entscheidungen gestalten zu können oder zu müssen. Solche Machtverhältnisse sind auch deshalb nicht leicht wahrzunehmen, da sie häufig als eigene, freie Entscheidung, als persönliche Einsicht daherkommen und bis heute das Begehren danach produzieren, zu fragen ‚Wer bin ich?‘ oder ‚Wie kann ich mich selbst verwirklichen?‘, ‚Wie

... Diese Angst, dass du raus fällst, dass dich niemand mehr ansprechen wird, dass du im Grunde nicht mehr Teil bist von dieser produktiven Bewegung, diese Angst, die ja so projiziert wird in diesem neoliberalen Wir-müssen-uns-selber-Erfinden ...



kann ich zu mir selbst kommen, das Wesen meines Selbst zur größtmöglichen Entfaltung bringen?'. Der im Zuge neoliberaler Umstrukturierungen so häufig gebrauchte Begriff der Eigenverantwortlichkeit liegt, wie erwähnt, ebenfalls in dieser liberalen Kraftlinie von Besitzindividualismus und Eigentlichkeit und funktioniert nur darüber als neoliberal einsetzbare Anrufung zur Selbstregierung.

Im Grunde findet gouvernementale Selbstregierung in einem scheinbaren Paradox statt. Denn sich zu regieren, sich zu beherrschen, zu disziplinieren und zu regulieren bedeutet zugleich, sich zu gestalten, zu ermächtigen und in diesem Sinne frei zu sein. Nur durch dieses Paradox findet die Regierbarkeit souveräner Subjekte statt. Denn gerade weil Techniken des Sich-selbst-Regierens aus der Gleichzeitigkeit von Unterwerfung und Ermächtigung entstehen, aus der Gleichzeitigkeit von Zwang und Freiheit, werden die Individuen in dieser paradoxen Bewegung nicht nur zu einem Subjekt, sondern zu einem bestimmten modernen, ‚freien‘ Subjekt. Solchermaßen subjektiviert, (re)produziert dieses Subjekt die Bedingung für Gouvernementalität immer wieder aufs Neue mit, da in diesem Szenario überhaupt erst Handlungsfähigkeit entsteht. „Macht“, so Foucault, „wird nur auf ‚freie Subjekte‘ ausgeübt und nur sofern diese ‚frei‘ sind.“

Im Kontext von Gouvernementalität sind Subjekte demnach sowohl unterworfen als auch gleichzeitig handlungsfähig und in einem bestimmten Sinne frei. Diese Freiheit ist gleichzeitig Bedingung und Effekt liberaler Machtverhältnisse, also von biopolitischer Gouvernementalität. Trotz aller bis heute geschehenen Veränderungen ist diese Kraftlinie seit dem Ende des 18. Jahrhunderts eine derjenigen, durch die Individuen in modernen Gesellschaften regierbar werden.

Diese normalisierte Freiheit biopolitisch gouvernementaler Gesellschaften existiert niemals ohne Sicherheitsmechanismen und ebenso

wenig ohne Konstruktionen des Anormalen, Devianten, welche wiederum subjektivierende Funktionen haben. Die Moderne scheint ohne eine „Kultur der Gefahr“ nicht denkbar zu sein, ohne die permanente Gefährdung des Normalen, ohne imaginäre Invasionen ständiger, alltäglicher Bedrohungen, wie Krankheit, Dreck, Sexualität oder die „Angst vor Entartung“ (Foucault). [...]

Ökonomisierung des Lebens und ausbleibendes Gegen-Verhalten

[...] Mit „Ökonomisierung des Lebens“ sind meist die vereinfachten Thesen gemeint, nicht mehr nur die Arbeit, sondern auch das Leben falle wirtschaftlichen Verwertungsinteressen anheim, eine Trennung zwischen Arbeit und Leben sei nicht mehr möglich und im Zuge dessen fände zudem eine Implosion der Trennung zwischen Produktion und Reproduktion statt. Solche totalisierenden Implosionsthesen reden allerdings eher einem kollektiven Opferstatus das Wort und verstellen eine Perspektive auf Subjektivierungsweisen, auf Handlungsfähigkeit und letztlich auf Gegen-Verhalten.

Dabei macht die These von der „Ökonomisierung des Lebens“ aus einer biopolitisch gouvernementalen Perspektive durchaus Sinn. Sie verweist auf die Macht- und Herrschaftsverhältnisse einer bürgerlich liberalen Gesellschaft, die sich seit mehr als zweihundert Jahren um die Produktivität des Lebens herum konstituiert. Das Leben war in dieser Perspektive nie die andere Seite der Arbeit. Die Reproduktion war in der westlichen Moderne immer Teil des Politischen und des Ökonomischen. Nicht nur die Reproduktion,

sondern das Leben generell war nie außerhalb von Machtverhältnissen. Vielmehr ist das Leben gerade in seiner Produktivität, das heißt Gestaltbarkeit immer deren Effekt. Und gerade diese Gestaltbarkeit ist konstituierend für das vermeintliche Paradox moderner Subjektivierungen zwischen Unterordnung und Ermächtigung, zwischen Regulierung und Freiheit. Liberale Prekarisierung fand als immanenter Widerspruch nicht jenseits dieser Subjektivierung statt, sondern ist ein daraus mögliches Bündel sozialer, ökonomischer und politischer Positionierungen.

In diesem Sinne ist die zurzeit viel beklagte „Ökonomisierung des Lebens“ kein gänzlich neoliberales Phänomen, sondern eine Kraftlinie biopolitischer Gesellschaften, die gegenwärtig vielleicht auf eine neue Weise intelligibel wird. Die damit verbundenen Subjektivierungen sind nicht derart neu, wie dies meist behauptet wird. Vielmehr sind deren biopolitisch gouvernementale Kontinuitäten noch kaum begriffen.

Denn waren Lebens- und Arbeitsverhältnisse, die im Kontext sozialer Bewegungen seit den 1960er Jahren entstanden sind, tatsächlich in keiner Weise gouvernemental? Zwar wollten sich die durchaus dissidenten Praktiken alternativer Lebensweisen, die Wünsche nach anderen Körpern und Selbstverhältnissen (in feministischen, ökologischen, linksradikalen Kontexten) immer auch vom Normal-

... Was wir hier erleben, ist doch nichts singuläres, sondern Prekarität betrifft viele in anderen Berufen auch, diese Angst um die eigene Existenz auf einer finanziellen Ebene. Selbst wenn man es nicht reduzieren kann auf das Finanzielle, aber der Auslöser ist, ob du Geld hast oder nicht ...

arbeitsverhältnis und den damit verbundenen Zwängen, Disziplinierungen und Kontrollen abgrenzen. Stichworte hierzu sind: selbst entscheiden können, was

und mit wem gearbeitet wird; bewusst prekäre Lebens- und Arbeitsformen wählen, weil dabei mehr Freiheit und Autonomie möglich schien, gerade wegen der eigenen Zeiteinteilung und



ganz wichtig: der Selbstbestimmung. Auf eine gute Bezahlung kam es dabei oft nicht an, war die Entlohnung doch, Spaß an der Arbeit zu haben. Die vielen eigenen Fähigkeiten zur Geltung zu bringen, darum ging es. Generell war die bewusste, die freiwillige Aufnahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse sicherlich auch Ausdruck für ein Bedürfnis, die moderne, patriarchale Aufteilung in Reproduktion und Lohnarbeit anders zu leben als innerhalb des Normalarbeitsverhältnisses.

In den vergangenen Jahren sind jedoch genau diese alternativen Lebens- und Arbeitsverhältnisse immer stärker ökonomisch verwertbar geworden, weil sie die Flexibilisierung begünstigten, die der Arbeitsmarkt forderte. So waren Praktiken und Diskurse sozialer Bewegungen in den vergangenen dreißig, vierzig Jahren nicht nur dissident und gegen Normalisierung gerichtet, sondern zugleich auch Teil der Transformation hin zu einer neoliberalen Ausformung von Gouvernamentalität.

Aber inwiefern werden ehemals als dissident verstandene prekäre Lebens- und Arbeitsweisen aktuell in ihrer hegemonialen, gouvernementalen Funktion offensichtlich? Und weshalb scheinen sie ihr Potenzial zu einem Gegen-Verhalten zu verlieren? Im Folgenden nur einige wenige Überlegungen, ohne Anspruch auf eine umfassende Analyse.

Viele der selbst-prekarierten Kulturproduzent_innen, um die es hier pauschalisierend geht, würden sich auf eine bewusste oder unbewusste Geschichte ehemals alternativer Existenzweisen beziehen, meist ohne einen direkten politischen Bezug dazu zu haben. Sie sind mehr oder weniger irritiert über ihre Verschiebung hin in die gesellschaftliche Mitte, also dorthin, wo sich das Normale und Hegemoniale reproduziert. Das heißt allerdings nicht, dass ehemals alternative Lebens- und Arbeitstechniken gesellschaftlich hegemonial werden. Es verhält sich eher genau anders herum: Die massenhafte

Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen wird mit der Verheißung, die eigene Kreativität zu verantworten, sich nach den eigenen Regeln selbst zu gestalten, für all diejenigen, die herausfallen aus dem Normalarbeitsverhältnis, als zu begehrende, vermeintlich normale Existenzweise erzwungen. Um diese gezwungenermaßen Prekarierten geht es hier indes nicht, sondern um diejenigen, die von sich sagen, sie hätten prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse als Kulturproduzent_innen freiwillig gewählt.

Es ist erstaunlich, dass es hierzu noch keine systematischen empirischen Untersuchungen gibt. Die gängigen Parameter von Kulturproduzent_innen

dürften jedoch darin bestehen, dass sie gut bis sehr gut ausgebildet sind, zwischen fünf- und zwanzig und vierzig Jahren, kinderlos und mehr oder weniger gewollt prekär beschäftigt.

Sie gehen befristeten Tätigkeiten nach, leben von Projekten und Honorarjobs, von mehreren gleichzeitig und einem nach dem anderen, meist ohne Kranken-, Urlaubs- und Arbeitslosengeld, ohne Kündigungsschutz, also ohne oder mit minimalen sozialen Absicherungen. Die 40-Stunden-Woche ist eine Illusion. Arbeitszeit und freie Zeit finden nicht entlang klar definierter Grenzen statt. Arbeit und Freizeit lassen sich nicht mehr trennen. In der nicht bezahlten Zeit findet eine Anhäufung von Wissen statt, welches wiederum nicht extra honoriert, aber selbstverständlich in die bezahlte Arbeit eingebracht und abgerufen wird, usw.

Dies ist keine „Ökonomisierung des Lebens“, die etwa von Außen kommt, übermächtig und totalisierend. Es geht hier vielmehr um Praktiken, die sowohl mit Begehren als auch mit Anpassung verbunden sind. Denn diese Existenzweisen werden immer wieder auch in vorausweisendem Gehorsam antizipiert und mitproduziert. Die nicht existierenden oder geringen Bezahlungen, im Kultur- oder Wissenschaftsbetrieb zum Beispiel, werden allzu häufig als unveränderbare Tatsache hingenommen, anderes wird gar nicht erst eingefordert. Die Notwendigkeit, anderen, weniger kreativen, prekären Beschäftigten nachzugehen, um sich die eigene

...Ich arbeite eigentlich immer in Gruppen oder Kollektiven, die sich Projekte ausdenken und dann versuchen, sie zu realisieren. Arbeit sickert dann so in dein Leben ... Mein ganzes Leben steht unter dieser Arbeitsmöglichkeit. Ich muss die Grenze, wann die Arbeit aufhört, selber setzen, weil du tendenziell überall immer noch mehr reinstecken kannst. Diese Selbstunternehmerisierung funktioniert nicht unbedingt über einen starken Außendruck, sondern über die Konfrontation mit einem starken Innendruck. Arbeit ist für mich auch irre bedrohlich. Freie Zeit empfinde ich auch nicht als freie Zeit, sondern denke permanent: Oh scheiße, dann musst du noch das machen, und dann musst du noch das machen ...

Kulturproduktion finanzieren zu können, wird hingenommen. Diese erzwungene und gleichzeitig selbst gewählte Finanzierung des eigenen kreativen Schaffens stützt und reproduziert genau die

Verhältnisse immer wieder, unter denen man leidet und deren Teil man zugleich sein will. Vielleicht sind die kreativ Arbeitenden, diese selbst gewählten prekarierten Kulturproduzent_innen deshalb so gut ausbeutbare Subjekte, weil sie ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse wegen des Glaubens an die eigenen Freiheiten und Autonomien, wegen der Selbstverwirklichungsphantasien scheinbar unendlich ertragen. Sie sind in einem neoliberalen Kontext dermaßen ausbeutbar, dass sie von staatlicher Seite sogar als Rolemodels angeführt werden.

Mit dieser Selbst-Prekarisierung sind Erfahrungen von Angst und



Kontrollverlust verbunden, Gefühle von Verunsicherung durch Verluste an Sicherheiten, sowie Angst vor und die Erfahrung von Scheitern, sozialem Abstieg und Armut. Auch deshalb sind ‚Loslassen‘ oder Formen des Ausstiegs und Abfallens vom hegemonialen Paradigma schwierig. Man muss ‚on speed‘ bleiben, sonst könnte man rausfallen. Klare Zeiten für Entspannung und Erholung gibt es nicht. Solche Reproduktion hat keinen klaren Ort, was wiederum eine unerfüllte Sehnsucht und ein fortwährendes Leiden an diesem Mangel zur Folge hat. Das Begehren nach Entspannung, danach, ‚zu sich selbst zu kommen‘, wird unstillbar. Derart reproduktive Praktiken müssen meist neu erlernt werden. Sie entbehren jeder Selbstverständlichkeit und müssen gegen sich und andere hart erkämpft werden. Das macht diese Sehnsucht nach Reproduktion, nach Regeneration wiederum so überaus vermarktbar.

Nicht nur die Seite der Arbeit, die der Produktion, ist demnach prekär geworden, sondern auch die so genannte andere Seite, die oft als „Leben“ bezeichnet wird, die Seite der Reproduktion. Fallen Produktion und Reproduktion demnach zusammen? Bei diesen Kulturproduzent_innen auf eine alte neue Weise, ja. [...]

Im gegenwärtigen Kontext von prekariertem immaterieller, meist individualisierter Arbeit und ebensolchem ‚Leben‘ verändert sich folglich die Funktion von Reproduktion. Sie wird nicht mehr nur auf andere, vornehmlich Frauen ausgelagert. Individuelle Reproduktion und Generativität, die Produktion des Lebens individualisiert und verlagert sich nun zum Teil in die Subjekte selbst hinein. Es geht um Regeneration jenseits von Arbeit, auch *durch* Arbeit, aber immer noch sehr häufig jenseits von angemessen bezahlter Lohnarbeit. Es geht um Regeneration, um Erneuerung, Aus-sich-selbst-Schöpfen, sich selbst aus eigener Kraft wieder herstellen: eigenverantwortlich. Die Selbstverwirklichung wird zur reproduktiven Aufgabe für das

Selbst. Arbeit soll die Reproduktion des Selbst gewährleisten.

Wenn prekarierte Kulturproduzent_innen in ihrer ganzen Heterogenität in dieser Weise vereinheitlichend dargestellt werden, lässt sich über deren Subjektivierung im Neoliberalismus sagen, dass sie offensichtlich in einem Widerspruch stattfindet: in der Gleichzeitigkeit von Prekarisierung zum einen, das heißt immer auch Fragmentierung und Nicht-Linearität, und Kontinuität von Souveränität zum anderen. Die Kontinuität moderner Souveränität findet durch die Stilisierung von Selbstverwirklichung, Autonomie und Freiheit, durch Selbstgestaltung, Selbstverantwortung und die Wiederholung der Idee von Eigentlichkeit statt. [...] Generell scheint Souveränität bei den hier beschriebenen Kulturproduzent_innen in erster Linie auf der ‚freien‘ Entscheidung zur Prekarisierung, mithin zur Selbst-Prekarisierung, zu beruhen. Dies wiederum könnte ein zentraler Grund dafür sein, dass die strukturelle Prekarisierung als tendentiell

gesamtgesellschaftliches, neoliberal-gouvernementales Phänomen, dem kaum eine freie Entscheidung zugrunde liegt, derart schwer gesehen werden kann. Kulturproduzent_innen geben deshalb eines von

vielen Beispielen dafür ab, inwiefern ‚selbst gewählte‘ Lebens- und Arbeitsweisen, mitsamt deren Vorstellungen von Autonomie und Freiheit, mit politischen und ökonomischen

Umstrukturierungen kompatibel sind. Wie ließe sich sonst erklären, dass bei einer Untersuchung über Lebens- und Arbeitsverhältnisse kritischer Kulturproduzent_innen auf die Frage nach dem ‚guten Leben‘ von diesen keine Antworten zu bekommen waren?⁵ Wenn Arbeit und Leben zunehmend voneinander durchdrungen sind, dann heißt das zwar, wie es eine Interviewte ausdrückt: „Die Arbeit sickert in dein Leben.“ Aber offensichtlich sickern nicht genügend Vorstellungen von ‚gutem Leben‘ in die Arbeit, wodurch diese dann wiederum zu etwas transformiert werden könnte, was kollektiv ein ‚gutes Leben‘ bedeutet. Das Gegen-Verhalten mit der Perspektive auf ein besseres Leben, das immer weniger eine gouvernementale Funktion hat, bleibt aus.

Offenbar kann mithilfe einer widersprüchlichen Subjektivierung zwischen Souveränität und Fragmentierung der Glaube an Prekarisierung als eine liberal-gouvernementale Widerspruchsposition aufrechterhalten werden. Dabei werden allerdings

...Meine Tage sind von permanenten Operationen der Mikrokrisenbewältigung, der Selbstorganisation und der Selbstmotivation durch Selbstverführung, Selbstüberlistung, einem permanenten Tricksen am Ich strukturiert. Immer wieder nehme ich mir vor, mit Hilfe eines zuverlässig-verbindlichen Fahrplans so durch den, von einem wohlgedachten und von „Personal“ und Angehörigen geführten Haushalt abgesicherten Tag getragen zu werden, wie es die regelmäßigkeit-besessenen „großen“ Schriftsteller und Künstler in ihren Autobiografien entwerfen. 7 Uhr Schreibtisch, 9 Uhr Frühstück, 10 Uhr Schreibtisch, 12 Uhr den Hund ausführen, 13 Uhr Mittag, 14 Uhr Korrespondenz, 16 Uhr Schreibtisch, Korrektur des am Vormittag Geschriebenen, 19 Uhr Abendessen, 20 Uhr Hund ausführen. 23 Uhr Bettruhe. Stattdessen: lauter Irregularitäten und Unberechenbarkeiten ...

fortwährend Macht- und Herrschaftsverhältnisse unsichtbar und Normalisierungsmechanismen als selbstverständliche und autonome Entscheidung des Subjekts naturalisiert. Dazu trägt die totalisierende Rede von der „Ökonomisierung

des Lebens“ bei, da Hegemonieeffekte und damit Kämpfe und Widersprüche aus dem Blick geraten. Die eigenen Imaginationen von Autonomie und Freiheit werden nicht in der



gouvernementalen Kraftlinie moderner Subjektivierung reflektiert, andere Freiheiten nicht mehr vorgestellt und so die Perspektive auf mögliches Gegenverhalten zur hegemonialen Funktion von Prekarisierung im Kontext neoliberaler Gouvernementalität verstellt.

Was ist der Preis dieser Normalisierung? Was bekommt im Neoliberalismus die Funktion des Anormalen, Devianten? Was ist nicht dermaßen ökonomisch und politisch verwertbar? Statt den Fokus augenblicklich auf das messianische Kommen von Widerständigkeit und neuen Subjektivitäten zu legen, wie es zum Beispiel Deleuze rhetorisch mit der Frage „Finden nicht die Veränderungen des Kapitalismus ein unerwartetes Gegenüber im allmählichen Auftauchen eines neuen Selbst als Brennpunkt des Widerstands?“ formuliert, glaube ich, dass davor noch weiter und genauer an den Genealogien der Prekarisierung als hegemonialer Funktion gearbeitet werden muss, an der Problematisierung der Kontinuitäten bürgerlicher gouvernementaler Subjektivierungsweisen im Kontext von sich auch als dissident verstehenden Vorstellungen von Autonomie und Freiheit.⁶

Eine ungekürzte Fassung des Textes sowie weiterführende Literaturangaben finden sich unter <http://eipcp.net/transversal/1106/lorey/de>
Weitere Texte von Isabell Lorey unter <http://eipcp.net/bio/lorey>

Zitate aus dem Projekt „Kamera läuft! Ein kleines postfordistisches Drama“
Vgl. Fußnote 1

Quelle: <http://arranca.nadir.org/arranca/article.do?id=303>

- 1 ‚Kulturproduzent_innen‘ wird hier als paradoxe Bezeichnung verstanden. Sie verweist auf eine Imagination der bezeichneten Subjekte, nämlich die des eigenen Produzierens und des Gestaltens des Eigenen. Gleichzeitig aber geht es darum, dass diese Subjektivierungsweisen Instrumente des Regierens, mithin funktionale Effekte biopolitisch gouvernementaler Gesellschaften der abendländischen Moderne sind. Deshalb hat ‚Kulturproduzent_innen‘ eine widersprüchliche, nicht kohärente Bedeutung. Bei ‚Kulturproduzent_innen‘ geht es nicht in erster Linie um Künstler_innen. Ich beziehe mich dabei auch auf die Definition der Gruppe kpD/ kleines postfordistisches Drama, der ich, zusammen mit Brigitta Kuster, Katja Reichard und Marion von Osten, angehöre. „Den Begriff ‚Kulturproduzent_Innen‘ setzen wir sehr strategisch ein. Wir sprechen damit weder von einem bestimmten Sektor (Kulturindustrie), noch von einer erheblichen sozialen Kategorie (beispielsweise Mitglieder der Künstlersozialkasse in Deutschland) oder von einem beruflichen Selbstverständnis. Wir sprechen vielmehr von der Praxis, Unterschiedliches zu durchqueren: Theorieproduktion, Gestaltung, politische und kulturelle Selbstorganisation, Formen der Kollaboration, bezahlte und unbezahlte Jobs, informelle und formelle Ökonomien, temporäre Zusammenschlüsse, Projekt bezogenes Arbeiten und Leben.“
- 2 Unter Kraftlinien verstehe ich Formationen von Handlungen oder Praktiken, die sich über die Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinweg in Raum und Zeit homogenisiert und normalisiert haben und letztlich Hegemonieeffekte sind.
- 3 Mit diesem Begriff, im Französischen „contre-conduite“, bezeichnet Foucault Kämpfe gegen solche Regierungsweisen, die er ‚Gouvernementalität‘ nennt.
- 4 Ich gehe davon aus, dass sich Selbstführung nicht erst im Neoliberalismus

nach ‚innen‘ verlagert und dann ein regulatorisches Prinzip einsetzt. Regulation und Kontrolle sind keine Techniken, die sich gegen die Disziplin erst im Neoliberalismus durchsetzen. Gerade wenn mit Hygiene und Gesundheit den Reproduktionstechniken eine zentrale biopolitische Produktivität von (vergeschlechtlichten und rassifizierten) Körpern zugestanden wird, müssen diese Subjektivierungspraktiken mit dem Beginn der Moderne, spätestens zum Ende des 18. Jahrhunderts für das Bürgertum angesetzt werden.

- 5 Wir, die Gruppe kpD (kleines postfordistisches Drama), haben im Rahmen des Filmprojekts „Kamera Lläuft!“ Ende 2003 fünfzehn Berliner Kulturproduzent_innen (inklusive uns selbst) interviewt, „mit denen wir für eine spezifische Form der politischen Praxis im kulturellen Feld zusammenarbeiten oder auf deren Praxis wir Bezug nehmen. (...) Unsere Fragen waren angelehnt an die von ‚Fronte della Gioventù Lavoratrice und Potere Operaio‘ Anfang 1967 in Mirafiori durchgeführte Umfrageaktion ‚Fiat ist unsere Universität‘, die unter anderem nach den Vorstellungen von ‚gutem Leben‘ und nach Organisation fragt. (...) Im Hinblick auf eine potentielle Politisierung von Kulturproduzent_innen waren wir jedoch auch an kollektiven Verweigerungsstrategien interessiert und an den damit verbundenen Wünschen nach Verbesserung des eigenen Lebens, des Lebens von anderen, also letztlich nach Gesellschaftsveränderung. Das einzige, was sich jedoch auf einer allgemeineren Ebene in allen Interviews durchzog, war das Leiden an einem Mangel von Kontinuität. (...) Auch wir selbst fanden in unserem Vorstellungshorizont kaum alternative Lebenskonzepte, die den schon bestehenden Verhältnissen etwas Klares und Eindeutiges entgegenzusetzen hätten.“
- 6 Brigitta Kuster, Katharina Pühl und Gerald Raunig sei Dank für kritische Diskussionen.



Über das Begehren jenseits gesellschaftlicher Normen oder warum uns die Angst unsichtbar macht

Interviews aus El Salvador

(ah/zp) Wenn sich das eigene sexuelle Begehren oder die eigene Geschlechtsidentität nicht der Norm „Mann/männlich/heterosexuell“ oder „Frau/weiblich/heterosexuell“ annähert, erzeugt dies Angst. Eine eigene innere Angst und eine äußere auf Seiten der gesellschaftlichen Mehrheit. Angst vor dem, was anders ist, vor dem, was die gesellschaftlichen Norm bedingt und in Frage stellt. Beide Angstformen, sowohl die des gesellschaftlichen Innen als auch die des individuellen Außen, stoßen sich gegenseitig an, können sich aufschaukeln, aber möglicherweise auch aufheben. So lautete zunächst unsere These, von der ausgehend wir Menschen in El Salvador Fragen zum Thema Angst in Bezug auf ihr von der gesellschaftlichen Norm abweichendes Begehren bzw. ihre Geschlechtsidentität gestellt haben. Die Auswahl der Interviewpartner_innen war zufällig und ist bereits bestehenden Kontakten und Anknüpfungspunkten geschuldet. Zwei der Interviews haben wir per Email und ein Interview im persön-



Fátima Polanco

lichen Gespräch geführt. Positiv überrascht hat uns dabei die Bereitschaft und Offenheit, auf unsere Fragen zu antworten. Unser Angebot, die Antworten anonymisiert zu veröffentlichen, haben diejenigen, die uns geantwortet haben, abgelehnt. Marielos Romualdo alias Ejecat schreibt uns, dass für sie „die größte Diskriminierung die ist, unsichtbar zu sein.“

Wir könnten das Wort „Anders“ neu definieren

Interview mit Fátima Polanco

Magst Du uns etwas über Dich erzählen?

Mein Name ist Fátima Polanco, ich bin 23 Jahre alt, Salvadorianerin, lesbische und feministische Frau, Aktivistin und Halbtags-Dichterin. Ich studiere seit vier Jahren Marketing.

Ich bin Teil eines Kollektivs von lesbischen Frauen namens „DESCLOSETADAS“. Das ist ein Kollektiv, das die sexuelle Diversität mittels Kunst und Kommunikation thematisiert.

Wir glauben, dass das Anderssein als die Mehrheit der Bevölkerung Angst erzeugt. Auf der einen Seite eine eigene innere Angst, auf der anderen Seite Angst von Seiten der Gesellschaft und der Menschen, die uns umgeben. Hast Du ähnliche Erfahrungen gemacht? Wie waren sie?

Wir könnten das Wort „Anders“ neu definieren ... ich betrachte mich nicht als eine Person, die anders ist als die anderen, sondern als eine junge Frau, die ihre Art, das Leben zu sehen, vor den gesetzten Normen verteidigt hat.

Die Angst fühlen wir, wenn wir uns mit Dingen auseinandersetzen, die wir noch nicht kennen. Wenn wir den Mut fassen, unsere Ideale zu verteidigen, seien sie kulturell, sozial oder bezogen auf unseren Lebensstil, dann verliert man die Angst.

Persönlich habe ich am Anfang Angst gehabt, mich zu zeigen, wie ich bin; eine lesbische Frau und eine Frau wie jede andere, nur mit dem Wunsch, nicht mehr zu schweigen.

Die Erfahrungen, die Du gemacht hast, wie beeinflussen sie dein Verhalten? Und wie gehst Du damit um?

Sie haben mich gelehrt, die Angst zu verlieren, sie haben mir Mut gegeben, um diesen Kampf um Gleichheit zu beginnen, um Ebenbürtigkeit für die lesbischen Frauen. Sie haben mich gestärkt und dafür gewappnet, die heteropatriarchale Gesellschaft zu hinterfragen, in der wir in El Salvador leben.

Wie würdest Du gerne leben?

Also, ich würde gerne in einer gerechten und egalitären Gesellschaft leben, die Unterschiede respektiert.

Was müsste sich dafür verändern?

Die Art der Menschheit zu denken. Wir müssten menschlich sein, offener gegenüber der Diversität dieses Planeten. Das ist der Anfang von allem.

... was sich ändern muss, ist die Gesellschaft

Interview mit Gabriela Nicol Bustamante

Magst Du uns etwas über Dich erzählen?

Schon mit sieben Jahren fühlte ich mich damit identifiziert, eine Frau zu sein. Aber meine wahre Identität entdeckte ich mit 13 Jahren, als ich mich in einen 15-jährigen Jungen verliebte. Wir waren zusammen, aber ich hatte Gefühle für ihn und er sah mich nur auf sexuelle Weise. Dann begann er, eine Freundin von mir zu verführen und ich fühlte mich traurig. So kam es, dass ich mit ungefähr 17 Jahren begann, mich zu prostituieren, weil ich dachte, dass mich die Leute wie etwas Sexuelles sehen würden und dann beschloss ich, dies in einen Vorteil für mich zu verwandeln.

Mit 21 Jahren kam ich in eine Krise und dachte daran, dass ich jemanden an meiner Seite bräuchte und versuchen müsste, es mir gut gehen zu lassen. So habe ich die Prostitution aufgegeben und lernte einen Mann kennen, den, mit dem ich jetzt zusammen bin. Ich habe beschlossen, treu zu sein, mich selbst zu schätzen und unabhängig, ohne die Hilfe der Familie zu sein. Und ich habe es geschafft. Ich bin stolz darauf, so zu sein, wie ich bin. Ich mag es, ehrlich zu mir selbst und zu anderen zu sein. Und wenn mir gesagt würde, ich solle meine Identität durch eine andere tauschen, so würde ich es nicht machen. Ich bin stolz, das zu sein, was ich bin. Ich habe sogar eine Friseurinnenausbildung gemacht, die mich zu dem gemacht hat, was ich heute bin.

Wir glauben, dass das Anderssein als die Mehrheit der Bevölkerung Angst erzeugt. Auf der einen Seite eine eigene innere Angst, auf der anderen Seite Angst von Seiten der Gesellschaft und der Menschen, die uns umgeben. Hast Du ähnliche Erfahrungen gemacht? Wie waren sie?

Angst ... Angst hatte ich vielleicht ein wenig vor meinem Vater. Ich musste mich mit ihm konfrontieren. Er sagte mir, dass er mich so akzeptiert, wie ich bin. Aber dass ich zu spüren bekommen würde, dass er es nicht akzeptieren würde, mich als Frau angezogen

zu sehen. Er hat mich bedroht. Aber mit der Zeit habe ich mich als Frau gekleidet. Ich habe auch wenig Glück in der Liebe gehabt. Meine Freunde sagen mir immer, wenn sie mich mit jemanden zusammen sehen, dass er nicht mit mir zusammen ist, weil er mich mag, sondern aus materiellen Gründen, um mich zu verunsichern. Und manchmal denke ich, dass ich nicht viel wert bin, aber ich weiss auch, dass das nicht stimmt. Manchmal denke ich, dass ich alles habe, aber auch, dass ich nichts habe. Vielleicht ist es mein Unterbewusstsein.

Die Erfahrungen, die Du gemacht hast, wie beeinflussen sie dein Verhalten? Und wie gehst Du damit um?

Wegen der bitteren Erfahrungen bin ich heute das, was ich bin. Ich



Gabriela in ihrem Frisiersalon

schätze mich im wahrsten Sinne des Wortes als liebevoll, ehrlich, gefühlbetont, uneigennützig mit den anderen ein. Ich erwarte nur Liebe und Ehrlichkeit, ich gebe alles, ohne etwas im Gegenzug zu erwarten. Manchmal machen sie, dass ich mich schlecht fühle und manchmal weine ich sogar. Aber ich schaue immer nach vorne und weiß, dass ich immer dann, wenn ich auf die Nase falle, am meisten lerne. Und ich sage meinem Partner, dass ich ihn verlassen werde, wenn er mich betrügt und ich dahinterkomme (und ich würde sicher dahinterkommen). Das hat er verstanden.

Manchmal fühle ich mich diskriminiert. Wenn man zum Beispiel in ein Einkaufszentrum geht, dann gehen die Wachmänner einem nach, um zu sehen, was man macht, sie gehen hinter einem her, um zu sehen, ob man etwas konsumiert, also ob man etwas

kauft oder ob man sich da nur aufhält. Die Wahrheit ist, dass man herumgehen kann wie jeder, aber man fühlt sich unwohl, wenn man überwacht wird.

Wie würdest Du gerne leben? Was müsste sich dafür ändern oder was müsste dafür anders sein?

Ich würde gerne wie ein normales Paar leben, wo der Mann nach Hause kommt und ich ihn mit dem Abendessen erwarte. Ich würde gerne alles auf unsere Art machen, auf eine normale, natürliche Art.

Ich glaube, dass die Gesellschaft einen mehr wegen des sozialen Status marginalisiert als wegen dem, was man ist. Wenn man also ein studierter Gay ist, dann wird man mehr respektiert, aber wenn man zum Beispiel jemand ist, der nichts hat und keine feste Arbeit hat, dann diskriminieren einen die Leute. Ich fühle mich so zwischendrin. Ich habe meine Ausbildung als Friseurin fertig gemacht und besitze meinen eigenen Frisiersalon.

Ich glaube, dass es die gesellschaftliche Diskriminierung der Gays nicht geben dürfte, dass aus der Verfolgung Würde entsteht. Ich würde nichts in meinem Leben ändern. Ich führe ein alltägliches Leben, was sich ändern muss, ist die Gesellschaft.

Mit der Zeit habe ich entdeckt, dass viele dieser Ängste meine eigenen Gespenster waren

Interview mit Marielos Romualdo/Ejecat

Magst Du uns etwas über Dich erzählen?

Ich bin eine lesbische, feministische, salvadorianische Frau, ich bin 43 Jahre alt und vom Sternzeichen Jungfrau. Mein Name in Nahuatl ist EJECAT, was LUFT bedeutet. Gegenwärtig habe ich eine Beziehung mit zwei Frauen, die sehr wichtig in meinem Leben sind. Meine erste Beziehung mit einer Frau hatte ich mit 27 Jahren, kurz nachdem ich den Feminismus kennengelernt hatte. Es war eine verwirrende Erfahrung, mit viel Angst, Schuld und Schmerz, weil ich sehr religiös war. Es war aber auch bewegend, faszinierend und orgasmisch, weil ich komplett in eine Frau verliebt war.

Wir glauben, dass das Anderssein als die Mehrheit der Bevölkerung Angst erzeugt. Auf der einen Seite eine eigene innere Angst, auf der anderen Seite Angst von Seiten der Gesellschaft und der Menschen, die uns umgeben. Hast Du ähnliche Erfahrungen gemacht? Wie waren sie?

Ich glaube, dass ich am Anfang eine Krise durchgemacht habe, weil ich meinem Leben eine komplett andere Wendung geben musste. Das hat mir Angst gemacht, aber ich glaube, dass meine größte Angst war, Zuneigung zu verlieren, besonders die Liebe meiner Mutter, das Nicht-akzeptiert-werden in der katholischen Kirche, dass Gott mich bestrafen könnte oder auf der Straße angegriffen zu werden, wenn ich mit einer Partnerin unterwegs war ... Mit der Zeit habe ich entdeckt, dass viele dieser Ängste meine eigenen Gespenster waren.

Heute kann ich mich lächelnd an den Tag erinnern, an dem ich meiner Mutter erzählt habe, dass ich lesbisch sei und sie mir erwiderte, dass sie schon vier Jahre vorher deswegen gelitten habe, als sie es entdeckt hatte und dass sie mich liebe.

Die Angst, Freundschaften zu verlieren ... eine Freundin sagte mir sehr zutreffend, dass ich einige Freundschaften verlieren würde und so war es. Dass, wenn ich neue Freundschaften aufbauen wollte, meine sexuelle Option eines der ersten Dinge sein müsste, die sie von mir wissen müssten. Denn man kann keine Freundschaft mit jemand haben, der einen so wichtigen Teil deines Lebens nicht kennt. Und so habe ich es gemacht. Heute habe ich sehr gute Freundinnen, denen ich über meine Partnerschaft erzähle, so wie sie mir von der ihren.

Am Anfang dachte ich, dass sie mich auf der Straße angreifen könnten, wenn ich händchenhaltend mit meiner Partnerin unterwegs sei. Aber die Angst verschwand und heute genieße ich es, wenn ich im Park im Gras liege und mich mit Luz küsse. Und wenn jemand uns anschaut, dann sage ich nur in scherzhaften Ton: „Ja, wir sind zwei Frauen.“

Auch mein Gottesbild hat sich verändert und heute bin ich versöhnter mit einem Bild des Universums und habe nicht mehr die jüdisch-christliche Vision von Gott.

Die Erfahrungen, die Du gemacht hast, wie beeinflussen sie dein Verhalten? Und wie gehst Du damit um?

Ich glaube, dass ich auf dem Weg gelernt habe, ich selbst zu sein. Ich bin eine lesbische Frau und wenn ich mich nicht benenne, dann existiere ich nicht. Ich will damit sagen, dass alle Welt denkt, dass die Menschen heterosexuell sind, weil es für sie das Normale ist. Mir gefällt es, sichtbar zu sein, weil ich glaube, dass die größte Diskriminierung die ist, unsichtbar zu sein, nicht zu existieren.

Ich bin stärker und sicherer als früher. Ich glaube, dass viele Ängste verschwunden sind, wie die, die Zuneigung meiner Liebsten (meiner Familie und Freundschaften) zu verlieren. Aber da sind meine neuen Liebsten wie meine Nichten und Neffen. Ich weiß, dass ich eines Tages mit ihnen diesen Teil meines Lebens teilen muss, obwohl sie schon ein anderes Bild von ihrer Tante Marielos haben und mich immer fragen: „Und Marta?“. Und Marta fragen sie: „Wo hast Du meine Tante Marielos gelassen?“.

In meiner Arbeit war es Teil meiner Vorstellung. Ich sage nicht notwendigerweise, dass ich Lesbe bin, aber wenn ich gefragt werde, sage ich, „ja, ich habe eine Partnerin und sie heißt Marta“.

Wie würdest Du gerne leben? Was müsste sich dafür ändern oder was müsste dafür anders sein?

Mir gefällt es, wie ich heute lebe. Ich weiß, dass mein Leben eine unerwartete Wendung genommen hat, als ich meine sexuelle Option geändert habe. Aber es hat mir die Gelegenheit gegeben, mein Umfeld anders zu sehen. Ich bin sensibler, nicht nur der Diskriminierung von Lesben gegenüber geworden, sondern von allen Personen, die wir anders sind, wie die Sexarbeiterinnen, die Mütter im Teenageralter, die Homosexuellen, die Personen anderer Hautfarbe ...

In diesem Moment meines Lebens fahre ich fort, Liebe zu versprühen, weil die Welt, die ich erträume, möglich ist und setze darauf von Tag zu Tag. Ich bin sicher, dass die großen Veränderungen in jeder und jedem von uns begonnen werden.

... und welche Antworten geben wir selbst?

Eine offene Frage wäre, warum wir unsere Fragen Menschen in El Salvador stellen und uns selbst auf die Position der Fragenden zurückziehen. Eine wirklich zufriedenstellende Antwort auf diese Frage haben wir nicht. Was für Antworten geben wir uns also, wenn wir uns die Fragen, die wir unseren Interviewpartner_innen gestellt haben, selbst stellen? Ja, das eigene Begehren ist in verschiedenen Kontexten und unterschiedlichen Lebensphasen mehr oder weniger angstbehaftet. Angst vor Ablehnung, Ausgrenzung, Angriffen. Nein, wir möchten kein öffentliches Bekenntnis über unsere Angst und unser Begehren abgeben. Die Frage, in welchem Kontext das eigene Begehren öffentlich gemacht wird und in welchem Kontext nicht, die Frage, obte ich mich am Arbeitsplatz, die Frage, küsse ich meine_n Partner_in in der Öffentlichkeit etc., drängt sich uns – ob wir wollen oder nicht – immer wieder auf. Unser Begehren wird zum Kern unserer Identität stilisiert, die wir entweder „mutig offenbaren“ oder „ängstlich verschweigen“. Dass nicht jedes Verschweigen ängstlich und nicht jedes Bekenntnis mutig sein muss, bleibt so lange unsichtbar, solange wir die Vorstellung von einer „wahren“ Identität aufrechterhalten. Solange sich der Zwang, eine wie auch immer geartete „Wahrheit“ über die eigene Identität zu sagen, nur auf diejenigen von uns erstreckt, die von der Norm abweichen, und solange wir diese Norm nicht als Konstrukt entlarven, bleibt uns die Wut darüber, dass wir, wenn wir uns nicht äußern, unsichtbar gemacht werden.

Danken möchten wir Fátima Polanco, Gabriela Nicol Bustamante und Marielos Romualdo/Ejecat für ihre Offenheit und Bereitschaft, unsere Fragen zu beantworten.

Zu entscheiden, ob sich unsere anfangs genannte These bestätigt, überlassen wir unseren Leser_innen, die sich die gestellten Fragen gerne selbst stellen können.

Den hier veröffentlichten Text werden wir unseren Interviewpartner_innen zukommen lassen.

Bonjour tristesse – Leben im Passauer Hinterland

Ein Bericht aus den Flüchtlingsheimen Hauzenberg und Breitenberg

„Berge, Hügel, Abhänge, Täler, Wälder, Wiesen, Felder, unzählige Häuser, Ortschaften; man kann Jahre lang hier weilen und ersättigt sich nicht an den Mannigfaltigkeiten der Gestaltungen“, schwärmte der Schriftsteller Adalbert Stifter vor 150 Jahren vom Unteren Bayerischen Wald.¹ Das Passauer Hinterland im Dreiländereck hat auch heute noch seinen Reiz – kommt man als ErholungsurlauberIn und sucht Ruhe und frische Landluft. Für einen asylsuchenden jungen Mann aus der nigerianischen Millionenstadt Abuja oder eine politisch verfolgte Muslimin aus Grosny ist die tiefkatholische abgelegene Gegend allerdings ein befremdlicher und reizloser Ort. Die allgegenwärtigen Wahlplakate der NPD sind da auch kein Trost. Trotzdem müssen die Flüchtlinge hier wohnen. Gemäß §7 der Verordnung zur Durchführung des Asylverfahrensgesetzes wurden sie dem Landkreis Passau zugewiesen. Dieser Landkreis wiederum verteilte die Flüchtlinge in die Lager der Kleinstadt Hauzenberg und der 2000-Seelen Gemeinde Breitenberg. Die Residenzpflicht untersagt ihnen, den Landkreis zu verlassen, verfügen sie nicht über eine spezielle Erlaubnis.

Gefangene der Idylle

„Wir leben wie in einem Gefängnis“, sagt S. aus Nigeria, der vor sechs Monaten nach Breitenberg geschickt wurde. „Bevor ich hier her kam, wusste ich nicht, dass es so einen Ort gibt.“ In der Tat ist man ohne Auto in dieser Gegend wie eingesperrt. Es fahren zwar Busse in die kreisfreie Stadt Passau, allerdings nur sporadisch. Sonntags nur einmal. Die Busfahrkarten können sich Flüchtlinge kaum leisten. Die einstündige Busfahrt nach Passau und zurück kostet 8,50 Euro. Das ist nahezu ein Viertel

des monatlichen Taschengeldes. Dennoch sind viele gezwungen zur Verlängerung ihrer Aufenthaltspapiere nach Passau zu fahren. Die Fahrtkosten werden nicht erstattet. Der Antrag auf Erlaubnis zum Verlassen des Landkreises kostet 10,- Euro, rechnet man die Fahrtkosten zur Beschaffung des Antrags mit hinein, zahlen Flüchtlinge für die Option auf ein bisschen Freiraum 18,50 Euro. Anders als in größeren Städten haben Flüchtlinge hier keine Möglichkeit, außerhalb des Lagers Kontakt zu Flüchtlingen gleicher Herkunft aufzubauen, in Afrika- oder Asienläden einzukaufen oder ehrenamtliche Hilfsangebote wahrzunehmen. Selbst der kostenlose Deutschkurs der evangelischen Studentengemeinde in Passau bleibt für viele unerreichbar. Die Flüchtlinge sind isoliert.

Rassisten sind im Passauer Umland kein seltenes Gewächs

Neben der geografischen Isolation sind die Flüchtlinge von sozialer Ausgrenzung betroffen. Obwohl einige schon seit Jahren in den Unterkünften wohnen, haben sie keinen Kontakt zu einheimischen BürgerInnen. „Wir würden gerne, aber die wollen nicht.“, berichtet ein Afghane aus Hauzenberg. Vor allem schwarze Heimbewohner bekommen die Ablehnung der BürgerInnen zu spüren. Rassismus ist auf jeder gesellschaftlichen Ebene präsent. Gemeindemitglieder wechseln die Kirchenbank, wenn sich ein afrikanischer Flüchtling neben sie setzt, PassantenInnen die Straßenseite, kommt ihnen ein Flüchtling entgegen. Besonders perfide ist das Verhalten der BusfahrerInnen. Diese brechen mitunter die Fahrt schon vor der Endhaltestelle in Breitenberg ab, befinden sich unter den Fahrgästen nur noch Flüchtlinge.

Diesen bleibt dann nichts anderes übrig, als den kilometerlangen Weg ins Lager zu laufen. Beschwerden sich Flüchtlinge über diese rassistischen Verhältnisse, ist guter Rat teuer. Umsonst ist: „Geh heim nach Afrika, du schwarze Kuh.“

Die Methoden der Lagerleitung

Manchen gelingt es, der Depression im Lager länger fern zu bleiben. Diese Flüchtlinge wohnen dann bei Freunden oder Verwandten in Passau oder München und kommen nur zur monatlichen Taschengeldausgabe und zum Abholen der Post zurück. Das Zeitfenster von 15 Minuten, das für beide Dienste von der Lagerleitung (bzw. dem Sozialamt) offengehalten wird, ist eine weitere Schikane, um Flüchtlingen ein Entkommen aus der Isolation so schwer wie möglich zu machen. Die Leiterin des Lagers, Frau W., empfindet es als überaus „unverschäm“, wenn Flüchtlinge das Lager für längere Zeit verlassen. Frau W. droht Flüchtlingen damit, eine Herabsetzung der Duldungsdauer beim Ausländeramt zu erwirken, falls sie sich nicht ihren Vorstellungen gemäß verhielten. Die Vergangenheit hat gezeigt, die „Chefin“ (so lässt sich die Lagerleiterin nennen), belässt es nicht bei Drohungen. Lassen sich Flüchtlinge längere Zeit nicht blicken, werden sie gezwungen, alle drei Tage zur Verlängerung der Duldung nach Passau zu fahren. Gerne geht die Lagerleitung auch die Zimmer ab und weckt schlafende Bewohner, denn es gehört sich nicht, tagsüber zu schlafen.

Die stark beschränkte Bewegungsfreiheit, die soziale Isolation und die mangelnde Beschäftigung führt zu einer enormen psychischen Anspannung unter den Flüchtlingen. Viele leiden an Depressionen und Angstzuständen und

sind auf Medikamente angewiesen. Das Gefühl, hoffnungslos ausgeliefert zu sein, ist omnipräsent. Es scheint absurd, dass Flüchtlinge, die oftmals unter traumatisierenden Erinnerungen leiden, hier leben sollen. Doch so absurd ist es nicht. Diese Verhältnisse sind Folge des proklamierten Ziels der bayerischen Staatsregierung, die Rückkehrbereitschaft der Flüchtlinge durch Zermürbung zu erzwingen. Hauzenberg und Breitenberg sind dafür wie geschaffen.

Mannigfaltig bist du!

Ein Blick hinter die Kulissen der Idylle von Hauzenberg und Breitenberg ist ernüchternd. Die herausragendste Mannigfaltigkeit, um im Bilde Stifters zu bleiben, sind die diversen Rassen: die amtliche Zuweisung, die Residenzpflicht, die Taschengeldregelung, die Fresspakete und die Duldungszeiträume. Nahezu grenzenlos ist der Einfallsreichtum im Passauer Hinterland, wenn es darum geht, rassistische

Ausgrenzung in die Tat umzusetzen. Die Flüchtlinge sind den Repressalien von Schreibtisch-täterInnen, Lagerleitung und BürgernInnen ausgesetzt. Mannigfaltig, wahrlich mannigfaltig bist du, ach deutsche Seele in deinen Bergen, Hügeln, Abhängen, Tälern, Wäldern, Wiesen, und Feldern!

1 Siehe
www.breitenberg.de

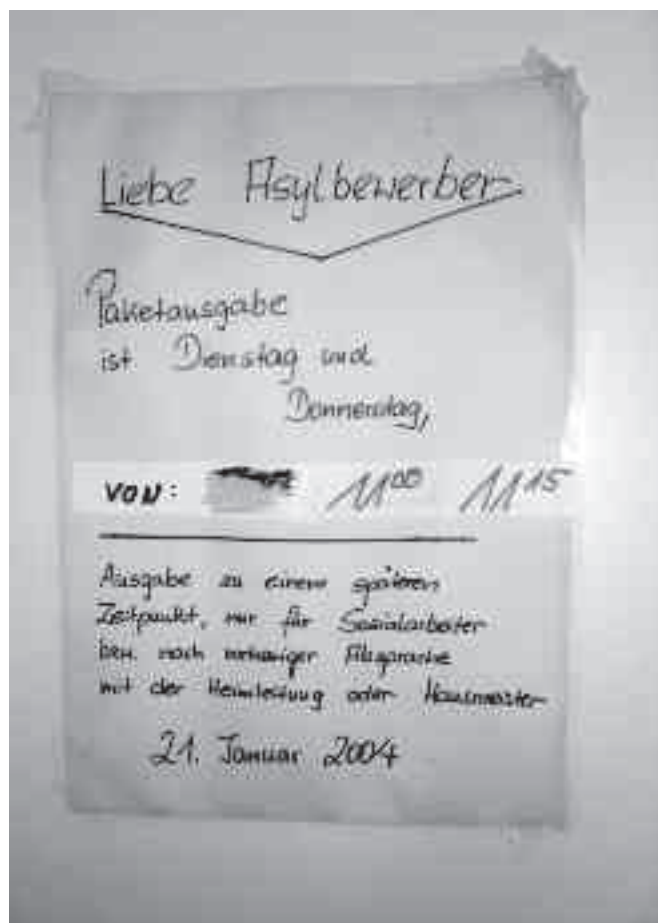


Foto: Matthias Weinzierl

Lateinamerika aus anderer Sicht



ila
Die kritische
Monatszeitschrift
zu Lateinamerika

Wir lassen kein Thema aus:

Schwerpunkthemen der ila 2008: Paraguay, Biodiversität, EU-Lateinamerika, Bolivien, Indigene und schwarze Bewegungen, Ciudad Juárez - Gesichter einer Metropole, Linke Regierungen in Südamerika, Wahrheitskommissionen, Tod und Totenkult, Kolumbien; **2007:** Agrotreibstoffe, Lesben/Schwule/Transgender, USA-Mexiko, Wer kontrolliert die Medien?, Jung sein in Lateinamerika, Holz-Zellulose-Papier, Ecuador; **2006:** Kino, Wasser ist keine Ware, Mexiko, Peru, China und Lateinamerika, Cuba; **2005:** Uruguay, Dominikanische Republik, Latinokultur in Deutschland, Caracas - Gesichter einer Metropole, Globalisierung und Stadtentwicklung, Landlosenbewegungen, Frauenmorde in Mexiko und Mittelamerika, Afrika & Lateinamerika; **2004:** Energie, Kunst und Krise, Musikszene Karibik, Argentinien, Nueva York - Gesichter einer Metropole; **2003:** Musik von Frauen, Welthandelsorganisation WTO, Zucker, Transnationale Konzerne und Menschenrechte, Karibik, 100 Jahre Panama, Frauenleben u.v.m.

www.ila-web.de

ila, Heerstraße 205, 53111 Bonn, Tel 0228/65 86 13, Fax 0228/63 12 28, ila@ila-bonn.de

If I can't abort, it's not my revolution

Eine Rundreise durch die Abtreibungsparagrafen der Gesetzbücher Lateinamerikas.
Eva Bahl und Judith Götz

Lateinamerikas Gesetze zur Abtreibung gehören zu den härtesten weltweit – in manchen Ländern ist der Schwangerschaftsabbruch nicht einmal im Falle der Lebensgefährdung der Mutter zugelassen. Auch die vermeintlich „linken“ StaatschefInnen, die „großen Revolutionäre“ Lateinamerikas, wollen daran nichts ändern. Sie werfen ihre vermeintliche Fortschrittlichkeit meist dann über Bord, wenn es um WählerInnenstimmengewinn oder „sekundäre Belange“ wie Frauenrechte geht.

Abtreibungsverbot auch bei Vergewaltigungen

Die Gesetzeslage in den meisten lateinamerikanischen Ländern lässt

Abtreibung nur dann zu, wenn eine Gefährdung der Gesundheit beziehungsweise des Lebens der Mutter besteht oder die Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung zustande gekommen ist. Oft sind derartige Paragraphen an eine Einverständniserklärung der Ehemänner, der gesetzlichen VertreterInnen gebunden oder der Willkür der ÄrztInnen sowie lokaler Gerichte ausgesetzt, vor denen dieses Recht erst eingeklagt werden muss. Mit wenigen Ausnahmen machen sich in allen anderen Fällen sowohl die abtreibende Frau als auch die Person, die die Abtreibung durchführt, strafbar – in Belize drohen beispielsweise bis zu 14 Jahre Haft für beide. Ein so genanntes „Totalverbot“ von Abtreibung, das

sonst nur in Malta und im Vatikan durchgesetzt ist, gibt es gleich in mehreren Ländern, zu denen Chile, El Salvador, Honduras, Saint Martin (Niederländische Antillen), die Dominikanische Republik und seit zwei Jahren auch Nicaragua zählen. Dieses „Totalverbot“ sieht vor, dass Frauen nicht einmal im Falle der Gefährdung ihres eigenen Lebens die Schwangerschaft abbrechen dürfen. Kaum verwunderlich also, dass die Weltgesundheitsorganisation die Anzahl der illegalen Abtreibungen, die durch die unsicheren Bedingungen zu einer unglaublich hohen Todesrate führen, in Lateinamerika jährlich auf rund vier Millionen schätzt. Der etwa 6.000 Frauen, die jährlich aufgrund von illegalen Abtreibungen sterben, wird seit 1990 am 28.



Foto: Eva Bahl

Demonstration für die Legalisierung der Abtreibung

September, dem „Día de lucha por la despenalización del aborto en Latinoamérica y el Caribe“ (Tag für die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbruch in Lateinamerika und der Karibik) gedacht. An diesem Tag riefen dieses Jahr mehr als 600 Organisationen in ganz Lateinamerika und der Karibik dazu auf, gegen die Illegalisierung und Bestrafung dieses Frauenrechts zu protestieren.

„Revolution“ auf Kosten von Frauen

In **Venezuela** sterben laut Statistiken pro Woche ungefähr ein bis zwei Frauen an unsicheren Abtreibungen. Trotz jahrelanger Bemühungen der venezolanischen Frauenbewegung, Abtreibung zu entkriminalisieren und nur mehr dann zu bestrafen, wenn sie ohne Wissen und Einverständnis der Frau durchgeführt wird, ist keine Änderung der besagten Passagen im Strafgesetzbuch zu erwarten. Der Chavismus gibt sich nämlich alles andere als religionskritisch – Jesus war laut Chávez immerhin der erste Revolutionär – und katholische WählerInnen machen wohl einen zu großen Teil seiner Stimmen aus, auf die man nicht verzichten möchte. So konnte sich die „bolivarianische Revolution“ nicht zuletzt auch auf Kosten von Frauen etablieren. Eine Strafrechtsreform war zwar bereits 2004 geplant, scheiterte jedoch aufgrund der Abtreibungsfrage, da sich die chavistische Regierung im Wahljahr nicht mit Kirche und Militär anlegen wollte. So heißt es im Artikel 432 des Kapitels V über den „Aborto provocado“ („hervorgerufene Abtreibung“), dass eine Frau, die wissentlich einen Schwangerschaftsabbruch begeht, mit sechs Monaten bis zu zwei Jahren Gefängnis bestraft wird. Die Person, die den Abbruch vollzieht, hat mit einem Jahr bis zu 30 Monaten Haft zu rechnen. Nicht strafbar ist der Abbruch der Schwangerschaft nur, wenn das Leben der Mutter in Gefahr ist. Aber selbst in diesem Fall muss eine schriftliche Einverständniserklärung ihres Ehemannes oder, im Fall von Minderjährigen, ihres/ihrer gesetzlichen VertreterIn vorgewiesen werden. In **Nicaragua** wurde das Strafgesetz zum Negativen geändert,



Foto: Eva Bahl

Mein Körper – meine Entscheidung

als im Jahr 2006 kurz vor den Präsidentschaftswahlen 52 der 61 anwesenden Abgeordneten, unter ihnen zahlreiche Mitglieder der sandinistischen Partei FSLN, für ein totales Abtreibungsverbot stimmten, ebenfalls um bei den katholischen WählerInnen zu punkten. Daniel Ortigas Wahlsieg ist unter anderem auf die komplette Eliminierung dieses Frauenrechts zurückzuführen. Betroffenen Frauen und ÄrztInnen drohen nun bis zu acht Jahre Haft. Zuvor war Abtreibung seit 1891 aus „medizinischen Gründen“ dann zugelassen, wenn drei unabhängige Gutachten über die gesundheitlichen Risiken für die betroffene Frau erbracht werden konnten und der Ehepartner oder die nächststehende Person aus der Familie dem Abbruch zustimmte.

Linksbündnisse und andere „linke“ Regierungschefs zur Abtreibungsfrage

Chile verfügt über ein ähnlich hartes Abtreibungsgesetz wie Nicaragua. Die Mitte-Links-Koalition, die seit dem Ende der Pinochet-Diktatur im Jahr 1989 Chile regiert, hat die entsprechenden Anti-Abtreibungsparagrafen nicht revidiert, sondern sogar verschärft, so dass Abtreibung nicht einmal nach Vergewaltigung oder aus „medizinischen Gründen“ erlaubt ist.

Wenngleich beide Möglichkeiten während der Diktatur kaum angewendet wurden, standen sie doch zumindest im damaligen Strafrecht. Die einzige Veränderung, die von Präsidentin Michelle Bachelet durchgesetzt wurde, ist der 2007 unterschriebene Erlass, dass 14- bis 18-Jährige ohne Einverständniserklärung der Eltern Anspruch auf die „Pille danach“ haben. Auch in **Brasilien** hat die Lula-Regierung kaum etwas daran geändert, dass eine Abtreibung nur im Falle der Gesundheitsgefährdung der Mutter durchgeführt werden darf. Lediglich eine neue Auslegung, die öffentliche Krankenhäuser dazu verpflichtet, Abtreibungen durchzuführen, wenn Frauen angeben, dass sie vergewaltigt wurden, ohne dies auch beweisen zu müssen, ist eine kleine Verbesserung.

Uruguays „linker“ Präsident Tabaré Vázquez Rosas steht dem um nichts nach. Nachdem das Parlament sich am 5. November diesen Jahres unter erschwerten Bedingungen (unter anderem einer falschen Bombendrohung) mit 49 zu 48 Stimmen für die Legalisierung von Abtreibung in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen ausgesprochen hatte, legte er eine Woche später sein Veto gegen dieses Gesetz ein. Um doch noch in Kraft treten zu können, benötigt das Gesetz jetzt die 3/5-Mehrheit in beiden Kammern (die kaum zu erreichen

sein wird) oder ausreichende Unterschriften von BürgerInnen bei einem Plebiszit.

Lichtblick am lateinamerikanischen Abtreibungshorizont

Weitere Lichtblicke am lateinamerikanischen Abtreibungshorizont stellen Kuba, Puerto Rico, drei Länder der niederländischen Antillen, Guyana, Französisch Guyana und Barbados dar, wo der freiwillige Abbruch der Schwangerschaft, wie Abtreibung von vielen Feministinnen in Lateinamerika bezeichnet wird, erlaubt ist. In **Kuba** sind Abtreibungen kostenlos und können aus sozialen, medizinischen und ökonomischen Gründen durchgeführt werden. In **Guyana** beispielsweise gibt es seit 1995 eine Acht-Wochenfrist, Schwangerschaftsabbrüche sind bis zu diesem Zeitpunkt straffrei möglich. Die Brisanz des Problems lässt sich an diesem Beispiel besonders deutlich erkennen: In den ersten sechs Wochen nach Einführung des Gesetzes wurden 41 Prozent weniger Frauen wegen Komplikationen nach illegalen Abtreibungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Positive Veränderungen hinsichtlich der Abtreibungsgesetze lassen sich auch in **Kolumbien** ausmachen, wo Schwangerschaftsabbrüche aufgrund einer Entscheidung des Corte Constitucional de Colombia (Oberster kolumbianischer Gerichtshof) seit Mai 2006 zumindest in wenigen Ausnahmefällen – Gesundheitsgefährdung der Mutter, Vergewaltigung und Missbildungen des Fötus, die das Kind lebensunfähig zur Welt kommen ließen – durchgeführt werden dürfen. Die erste legale Abtreibung wurde dann an einer Elfjährigen vorgenommen, die durch eine Vergewaltigung durch ihren Stiefvater schwanger geworden war. Die Katholische Kirche exkommunizierte alle an der Abtreibung beteiligten Personen mit Ausnahme des Mädchens selbst, das noch zu jung dafür war. Ebenfalls mit Exkommunikation bedrohte sie sämtliche an der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs beteiligten Personen und drohte mit Aktionen zivilen Ungehorsams. Die Wirkung solcher Interventionen ist in stark katholisch geprägten Gesell-

schaften nicht zu unterschätzen. Allein in Kolumbien wird die Anzahl der illegalen Schwangerschaftsabbrüche jährlich auf über 300.000 geschätzt, wovon ca. 30 Prozent mit Komplikationen verbunden sind. In etwa zehn Prozent der Fälle, d. h. bei 30.000 Frauen führen diese Komplikationen zum Tod.

In **Mexiko** hat am 24. April 2007 das Parlament von Mexiko-Stadt, in dem die sozialdemokratische PRD die Mehrheit hat, das Abtreibungsgesetz liberalisiert und lässt nun Abbrüche bis zur 12. Woche straffrei. Auf Grund dieser Regelung ist es zu massiven Abtreibungs-Migrationen von Frauen aus allen anderen mexikanischen Staaten in die Hauptstadt gekommen.

Neue Verfassungen und Diskussionen über den „Schutz des Lebens“

Sowohl in Bolivien als auch in Ecuador gilt die Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbrüchen für Frauen, die vergewaltigt worden sind oder deren Gesundheit oder Leben gefährdet ist. In beiden Ländern ist aber angesichts der aktuellen Debatte über eine neue Verfassung das Thema wieder auf die Tagesordnung gekommen.

In **Bolivien** hat sich die Campaña 28 de Septiembre¹, eine breite Allianz aus autonomen feministischen Organisationen und Frauen aus den politischen Parteien, intensiv am verfassungsgebenden Prozess beteiligt. Sehr heiß umkämpft war der Paragraph, in dem das „Recht auf Leben“ festgeschrieben werden sollte. Denn konservative politische Parteien hatten sich gemeinsam mit der katholischen und verschiedenen evangelikalen Kirchen dafür eingesetzt, den kleinen aber bedeutenden Zusatz „ab der Empfängnis“² anzufügen. Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung³ ist in dem Artikel 66 der neuen Verfassung aufgenommen worden. Die Straffreiheit von Abtreibung ließ sich aber nicht durchsetzen. Evo Morales hatte sich nie direkt zum ungeliebten Thema des Schwangerschaftsabbruchs geäußert, sich aber immer für den Respekt der Menschenrechte von Frauen ausgesprochen. Und während die Femini-

stinnen in ihrem Vorschlag das Recht auf Entscheidungsfreiheit über den eigenen Körper, auf selbstgewählte, freie und freiwillige Mutterschaft und auf Lust und Erotik gefordert hatten, heißt es jetzt im Artikel 45 der Verfassung: „Die Frauen haben ein Recht auf eine sichere Mutterschaft und haben Anspruch auf Unterstützung und Schutz durch den Staat während, vor und nach der Geburt.“ Von Abbruch also keine Rede.

In **Ecuador** war die Abtreibungsdebatte ebenfalls ein Punkt, um den sich im Vorfeld des Verfassungsreferendums am vergangenen 28. September alles drehte. Katholische Bischöfe und Evangelikale hatten die Verfassung abgelehnt, weil sie – ihrer Ansicht nach – in ihrer Ambivalenz die Legalisierung von Abtreibung ermöglicht. Diese Unentschiedenheit meinen sie zwischen den Artikeln 6 und 49 zu erkennen. Während letzterer mal wieder den „Schutz des Lebens ab der Empfängnis“ vorsieht, erkennt ersterer das Recht auf Entscheidungsfreiheit darüber an, wann und wieviele Kinder man/frau haben möchte. Präsident Correa, ein praktizierender Katholik, hat aber schon versichert, dass es nicht zu einer Änderung des Abtreibungs-Artikels im Strafrecht auf Grund dieses progressiven Verfassungstextes kommen werde.

Das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung bleibt also weiterhin ein Ziel, für das die vielfältigen feministischen Bewegungen werden kämpfen müssen. Auf der Agenda linker Regierungen scheint es jedenfalls vorerst nicht zu stehen.

Infos über Abtreibung weltweit:
www.svss-uspda.ch/de/facts/world-ist.htm
<http://www.un.org/esa/population/publications/abortion/profiles.htm>
Infos über Abtreibungsgesetze in Lateinamerika:
http://news.bbc.co.uk/1/hi/spanish/latin_america/newsid_6625000/6625983.stm

1 Benannt nach dem 28. September, dem bereits oben erwähnten Tag für die Straffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen in Lateinamerika und der Karibik

2 Desde la concepción

3 Derechos sexuales y reproductivos

Copy and paste? Die Außenhandelspolitik der EU in Zentralamerika

Lydia Koblofsky

- *Warum sich die Medikamente in El Salvador zukünftig um ein Vielfaches verteuern können und ein Großteil der Bevölkerung sich somit Arzneimittel nicht mehr leisten kann ...*
- *Warum der mexikanische Staat vor einem internationalen Schiedsgericht verklagt wird, weil er eine giftige Mülldeponie schließen lässt ...*
- *Warum die Privatfirma, die das Stromnetz Nicaraguas betreibt, die Regierung auf 150 Million US-Dollar Schadensersatz wegen entgangener Gewinne verklagen darf ...*
- *... das sind Fragen, die mit der neoliberalen Außenhandelspolitik der Industrieländer in Zusammenhang stehen. Auch die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union ist an diesen Entwicklungen beteiligt. Die strategische Zielsetzung der EU zeigt sich u. a. an den Verhandlungen zu Freihandels- und Investitionsabkommen mit Zentralamerika (Assoziierungsabkommen) und den AKP-Staaten (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, abgekürzt EPAs) sowie den geplanten Verträgen mit weiteren Staaten, wie z. B. Korea, Indien oder den ASEAN-Ländern¹.*

Die Wirtschaftspolitik der EU – Copy and paste?

Im täglichen Sprachgebrauch rufen die Begriffe Assoziierungsabkommen oder Wirtschaftspartnerschaftsverträge eher positive Assoziationen hervor: von Armutsbekämpfung, Good Governance, Integration in den Weltmarkt und partnerschaftlichen Verhandlungen ist hier die Rede. Doch es lohnt sich, die Strategie der Europäischen Union und ihre Wirtschaftsverhandlungen genauer unter die Lupe zu nehmen und zu schauen, welche Interessen hinter den wohlklingenden Worten stecken: Der Wortlaut der EU-Strategie für die EPAs mit den AKP-Staaten und das Assoziierungsabkommen mit Zentralamerika ist beinahe identisch: Copy and paste? Die EU möchte bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ werden, so schreibt sie in ihrer 2006 veröffentlichten handelspolitischen „Global Europe Strategy“. In diesem Kontext sind die verschiedenen Freihandelsverträge der EU zu analysieren. Es handelt sich um den Versuch, möglichst schnell Verträge abzuschließen, ohne dass sich Widerstände in den betroffenen Regionen formieren können. Strittige Themen,



Kampagne gegen ein Assoziierungsabkommen
der EU mit Zentralamerika
www.stop-assoziierung.de

die auf anderem Wege gescheitert sind, sollen so durchgesetzt werden. Es geht nicht nur um Handelsbeziehungen, sondern um die geopolitische Kontrolle der natürlichen Ressourcen. Eine Vormachtstellung Europas soll erreicht werden. Aber in beiden Fällen wird das humane Antlitz der Verträge – der politische Dialog, Verhandlungen auf Augenhöhe, nachhaltige Entwicklung – in den Vordergrund gestellt. Erst ganz am Schluss der langen Liste wird – ganz klein und bescheiden – ein Freihandelsabkommen erwähnt. Damit das Assoziierungsabkommen nicht als singuläres Projekt missverstanden wird, sollen zu Beginn einige Schlaglichter auf die Verhand-

lungen mit den AKP-Staaten geworfen werden:

Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)

Seit 2002 verhandelt die EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks so genannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). EPA – Economic Partnership Agreement – bedeutet, dass die EU als eine der reichsten Regionen der Welt von den 78 AKP-Ländern fordert, ihre Wirtschaftsbeziehungen neu festzulegen, da sie den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) widersprechen.² Die AKP-Staaten sollen ihre Märkte für die europäische Produktion öffnen, die Importzölle senken und Subventionen streichen. Es geht um die europäische Vormachtstellung auf Wachstumsmärkten, um die Sicherung der Rohstoffversorgung der europäischen Industrie und die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse, sprich umwelt- und menschenrechtlicher Standards. Die EU verspricht parallel dazu, ihre Märkte ebenfalls für die AKP-Staaten zu öffnen. Allerdings ist deren Exportvolumen nach Europa im Vergleich zu den europäischen Einfuhren in die AKP-Staaten fast vernachlässigbar.



Dr. Raúl Moreno, salvadorianischer Ökonom und Mitglied der Nichtregierungsorganisation Alianza Social Continental (ASC)

„EU-Politik gleicht Massenvernichtungswaffen“, sagen Kritiker_innen

Folgen einer solchen Politik der EU wären u. a. existenzbedrohende Einbußen im Agrarbereich und der einheimischen Produktion. Schon 2003 erklärte der Präsident Benins, dass sein Land mehr als ein Fünftel seiner Staatseinnahmen einbüßen würde, wenn es die einheimische Produktion nicht mehr schützen dürfte. Die ehemalige Kultusministerin von Mali, Aminata Traore, kritisierte die so human vermarktete EU-Politik als Angriffsstrategie: „Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwagen, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe, und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Handwerker und Bauern unter. (...) Auch Afrika darf sich schützen. (...) Für uns sind diese Abkommen die Massenvernichtungswaffen Europas.“³ Ein Ende der Verhandlungen ist noch nicht in Sicht, da die EU ihre Interessen bis jetzt noch nicht vollständig durchsetzen konnte, obwohl Ende 2007 schon 15 Länder der Karibik ei-

nem kompletten EPA zugestimmt haben. Doch es gibt immer noch Widerstand: Ein Großteil der west- und zentralafrikanischen Staaten, z. B. Nigeria und Senegal, sowie die übrigen pazifischen Inseln weigern sich weiterhin, diese Wirtschaftsabkommen zu unterzeichnen.

Das Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika

Für die Staaten Zentralamerikas ist Ähnliches geplant. Im Juni 2007 wurde der Verhandlungsbeginn für ein Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Zentralamerika bekannt gegeben und im Oktober fand die erste Verhandlungsrunde statt. Bis jetzt wurden fünf Verhandlungsrunden durchgeführt; die letzte vom 6. bis zum 10. Oktober 2008 in Guatemala-Stadt. Das Ende der Verhandlungen ist für Mitte 2009 angesetzt. Anfang 2010 könnte demnach das Abkommen unterzeichnet werden. Man geht momentan davon aus, dass der Vertrag nicht vor 2013 in Kraft treten wird, da er in den Parlamenten aller beteiligten Länder (auch in den Parlamenten der EU-Mit-

gliedsländer) unterschrieben werden muss. Das Assoziierungsabkommen soll das Zollpräferenzsystem (General System of Preferences GSP+) ersetzen und zu einer europäisch-zentralamerikanischen Freihandelszone führen.

Die EU setzt auf regionale Verträge, nachdem die so genannte Doha-Runde der WTO im Juli 2008 erneut scheiterte. Die Durchsetzung der umstrittenen Singapur-Themen⁴ wird nun auf diese Weise angestrebt.

Die Interessen der EU im „US-amerikanischen Hinterhof“

Ein wichtiger Aspekt im Wirtschaftsabkommen EU-Zentralamerika ist die geforderte Gleichstellung mit dem CAFTA-Abkommen – dem bereits in Kraft getretenen Freihandelsvertrag zwischen Zentralamerika und den USA. Europäische Unternehmen sollen mindestens die gleichen Vorteile wie US-amerikanische Konzerne genießen (CAFTA-Parität). Dies betrifft alle Teile des Vertrages, wie Exporte, Investitionen und Geistiges Eigentum. Weiter ist zu berücksichtigen, dass das gesamte Handelsvolu-

men der EU mit Zentralamerika nur 0,4 Prozent der europäischen Exporte ausmacht, also vergleichsweise unbedeutend ist. Man kann also davon ausgehen, dass es der EU auch um politisch-strategische Interessen geht. Die Erhöhung der europäischen Investitionen und Erschließung profitabler Sektoren ist somit v. a. im Zusammenhang mit der Konkurrenz zu den USA zu sehen, denen die EU nicht den zentralamerikanischen Markt überlassen möchte, der oft als der „Hinterhof“ der USA bezeichnet wird. Dieser könnte auf lange Sicht gesehen als „Zwischenstation“ für zollbegünstigte Waren auf den US-Markt fungieren. Außerdem geht es neben der Erschließung natürlicher Ressourcen und neuer Märkte schlicht darum, einen Fuß im „Hinterhof“ des größten Konkurrenten im Gerangel um die weltwirtschaftliche Vormachtstellung zu haben.

Freihandel als Hegemonialstrategie – Folgen der EU-Wirtschaftspolitik

Die Hauptinteressen der EU – Regelungen zum Schutz geistigen Eigentums, Handel mit Dienstleistungen und Investitionen – wirken sich negativ auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die soziale Situation, den Umweltschutz sowie die Umsetzung der Menschenrechte aus. Doch die zentralamerikanischen Staaten versprechen sich durch europäische Direktinvestitionen in ihren Ländern einen besseren Zugang zum europäischen Markt für ihre Agrarprodukte. Die EU instrumentalisiert diese Hoffnungen und Illusionen, um einen baldigen Verhandlungsabschluss zu erreichen.

Dr. Raúl Moreno, salvadorianischer Ökonom und Mitglied der Nichtregierungsorganisation Alianza Social Continental (ASC) sieht die Freihandelsverträge – darin eingeschlossen das Assoziierungsabkommen – als Teil einer „Hegemonialstrategie“ der Industrienationen.⁵ Durch eine strategische Verbindung von Freihandelsverträgen, Mega-Infrastrukturprojekten und militärischer Absicherung versuchen Industrienationen wie Europa oder die USA die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen wie Wasser, Biodiver-

sität, Öl, Land oder Energie zu erlangen. Die drei Komponenten garantieren die rechtliche Absicherung, den infrastrukturellen Rahmen und die Verteidigung von Investitionen verschiedenster Art, so der salvadorianische Wirtschaftsprofessor. Dadurch verlieren die nationalen Regierungen nicht nur momentan die Möglichkeit, wichtige Bereiche ihrer Wirtschaft eigenständig zu gestalten, sondern sind juristisch dauerhaft an die Vereinbarungen zu Geistigem Eigentum, Vergabe von öffentlichen Aufgaben, Festlegung von Sozialklauseln etc. gebunden.

Wirtschafts- versus Menschenrechte

Die Verschärfung der Rechte zum Geistigen Eigentum werden dazu führen, dass z. B. der Verkauf von billigen, generischen Medikamenten (Generika) verboten wird, da sie die Patentrechte der Markenmedikamente verletzen. „In diesem Sinne werden die Gewinne der europäischen Pharmakonzerne über das Recht der Bevölkerung auf Gesundheitsversorgung gesetzt“, so Raúl Moreno. Für große Teile der Bevölkerung werden Medikamente nicht mehr bezahlbar sein, da Markenprodukte um ein Vielfaches teurer sein können als Generika.

Dass der Staat durch Privatisierung und Liberalisierung von Dienstleistungen die Kontrolle vieler Sektoren vollständig in die Hände von Konzernen gibt, zeigt sich an einem Beispiel aus Nicaragua: Dort wurde 2001 das gesamte Stromnetz an das transnationale Unternehmen *Unión Fenosa* verkauft, das seither das faktische Monopol in der Energieversorgung inne hat. Infolge der Privatisierung stiegen die Strompreise so stark an, dass ein Großteil der armen Bevölkerung die Stromrechnungen nicht mehr bezahlen konnte. Die Regierung warf *Unión Fenosa* vor, die Infrastruktur (v. a. in den zahlungsschwachen Gebieten) nicht ausreichend zu pflegen. Immer wieder kam es zu Stromabschaltungen. *Unión Fenosa* forderte Tarifierhöhungen als einzige Möglichkeit, um Engpässe im Stromsektor beheben zu können. Die staatliche Aufsichtsbehörde *Instituto*

Nicaragüense de Energía (INE), die Tarifierhöhungen genehmigen muss, gab diesen Forderungen nicht nach. Der Streit eskalierte und es kam zu einem Schiedsverfahren, bei dem der Staat *Unión Fenosa* Vertragsbruch vorwarf. Als Antwort auf die Forderung der Regierung, die Stromversorgung sicherzustellen und die Energiepreise nicht ins Unbezahlbare steigen zu lassen, reagierte das Unternehmen Ende 2006 mit Entschädigungsforderungen über 150 Million US-Dollar wegen entgangener Gewinne.⁶

Ein ähnlicher Fall, in dem die Souveränität staatlicher Entscheidungen der Macht transnationaler Firmen untergeordnet wurde, ist in den 1990er Jahren in Mexiko eingetreten: Das US-amerikanische Sondermüllunternehmen *Metalclad* hatte in Mexiko ein Grundstück für die Errichtung einer Mülldeponie erworben. Die Bundesbehörde erteilte dafür eine Erlaubnis, doch die regionale Behörde weigerte sich, aufgrund des Widerstands in der Bevölkerung, die Genehmigung für die Eröffnung auszustellen. Zudem erklärte sie das entsprechende Grundstück zum Naturschutzgebiet und verhinderte so die Errichtung der Müllentsorgungsanlage. Daraufhin verklagte *Metalclad* den mexikanischen Staat auf Grundlage des NAFTA-Vertrags vor einem internationalen Strafgerichtshof wegen entgangener Gewinne. Das Gericht verurteilte das Verhalten der mexikanischen Verwaltung als „entschädigungspflichtige Enteignung“: Durch das Genehmigungsverbot würden der Firma *Metalclad* die zu erwartenden wirtschaftlichen Gewinne aus der Sondermüllhalde entzogen. Neben den geforderten Schadensersatzzahlung durch den mexikanischen Staat erreichte das Unternehmen auch die Öffnung der Deponie.⁷

Dialog, Partnerschaft und Integration?

Allgemein gesprochen sind multilaterale Wirtschaftsabkommen dieser Art, sogenannte Globalabkommen, ein Mittel, um Regionen wirtschaftlich zu integrieren, wengleich diese Integration eine Fortführung der ungleichen ökonomischen Beziehungen darstellt. Wie äußert sich die Europäische Uni-

on selbst zum Assoziierungsabkommen, das sie gerade mit Zentralamerika verhandelt? Die strategischen Leitlinien für ihre Lateinamerika-Politik formulierte die EU 2005 wie folgt: „Wir wollen das Verständnis füreinander und unsere bestehende Partnerschaft vertiefen, um neue Dialoge und Möglichkeiten für beide Regionen zu schaffen.“ Es gehe der EU um „soziale Kohäsion, Demokratie und regionale Integration“.⁸

Aus Sicht der Regierung der BRD sei das Ziel der Verhandlungen nicht eine Erhöhung der deutschen Handelsbilanzüberschüsse, sondern die gegenseitige Verbesserung des Marktzugangs und die Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen. „Die gegenseitige Marktöffnung kann einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Verzerrungen und Ungleichgewichten leisten.“⁹ Statt Dialog, Partnerschaft und Integration handelt es sich bei der Wirtschaftspolitik jedoch nicht um eine „handelspolitische Entwicklungszusammenarbeit“, sondern um eine human verpackte Durchsetzung der eigenen ökonomischen Interessen. Der Ökonom Moreno interpretiert die Forderung der EU nach regionaler Integration als wirtschaftliches Kalkül, um effektivere und größere Absatzmärkte für die europäischen Konzerne zu schaffen.

Das Assoziierungsabkommen und die EPAs – keine Einzelfälle

Im Verhandlungsprozess um das Assoziierungsabkommen soll die Meinung zivilgesellschaftlicher Akteure zwar einbezogen werden, ob sie jedoch Berücksichtigung findet, bleibt fraglich. Diese so genannte „Verhandlungsposition“ ist jedoch unter den Kritiker_innen dieser Wirtschaftsabkommens umstritten: Ein Teil der Gegner_innen, wie z. B. die Alianza Social Continental, lehnt jegliche Art der Verhandlungen zu einem Freihandelsvertrag ab, da ihrer Meinung nach auf der Basis von Assoziierungsabkommen keine symmetrischen (Wirtschafts)Beziehungen entstehen können. „Ein wichtiger Gesichtspunkt der Kampagne gegen das Assoziierungsabkommen ist der Druck, den die Staatsbürger auf die

Regierungen und nationale und europäische Abgeordnete ausüben können, damit das Assoziierungsabkommen nicht ratifiziert wird“, meint Raúl Moreno. Er sieht die Grundlage wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Nationen in der Anerkennung der Asymmetrie zwischen den Beteiligten. Das heißt, den wirtschaftlich Schwächeren muss eine differenzierte Vorzugsbehandlung eingeräumt werden, die es ihnen erlaubt, aus den Vorteilen des internationalen Handels Nutzen zu ziehen, um ihre Produktionsmöglichkeiten zu stärken und ihre Bevölkerung profitieren zu lassen. Für Raúl Moreno ist das Assoziierungsabkommen kein Einzelfall, sondern Teil einer neoliberalen Politik: „Trotz der Existenz bedeutender Unterschiede und Intensitäten bei den Auswirkungen, die die neoliberale Politik der Freihandelsverträge auf die Völker der Welt hat, gibt es auch gemeinsame Folgen. Deren Benennung ist entscheidend für die Entwicklung eines kritischen Bewusstseins der Bürger.“ Dabei ist es wichtig, die Kritik an der Wirtschaftspolitik der EU nicht nur auf eine Region zu beziehen, sondern global zu denken. Das Assoziierungsabkommen und die EPAs sind keine Einzelfälle.

Quellen:

- Aguilar, Carlos (Dezember 2006): «Posibles sectores perdedores en la Región de Centroamérica y Panamá de las negociaciones de un Acuerdo de Asociación con la Unión Europea». [http://www.cifca.org/Estudio CIfeCA_Sectores Perdedores AdA-COMPLETO4.pdf](http://www.cifca.org/Estudio%20CIfeCA_Sectores%20Perdedores%20AdA-COMPLETO4.pdf).
 - Banse, Frauke (Redaktion u. a.): *Das neue Freihandelsabkommen: Was sind die EPAs? Stop EPAs. Factsheet 1. August 2007.*
 - Banse, Frauke (Redaktion u. a.): *EPAs und Freihandel: Irrwege gegenseitiger Güterliberalisierung. Stop EPAs. Factsheet 2. August 2007.*
 - Ceyssens, Jan/Sekler, Nicola: *Bilaterale Investitionsabkommen (BITs) der Bundesrepublik Deutschland: Auswirkungen auf wirtschaftliche, soziale und ökologische Regulierung in Zielländern und Modelle zur Verankerung der Verantwortung transnationaler Konzerne. Studie erstellt im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts an der Universität Potsdam 2005.* <http://opus.kobv.de/ubp/volltexte/2005/612/pdf/BITSSStudie.pdf>.
 - FDCL: *Implikationen der Handelsvereinbarungen der EU mit Zentralamerika und den Andenländern.* 2006.
 - Groth, Anette: *EPAs, Lissabon und Cotonou. Armutsverschärfung durch Freihandelsabkommen.* Veröffentlicht in: ZAG, *Antirassistische Zeitung*, Herbst 2007, Nr.51, Berlin.
 - Groth, Anette: „Das globale Europa“ *Partnerschaft die Armut schafft? ILS standpunkte* 12/2008.
- 1 *APK-Staaten – 78 afrikanische, karibische und pazifische Staaten; ASEAN – Verband Südostasiatischer Nationen* (von engl. Association of Southeast Asian Nations);
 - 2 *Bisher konnten die AKP-Staaten ihre Exporte zollfrei oder mit vergünstigten Konditionen in die Länder der Europäischen Union einführen und ihrerseits Importzölle auf Produkte aus Europa erheben. Diese Regelung, seit über 30 Jahren durch die Verträge von Lomé und Cotonou (Juni 2000) [Groth, Anette 2007] gültig, ist laut den WTO-Regeln gesetzeswidrig, da sie nicht allen Entwicklungsländern die gleichen Handelsvergünstigungen gewährt: Banse, Frauke Factsheet 1 und 2. 2007 und <http://www.zag-berlin.de/antirassismus/archiv/51epas.html>.*
 - 3 *Die Tageszeitung*, 06. Juli 2005.
 - 4 *Die Singapur-Themen beziehen sich auf die Bereiche Investitionen, Wettbewerb, Öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen. Die Verhandlungen zu diesen Punkten scheiterten 2001 in Doha und sie wurden 2003 in Cancún nicht wieder in die Verhandlungsagenda aufgenommen, da viele Entwicklungsländer, insbesondere Indien, Widerstand leisteten. Die Singapur-Themen sind Schlüsselpunkte für die nationalstaatliche Souveränität bei nationalen Entwicklungsstrategien.* <http://www.wto-runde.de/themen/singapur/index.html> und <http://www.wto-runde.de/themen/singapur/background.html>.
 - 5 *Die folgenden Ausführungen dieses Absatzes beziehen sich auf ein schriftliches Interview mit Raúl Moreno vom 1. September 2008.*
 - 6 http://www2.weed-online.org/uploads/kurzschluss_online.pdf. S.30f.
 - 7 Ceyssens, Jan/Sekler, Nicola 2005: 40f.
 - 8 *Aus einer Mitteilung der Europäischen Kommission, IP/05/155. 2005. In: FDCL 2006: S.13.*
 - 9 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/086/1608617.pdf>

„Wir sind nicht da, um ewig für sie die Opfer zu spielen!“

Im Gespräch mit salvadorianischen Sexarbeiterinnen über autonom organisierte Sexarbeiterinnen, das deutsche Prostitutionsgesetz, was Menschenhandel mit Sexarbeit zu tun hat und ihr Verhältnis zur feministischen Frauenbewegung.

Das Gespräch wurde geführt, übersetzt und mit Anmerkungen versehen von Eva Bahl.

Über eine Freundin hatte ich Kontakt zu Adriana Ospina bekommen. Sie ist Psychologin bei Flor de Piedra¹ und arbeitet mit den Sexarbeiterinnen zusammen. Mit ungefähr zehn Frauen saß ich in einem Stuhlkreis, es war laut, manche kamen dazu, andere standen auf und gingen. Dementsprechend schlecht war dann auch die Qualität meiner Aufnahme. Dies ist der Versuch, ein Gespräch nachvollziehbar zu machen.

Seit wann gibt es Euch als Organisation OTS (Organización de Trabajadoras de Sexo) und was war der Anlass für Eure Gründung?

Gegründet haben wir OTS im Jahr 2004. Wir waren 12 Frauen, die auf der Straße oder in Parks anschaffen. Wir hatten bereits einen längeren Prozess der Aus- und Weiterbildung, des Empowerment und der Politisierung mit Flor de Piedra hinter uns, als wir entschieden, unsere eigene Organisation zu gründen. Bis heute teilen wir uns die Räume mit Flor de Piedra.

Anlass war die verstärkte Verfolgung durch kommunale (CAM) und nationale (PNC) Polizei. Es kam in jener Zeit verstärkt zu Geldstrafen und zu gewalttätigen Übergriffen uns gegenüber. Unsere Ziele sind es, die Diskriminierung zu bekämpfen und uns dafür einzusetzen, dass Sexarbeit als Dienstleistung anerkannt wird.

Wie viele Frauen sind bei Euch organisiert?

In unseren besten Zeiten hatten wir 100 Mitglieder, alles aktive Sexarbeiterinnen. Derzeit sind wir ungefähr 70. Das hängt aber auch mit der internen Migration zusammen. Viele

gehen zurück aufs Land oder ziehen um in eine andere Stadt.

Was sind Eure Aktivitäten?

An den Internationalen Tagen wie 8. März (Internationaler Frauentag) oder 25. November (Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen) gehen wir mit unseren Transparenten auf die Straße und auch am 1. Mai demonstrieren wir gemeinsam mit den Arbeiter_innen, denn wir sehen uns ja auch als Angehörige der Arbeiterinnenklasse. Genauso wie die Lohnsituation Bauern und Bäuerinnen und Angestellte betrifft, sind auch wir von ihr betroffen ...

Außerdem geht es viel um eine Selbstermächtigung der compañeras. Wir machen viele Workshops mit den Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen von Flor de Piedra.

Und wir, die wir heute hier sind, sind so etwas wie eine „Eingreiftruppe“ (grupo de incidencia). Es geht uns darum, Einfluss auf die kommunale Politik zu nehmen. Derzeit arbeiten wir an einem Beschlussvorschlag für die Stadtverwaltung von San Salvador, um das 4. Statut² (ordenanza municipal) der städtischen Verwaltungsordnung zu ändern.

Habt Ihr Fragen an mich?

Ist Sexarbeit in Deutschland legal?

Ja, seit 2002 gibt es ein Prostitutionsgesetz und die Sexarbeiterinnen können sich jetzt regulär in den Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen versichern. Außerdem sind Ent-

geltforderungen einklagbar geworden und gleichzeitig hat es im Strafbuch Änderungen gegeben, so dass die Schaffung eines angemessenen Arbeitsumfelds jetzt nicht mehr strafbar ist, solange keine Ausbeutung stattfindet. Aber es gibt noch viele Schwierigkeiten mit der Einführung dieses Gesetzes, da viele Frauen sich weiterhin nicht melden, da sie Angst vor Steuernachzahlungen etc. haben. Außerdem sind ja viele der Frauen Migrantinnen und haben nochmal ganz andere Schwierigkeiten mit Aufenthalts- und (vor allem) Arbeitserlaubnissen.

Und wie ist es zu diesem Gesetz



Foto: Eva Bahl

Freiheit

gekommen? Haben das die Sexarbeiterinnen erreicht oder ist die Regierung da von selber drauf gekommen?

Besonders in den 1990er Jahren gab es eine starke und sehr aktive Hurenbewegung, die auch lange für dieses Gesetz gekämpft hat. Jetzt hat die Organisation ein wenig abgenommen. Auch deswegen hat es mich sehr interessiert, mich mit Euch zu treffen, weil ich ja sehe, dass es selbst in einem relativ liberalen Ambiente (wie mit der bundesdeutschen Gesetzeslage) wenig autonome Organisation gibt.

Der Vorteil, den die organisierten Sexarbeiterinnen in Deutschland hatten, war, dass man ihnen zugehört hat und sie Einfluss nehmen konnten. Ein Traum von uns wäre es, so etwas wie das Prostitutionsgesetz in Deutschland durchzusetzen. Dass unsere Arbeit als legal anerkannt wird und dass es nicht mehr so viele Verletzungen unserer Rechte gibt. Es ist hier sehr schwer für uns, Einfluss zu nehmen, auch auf die Kommunalregierungen (gobiernos municipales).

Es soll jetzt ein neues Gesetz gegen Frauenhandel geben. Was für einen Einfluss hat das auf Eure Arbeit?

Die neue Verordnung sollte sich auf Migration beziehen, tut sie aber nicht, sie redet davon, wo wir unseren Job ausüben und uns bewegen dürfen. Wir werden also angegriffen und gestraft. Wenn es doch eigentlich um eine Strafe für die Menschenhändler_innen gehen sollte, nicht für uns.

Aber ich sehe nicht so ganz, von wo sie da an das Thema herangehen wollen. Dieses Gesetz ist ja offensichtlich da, um uns zu schützen und nicht, um uns Schutz zu entziehen ...

Ich verstehe also nicht, wie sie diese Verordnung lancieren wollen. Aber sie arbeiten bereits an ihr. Unserer Ansicht nach muss es darum gehen, Frauen bei all ihren Migrationsbewegungen zu schützen und hat erst mal nichts mit Sexarbeit zu tun.

Manchmal denke ich mir, diese Leute haben einen tollen akademischen Titel und denken, alles zu wissen, dabei wissen sie einfach gar nix!



Ich sehe keinen Sinn in diesem Entwurf und denke, dass er ein totales Desaster für sie sein wird. Aber wir haben eben auf vielen Ebenen gegen den Moralismus zu kämpfen. Ob in der gesetzgebenden Versammlung, wo sie jede Gelegenheit nutzen, uns einzuschränken ... oder in der Frauenbewegung ...

Wie ist Euer Verhältnis zur salvadorianischen Frauenbewegung/feministischen Bewegung?

Es gibt moralistische Tendenzen innerhalb der Frauenbewegung. Es gibt so einige Frauen, die wichtige Posten in den verschiedenen Stadt- und Gemeinderäten haben, aber gegen die Sexarbeit sind. Wie kann denn das sein, dass wir Frauen uns untereinander angreifen und uns so wenig solidarisieren?

Ihre Argumente sind, dass Sexarbeit keine Arbeit sei, dass wir in der Geschichte zurückgeblieben seien, dass das nicht in die Politik mit einbezogen werden sollte, weil es das schon gar nicht mehr geben sollte ...

Wir müssen uns den Respekt auch bewegungsintern immer sehr erkämpfen. Letztes Jahr ist es uns passiert, dass wir bei einem Frauentreffen von Arbeitskreis zu Arbeitskreis gingen, um uns Gehör zu verschaffen und überall wurden wir ausgeschlossen.

Mit ihren Kommentaren werden wir abqualifiziert, sie erklären uns für

geistig zurück geblieben. Und sie behandeln uns ewig wie die Opfer von irgendwas. Aber die Wahrheit ist, dass die meisten von uns sich für diese Arbeit und diesen Lebensunterhalt entschieden haben. Und das haben wir auch in Treffen und auf Versammlungen immer wieder klar gemacht: „Wir sehen uns nicht als Opfer!“

Ich als Frau, wenn ich eine gute Ausbildung hätte, könnte ich vielleicht etwas anderes arbeiten. Ich kann aber auch ein gutes Ausbildungsniveau haben und trotzdem hiermit mein Geld verdienen. Das ist meine Option und meine Entscheidung. Wir wollen nicht als die Gesehenen werden, die nur hier sind, weil wir nirgends anders sein können ... Als Frauen haben wir die gleiche Verantwortung, die gleichen Verpflichtungen und die gleichen Rechte.

Aber mit einer breiten Unterstützung von Seiten der Frauenbewegung können wir hier nicht rechnen. Vielleicht eher noch auf persönlicher Ebene, aber nicht auf institutioneller Ebene.

Aber wir sind auch nicht da, um ewig für sie die Opfer zu spielen. Dann ziehen wir uns eher zurück, wenn sie uns nicht zuhören. Obwohl sie das wirklich lernen sollten ... Wir werden uns auf jeden Fall nicht von den Idealen verabschieden, die wir haben.

Aber es fühlt sich natürlich schon

hart an, dass dir aus deinen eigenen Reihen gesagt wird, dass dein Kampf ein Rückschritt ist. Und das in einer Arbeitsgruppe, in der es gerade um die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte geht. Und das sind doch die, die uns Frauen hier in El Salvador am meisten fehlen. Wenn wir vermögend wären, wären wir doch keine Huren!

Sie (die Feministinnen von der Concertación Feminista Prudencia Ayala³) sind Frauen aus einer anderen sozialen Klasse. Aber wir geben uns sehr viel Mühe und mit aller Geduld versuchen wir, ihnen zu erklären, dass wir eine Herausforderung angenommen haben, nämlich die Anerkennung von Sexarbeit in El Salvador durchzusetzen.

Und außerdem: Welche Frau ist denn nicht ausgebeutet? Welche Frau in welcher Arbeit ist denn nicht ausgebeutet? Und das gilt für alle Länder dieser Welt.

Uns mangelt es an vielem. Wie eben in jeder anderen Arbeit. Denn in diesem Land hier wird dir niemand sagen, dass er/sie glücklich mit seiner/ihrer Arbeit ist. Nicht mal die, die für die Regierung oder für irgendeine private Firma arbeiten.

Wir sind alle ausgebeutete Frauen! Warum können sich dann nicht die Sexarbeiterinnen mit ihrem Beruf durchsetzen? Ausbeutung gibt es doch auf allen Ebenen, auf allen Gebieten, in allen Arbeitsbereichen ...

Aber die Concertación Feminista von El Salvador versucht gerade, so etwas wie einen sozialen Gender-Normenkatalog durchzusetzen. Und dann reden wir davon, dass sie weiterhin die Körper der Frauen versklaven. Sie leisten doch genau einen Beitrag dazu, dass unsere Körper weiterhin kontrolliert werden ... Denn wir Huren sind Schlüsselpersonen für die Entwicklung einer Gender-Debatte in diesem Land. Weil, wir bewegen uns im öffentlichen Raum. Und die Polizei legt uns Geldstrafen auf ...

Wir überschreiten Grenzen im Kampf für die Bewegungsfreiheit in diesem Land und wir setzen uns ein für eine Befreiung des Körpers. Denn dieser ist mein Körper und mit dem mache ich, was ich will.

1 Flor de Piedra wurde 1991 von der

Lutherischen Universität als Weiterbildungsprojekt gegründet. Den Frauen sollten berufliche Alternativen ermöglicht werden. Allerdings wurde es sowohl von den Angestellten als auch von den Klientinnen als zu assistenzialistisch empfunden. Die Sexarbeiterinnen sollten „gerettet“ werden. Daraufhin wurde die Organisation autonom und begann, das Projekt auf den Gesundheitssektor zu erweitern (HIV-Prävention, Kondombenutzung). Sie wird heute von aktiven, ehemaligen und nie gewesenen Sexarbeiterinnen gemeinsam geleitet.

- 2 Dieses Statut trägt den Titel „contravencionales“, was soviel heißt wie „den Verstoß/die Übertretung betreffend“. Diese Übertretung wird definiert als „jegliche Tat und jegliches Versäumnis, die

das harmonische soziale Zusammenleben, dem Gemeinwohl zuträgliche Verwaltungstätigkeit und die Rechtssicherheit verletzt“. Als Sanktionen für diese „Verstöße“ können Sozialstunden und Geldstrafen verhängt werden. Im Kapitel III dieses Statuts, in dem es um Angriffe auf die „öffentliche Moral“ geht, wird im Artikel 36 auch der „Handel mit sexuellen Dienstleistungen“ reglementiert und sanktionierbar gemacht. (siehe auch: <http://www.amss.gob.sv/pages/gobmuni/normativas/ordenanza/contravencional/contravencional.htm>)

- 3 www.concertacionfeministaprudenciaayala.org/index.php

Anzeige

Lateinamerika ist keine Insel der Seligen...

...Lateinamerika ist anders!

mehr erfahren!

"lateinamerika anders" ist Österreichs Zeitschrift für Lateinamerika. Wir bieten kritische und alternative Berichterstattung über soziale Wirklichkeiten und politische Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik. Das Jahresabo kostet 21€ (ermäßigt 18€).

Lernen Sie uns kennen! Bestellen Sie ein kostenloses Probeheft per eMail: redaktion@lateinamerika-anders.org oder per Post: igia, Postfach 557, 1061 Wien.

Eine Diktatur fällt nicht vom Himmel

Etwas soziale Politik und viel Repression

Wer heute in Nicaragua unterwegs ist, trifft auf Menschen, die in verschiedenen Welten zu leben scheinen.

Managuas Wände und Mauern sind übersät mit Slogans: Nein zum Pakt Ortega-Aleman, Nein zu den CPCs, Nein zur Diktatur! Nicht alle können schnell mit rot und schwarz überpinselt werden. Die übergroßen Plakate, auf denen der Präsident mit erhobener Faust die Armen der Welt aufruft sich zu erheben, sind Zielscheibe für Farbbomben.

Auf dem Land allerdings heißt der Präsident bei nicht wenigen noch Comandante Daniel, wie zu alten Zeiten. Und so gibt es auch weiterhin viele FSLN-Anhänger_innen, für die die „2. Etappe der sandinistischen Revolution“ angebrochen ist und die weiterhin treu zu Daniel Ortegas FSLN stehen, komme was wolle. Die Diskussionen um Demokratieabbau, Autoritarismus und Intransparenz scheinen weit weg, werden von ihnen gar nicht geführt. Im Vordergrund stehen die sozialen Programme der Regierung Daniel Ortegas, die für viele auf dem Land eine Verbesserung ihrer Lage bedeutet.

Soziale Politik auf dem Land

„In den 16 Jahren neoliberaler Regierung wurden wir auf dem Land vollkommen vergessen, jetzt passiert zwar auch viel zu wenig, aber es tut sich zumindest etwas“ ist eine häufige Aussage auf dem Land. Möglich machen diese Veränderungen die Geldströme aus Venezuela¹.

Mit ihnen wird zum Beispiel in den Straßenbau investiert, damit entlegene Regionen bei starken Regenfällen nicht vom Umland abgeschnitten werden.

Kleine und mittlere Produzent_innen treten wieder in den Fokus der Politik. Sie werden zum Teil mit Produktionskrediten unterstützt, eine Entwicklungsbank, die zinsgünstige

Kleinkredite gibt, soll bald realisiert werden. Die Mehrheit der Kleinbäuer_innen ist bis jetzt auf die Kredite der Kleinkredit-Organisationen (*microfinancieras*) und informelle Geldverleiher_innen mit zweifelhaftem Ruf angewiesen. Unter 20 Prozent Zinsen ist kaum ein Kredit zu bekommen, und wenn nicht zurückgezahlt werden kann, wird das Land konfisziert.

Im Rahmen des „Null-Hunger Programms“ sollen 75 000 armen Bauernfamilien Saatgut, Kleinvieh, eine Kuh und das notwendige (Bau-) Material bekommen. Mit diesem Paket, dem sogenannten „*bono productivo*“, im Wert von \$ 1500 soll ihnen weitgehende wirtschaftliche Unabhängigkeit ermöglicht werden.

Deutliche Verbesserungen für die arme Bevölkerung gibt es im Bildungs- und Gesundheitsbereich:

Die Schulgebühren wurden abgeschafft, ebenso wie der Uniformzwang, was einen deutlichen Anstieg der Schüler_innenzahlen zur Folge hat. Für 2009 wurde eine Volksbefragung für eine inhaltliche und methodische Neugestaltung des Unterrichts angekündigt.

Mit dem Alphabetisierungsprogramm „*yo si puedo*“ soll Nicaragua vom (Erwachsenen-) Analphabetismus befreit werden. Diese kubanische Methode wird von bezahlten Koordinator_innen und einer Vielzahl von freiwilligen Helfer_innen landesweit umgesetzt.

Das Gesundheitssystem strebt nicht nur eine Verbesserung der Versorgung durch erhöhte Ausgaben an, sondern auch durch die Ein-

beziehung der Bevölkerung in Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Als wesentliche Fortschritte werden auf dem Land die verbesserte Versorgung mit Gratis-Medikamenten und der kostenlose Ambulanz-Transport bei Notfällen wahrgenommen.

Diese Veränderungen im Alltag sorgen bei vielen für eine Zustimmung zur Regierungspolitik: „Ja es tut sich etwas“. Aber häufig scheint dieses „etwas“ eher symbolisch zu sein. Bei der Realisierung hakt es, oder es hat sogar einen bitteren Beigeschmack:

Das Finanzvolumen der geplanten Entwicklungsbank ist mit 3 Millionen Dollar verschwindend gering. Das gesamte Kapital aller Mikrofinanz-Organisationen in Nicaragua beträgt 400 Mio Dollar. Eine wirkliche Änderung des Kreditmarktes wird also verfehlt werden. Der Mehrheit der Kleinbäuer_innen bleibt weiterhin nur der Gang zu den *microfinancieras* oder den informellen Geldverleiher_innen. Dass Daniel Ortega die Kreditnehmer_innen gegen die *microfinancieras* aufhetzt, wie zuletzt in Ocotol im Norden des Landes, ist kaum Zeichen für eine realistische Politik. Patricia Padilla vom Dachverband der *microfinancieras* ASOMIF: „Wenn der Staat auf mittlere Sicht keine ausreichenden Kleinkredite vergeben kann, muss er mit diesen Organisationen zusammenarbeiten und versuchen, der Kleinkreditvergabe einen vernünftigen legalen Rahmen zu ge-



Null-Hunger-Programm: Geschenktes Konstruktionsmaterial

Fotos: Resi Huber Brigade 2008

ben und so ausufernde Zinsen zu verhindern.“ Diese Art von Pragmatismus liegt Ortega jedoch fern: Polarisierende Agitation tritt an die Stelle von einem notwendigen Dialog, auch wenn dies zu Lasten der Kleinkreditnehmer_innen geht.

Wie so oft drängt sich die Frage nach den Prioritäten auf, die die Regierung setzt: Geht es wirklich darum, die Probleme der Bevölkerung zu lösen oder haben die Maßnahmen der Regierung eher den Charakter von Propaganda-Aktionen, die die eigene Macht festigen sollen? - Nicht überall fällt die Unterscheidung leicht: Vielen Maßnahmen liegen fortschrittliche Konzepte zu Grunde, sie verkehren sich in der Umsetzung aber oft ins Gegenteil.

Auch das „Null-Hunger Programm“, das auf ein Konzept für einen „integrativen Kleinbauernhof“ aufbaut, erweist sich im Ergebnis als zweifelhaft:

Auch wenn die Kuh noch fehlt und sich die Verteilung schleppend gestaltet, kommen die Bestandteile des „*bono productivo*“ an. Wer in den Genuss dieses Programms kommen will, muss aber genug Land besitzen um die Tiere versorgen zu können. Die wirklich Armen werden so von vornherein ausgeschlossen. Da die zur Verfügung stehende Geldmenge begrenzt ist, kommen bspw. in einer Gemeinde von 270 Familien nur 10 in den Genuss des Paketes, welches für sie einen enormen Wert darstellt – die Privilegierung einzelner Familien dürfte nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Die Auswahl der begünstigten Familien trifft der lokale Bürgerrat (CPC). Die CPC wurden von Ortegas Ehefrau Rosario Murillo den schon bestehenden Strukturen der Bürger_innenbeteiligung übergestülpt. Zwar theoretisch offen für alle, werden sie von FSLN Anhänger_innen dominiert. So wäre es verwunderlich, wenn diese Möglichkeit alte Freunde zu belohnen und neue Freunde zu schaffen, nicht genutzt würde. Denn auch sonst besticht die Regierung durch Klientelismus. Von den 520 Millionen Dollar² Wirtschaftshilfe aus Venezuela werden nicht nur die sozialen Programme finanziert, sondern viel Geld kann auch ungestört in

andere Taschen fließen, da die Regierung keinerlei Rechenschaft über die Verwendung des Geldes gibt. Abgewickelt über die private Organisation ALBANISA taucht diese Summe nicht im Staatshaushalt auf, obwohl die Hälfte nach 25 Jahren zurückbezahlt werden muss, also faktisch Staatsschulden entstehen. Vizepräsident von ALBANISA ist der FSLN-Schatzmeister Francisco Lopez. William Rodriguez von der Bewegung Otro Mundo Posible sieht hierin den Dreh- und Angelpunkt der FSLN-Politik: „Die linke Oligarchie hat sich eine Vielzahl von Möglichkeiten geschaffen, sich an den ALBA-Geldern nicht nur direkt zu bereichern, sondern besonders über die Ausführung der sozialen Programme.“ Der Radio-journalist William Grigsby ergänzt, dass es eine enorme Kluft zwischen der reichen Führungsschicht und der armen Basis der FSLN gebe. Die Führungsschicht habe aber keinerlei Interesse an einem grundlegenden gesellschaftlichen Transformationsprozess. „Wie sich an der Position der Regierung zu CAFTA und dem Assoziierungsabkommen Zentralamerikas mit der EU, zu den IWF Programmen und den Inlandsschulden zeigt, gibt es eine Kontinuität neoliberaler Politik“.

Eine Kommunalwahl, die den Namen nicht mehr verdient

Eindeutiger als in den sozialen Maßnahmen zeigt sich der Charakter der „Regierung für Einheit und Versöhnung“, wie sie sich selbst nennt, im Umgang mit der Opposition. Stück für Stück werden demokratische Gestaltungsspielräume beschnitten. Der vom Pakt Ortega-Aleman beherrschte Oberste Wahlrat (CSE) erkannte im Mai der konservativen PC und der sandinistischen Erneuerungsbewegung MRS mit fadenscheinigen Begründungen ihre juristische Person

ab. So sind sie von der im November stattfindenden Kommunalwahl ausgeschlossen. Ein weiterer Machtgewinn für die Pakt-Parteien FSLN und PLC, in der noch immer der wegen Korruption rechtmäßig verurteilte Arnoldo Alemán die Fäden zieht. Aber Überraschungen erwarten sowieso nur wenige bei den kommenden Wahlen. Monica Baltodano von der „Bewegung zur Rettung des Sandinismus“³ vermutet wie viele andere Beobachter_innen, dass der Ausgang der Wah-



Die Alphabetisierungskampagne lebt von der Arbeit vieler Freiwilliger

len bereits jetzt zwischen Ortega und Alemán abgestimmt ist. Dafür spricht, dass der Oberste Wahlrat, anders als bei bisherigen Wahlen, sämtliche in- und ausländischen Wahlbeobachter_innen abgewiesen hat. Ortega: „Was für ein Beobachter könnte qualifizierter sein als der, der seine Partei verteidigt?“ Bereits im Vorfeld beklagen die Medien zahlreiche Unregelmäßigkeiten beim Einschreibungsprozess.

Umgang mit der Opposition: Noch autoritärer Regierungsstil oder schon Diktatur?

Um ihre Macht zu sichern, nutzt die Regierung Ortega derzeit außer dem Wahlrat vor allem den Justizapparat, der der FSLN in weiten Teilen zu Diensten steht.

Ende August wurde der ehemalige sandinistische Kultusminister und heutige Kritiker Ortegas, Ernesto Cardenal, wegen Verleumdung verurteilt. Das Urteil greift einen Fall aus dem Jahr 2003 auf, der aus Grundstücksstreitigkeiten mit dem Geschäftsmann Immanuel Zerger hervorging. Das damalige Urteil, das

Zergers Verleumdungsvorwurf abgewiesen hatte, wurde aufgehoben und eine Geldstrafe gegen Ernesto Cardenal verhängt. Nur eine Woche vor dem absurden juristischen Schauspiel war der Befreiungstheologe vom paraguayischen Präsidenten Fernando Lugo mit persönlichen Ehren zu seiner Amtseinführung empfangen worden. Der ebenfalls eingeladene Ortega allerdings kam nicht. Grund war wohl weniger ein Schaden an seinem Flugzeug, so die offizielle Verlautbarung, sondern eher der Protest von zahlreichen Frauenorganisationen gegen ihn. Nicht nur in Paraguay laufen die Frauenorganisationen Sturm gegen Ortega, den sie als Vergewaltiger (sei-



Der Wolf im Schafspelz:
FSLN-Anhänger_innen beim
„Gebet gegen den Hass“

ner Stieftochter Zoilamerica) und Frauenhasser bezeichnen. Auch in Peru und Honduras wurde gegen seine Person und seine Frauenpolitik, die im Verbot des Schwangerschaftsabbruches aus medizinischen Gründen gipfelt, mobilisiert und protestiert. In Honduras trat sogar die Frauenministerin aus Protest gegen einen Besuch des nicaraguanischen Präsidenten zurück.

In Nicaragua ist die soziale Bewegung gespalten in FSLN-nahe und parteiunabhängige Bewegungen. Kann Ortega die einen recht mühelos steuern, sind die unabhängigen ein ständiger Dorn im Auge, allen voran die Frauenorganisationen, die sich über die Jahre am wenigsten in den Parteiapparat haben einbinden lassen.

Besonders die Frauenbewegung

hat unter der anwachsenden Repression zu leiden. Schon im Dezember 2007 wurden neun Frauen angezeigt. Ihnen werden verschiedene Delikte im Zusammenhang mit einem Fall aus dem Jahr 2003 vorgeworfen. Ihnen wird vorgeworfen, eine Abtreibung an einem von seinem Siefvater vergewaltigten neun-jährigen Mädchen unterstützt zu haben. Eine der Beklagten, Violeta Delgado von der Autonomen Frauenbewegung MAM erklärt: „Die Anklage steht auf sehr wackeligen Füßen, wir haben wenig Angst vor einer Verurteilung. Der Zweck der Anklage besteht wohl eher darin uns einzuschüchtern und uns mit unserer Verteidigung beschäftigt zu halten.“

In den letzten Wochen wurde der Druck auf kritische und unabhängige Bewegungen und NGOs stark verschärft. Insgesamt 17 NGOs warf die Regierung Ende September Geldwäsche vor. Es handelt sich dabei um als juristische Person eingetragene NGOs, die anderen Gruppierungen, die nicht über diese Eigenschaft verfügen, die Annahme von Spendengeldern Dritter ermöglicht haben. So fungierte das Zentrum für Kommunikationsforschung CINCO als Mittler für Gelder, die von der britischen NGO Oxfam an die Autonome Frauenbewegung MAM geflossen sind. Keine unübliche Praxis, aber Grund genug gegen kritische Stimmen vorzugehen. Dazu Sofia Montenegro, Leiterin des CINCO und ehemalige Chefredakteurin der FSLN-Parteizeitung Barricada: „Die FSLN strebt eine Verfassungsreform an, die Ortega eine dritte Amtszeit ermöglichen soll. Um die Opposition dagegen im Vorfeld auszuschalten, überziehen sie uns mit diesen Verfahren.“ Von den Vorwürfen betroffen sind außerdem die Coordinadora Civil, ein Dachverband von NGOs, die Bewegung Otro Mundo Posible, die Kampagne 28. September, die gegen das totale Abtreibungsverbot vorgeht und weitere lokale Organisationen.

Doch nicht nur mit dem juristischen Knüppel wird vorgegangen.

Konnten Ende Juni noch in Managua 15 000 Menschen friedlich gegen die „Ortega-Diktatur“ demonstrieren, war dies Ende September beim Wahlkampfauftakt in León für die Opposition nicht mehr möglich. (siehe

Kasten) Verhaftungen gab es nicht. Vielleicht zeigen sich hier schon Folgen der Umstrukturierung der Polizei, bei der die Macht der unabhängigen und kritischen Polizeichefin Aminta Granera begrenzt wird, in dem ihr linientreue Führungskräfte an die Seite gestellt werden.

Noch im Juli hatte Dora Maria Tellez von der MRS relativierend von einer „institutionellen Diktatur“ gesprochen, waren doch Polizei und vor allem Militär noch unabhängig. Vorfälle wie der in León werfen neue Fragen auf. „Eine Diktatur fällt nicht vom Himmel“ gibt Monica Baltodano, die für die MRS Allianz im Parlament sitzt, zu bedenken: „Auch die Somoza-Diktatur hat sich in den ersten Jahren durch soziale Maßnahmen eine breite Zustimmung geschaffen, so die Einführung einer Arbeitsgesetzgebung und der Sozialversicherung. Die massive Repression der Bevölkerung durch Polizei und Militär begann erst später.“ Ob sich Polizei und Militär der Vereinnahmung entziehen können, ist angesichts der jüngsten Entwicklung fraglich.

Fest steht, dass für kritische Stimmen die Lage in Nicaragua nicht einfacher wird.

Mit den Bürgerräten (CPC) hat die Regierung eine im wahrsten Sinne des Wortes schlagkräftige Struktur geschaffen, die nicht davor zurückschreckt, politische Gegner_innen nicht nur einzuschüchtern, sondern auch auf sie einzuschlagen. Denn sie weiß auch, dass der politische Machterhalt nicht nur an der Urne oder mit dem Gesetzbuch, sondern auch auf der Straße erkämpft und verteidigt wird. Um der Opposition im Wahlkampf dort so wenig Platz wie möglich zu lassen, werden schon seit Wochen in Managua alle wichtigen Kreisverkehre und Straßenecken besetzt. Dort stehen FSLN-Anhänger_innen in weißem T-Shirt mit der pinkfarbenen Aufschrift „El Amor es mas fuerte que el Odio“ (Die Liebe ist stärker als der Hass). Um dies zu verdeutlichen findet sich auch mal eine Bibel in den Händen der etwas anderen Kreisverkehrsbewohner_innen. Die Handschrift von Rosario Murillo ist unverkennbar. Regierungskritiker_innen aller Couleur werden jedoch gleichzeitig

ganz unliebevoll und hasserfüllt als rechte Bourgeoisie, als vom CIA bezahlte Agenten des Imperiums tituliert. Wie lange dem wachsenden Widerstand gegen die autoritäre Politik der Regierung Ortegas noch mit alten antiimperialistischen Beleidigungen beizukommen ist wird sich zeigen. Sofia Montenegro vom CINCO ruft die europäischen Nicaragua-Initiativen auf, sich wieder ihrer politischen Ursprünge zu besinnen und die Opposition im Lande im Sinne einer Verteidigung des Sandinismus zu unterstützen.

Wahrscheinlich ist, dass die nächsten Monate wenig Liebe, aber sehr viel Machtstreben einer verunsicherten, ideologisch und personell schwachen, aber finanzkräftigen FSLN sehen werden, für die das Motto lautet: Belohne deine Freunde, bestrafe deine Feinde. Für die europäischen Nicaragua-Initiativen könnte Menschenrechtsarbeit zum Thema werden.

Raphael Kiczka, Andrés Schmidt

1 *Im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der Wirtschaftsgemeinschaft ALBA profitiert Nicaragua von der großzügigen*

Unterstützung Venezuelas. Die Bedeutung dieser Kooperation ist im Detail schwer zu beurteilen, da die Regierung Ortega mit konkreten Informationen sehr zurückhaltend ist. Die wichtigste Komponente ist das Energieabkommen, das es Nicaragua ermöglicht, Treibstoff zum Marktpreis zu sehr günstigen Zahlungsbedingungen in Venezuela zu kaufen. Nicaragua muss 50 % innerhalb 90 Tagen direkt zahlen, die restlichen 50 % innerhalb von 23 Jahren, zusätzlich 2 Jahre Stundung, zu einem Zinssatz von 2 %. Die gestundete Hälfte geht wiederum zur Hälfte in den sogenannten Fondo ALBA, der für Infrastrukturprojekte und soziale Projekte verwendet wird. Die Verwendung der anderen Hälfte ist unklar. Im Vertrag selbst steht dazu nur, sie „geht an den Staat“.

2 *Diese Zahl 520 Millionen Dollar ist bezeichnend für die Informationspolitik der Regierung. Daniel Ortega hat sie in einer Fernsehsendung im Mai 2008 für die Höhe der Hilfe aus Venezuela innerhalb der vergangenen 18 Monate genannt. Im September war dann in einem Bericht der Zentralbank zu lesen, im Jahr 2007 wären 184,9 Millionen Dollar aus Venezuela gekommen. Der offensichtliche Widerspruch zwischen den Zahlen ist bisher ungeklärt.*

3 *Die politische Gruppierung „Bewegung zur Rettung des Sandinismus“ (Movimiento por el Rescate del Sandinismo) ist eine Abspaltung der FSLN die eine Allianz mit der Partei Movimiento Renovador Sandinista (MRS) eingegangen ist.*

Gewaltsame Unterdrückung einer Kundgebung am 20. September 2008 in León



Für den 20. September hatten verschiedene Organisationen zu einer nationalen Kundgebung nach León aufgerufen. Sie wollten in der FSLN-Hochburg León gegen die Regierung Daniel Ortega demonstrieren. Der von der Polizei genehmigte Protestmarsch wurde von FSLN-Sympathisant_innen gewaltsam verhindert.

Schläger_innentrupps verhinderten schon auf den Einfallstraßen die Anreise der Demonstrant_innen. Mit Baseballschlägern, Macheten und Steinen gingen sie auch gegen die Polizist_innen vor, die versuchten, den Anreisenden Durchfahrt zu verschaffen. Das Auto des Vorsitzenden der MRS ging in Flammen auf. Von den Medien werden Bilder gezeigt, die den Bürgermeisterkandidaten der FSLN für León als aktiv Beteiligten zeigen.

Die Gewalttaten, die eine Reihe von Verletzten hinterließen, führten weder zu polizeilichen Ermittlungen noch zu Verurteilungen. Im Gegenteil, Minister_innen und hohe Funktionär_innen der FSLN sahen in den Ausschreitungen „einen Kampf gegen die Rechte, in dem die FSLN keinen Millimeter zurückweichen werde“, und die Reaktion von Menschen, die „ihr Territorium verteidigen“.

Nach den Regeln des Pacto:

Der FSLN gelingt ein höchst umstrittener Wahlsieg

(ea) Für den 9. November waren die Nicaraguaner_innen aufgerufen, ihre Bürgermeister_innen und Gemeinderäte zu wählen. Der Wahlprozess hat vor allem zwei Dinge gezeigt: Daniel Ortega und die FSLN sind weiterhin nicht daran interessiert, die ihnen ablehnend gegenüberstehende Mehrheit der Nicaraguaner_innen durch Überzeugung für sich zu gewinnen, sondern sie bleiben bei ihrer politischen Strategie, mit allen Mitteln weitere Machtpositionen zu gewinnen. Die bisher schon gewonnene Macht steht dabei voll im Dienste dieser Strategie. Die Opposition hatte dem nicht viel entgegenzusetzen.

Die entscheidende Rolle des Obersten Wahlrat

Der gesamte Verlauf der diesjährigen Gemeindewahlen hat wieder ein-

mal gezeigt, welche entscheidende Bedeutung es dabei hat, wenn man den Obersten Wahlrat CSE (Consejo Supremo Electoral) beherrscht. In dem Pakt zwischen Daniel Ortega und Arnoldo Alemán war 1999 eine sorgfältige Machtbalance in diesem wichtigen Staatsorgan vereinbart worden: Von den sieben Personen gehören je drei der FSLN und der PLC an, die siebte Person ist neutral. Die Paktparteien einigten sich darauf, diesen Posten mit Roberto Rivas, einem Vertrauten von Kardinal Obando y Bravo zu besetzen. Seitdem es vor den Präsidentschaftswahlen 2006 zu einer Annäherung zwischen Daniel Ortega und Kardinal Obando y Bravo gekommen ist, kann sich die FSLN über die Entscheidungen des Neutralen nicht mehr beklagen – alle ihre Wünsche bekommen eine Mehrheit.

Aber häufig sind sich auch PLC

und FSLN im Obersten Wahlrat einig. So als sie gemeinsam im Februar 2008 dem Bürgermeisterkandidaten für Managua Eduardo Montealegre die Präsidentschaft in der liberalen Parteienallianz ALN aberkannten.¹ Durch geschicktes Ausnutzen von persönlichen Differenzen in der ALN entzogen sie Montealegre seine Basis und zwangen ihn zurück in den Schoß der PLC Arnoldo Alemáns. Die PLC, die Montealegre bei den Präsidentschaftswahlen 2006 noch vehement als Paktpartei und Instrument des korrupten Alemán bekämpft hatte, bot ihm jetzt unter dem Banner der „Einheit der Liberalen“ eine landesweite Allianz und die Kandidatur in Managua an. Eine lästige Konkurrenz wurde so durch Umarmung gezähmt. Die FSLN war es natürlich auch zufrieden, dass ihr Hauptkonkurrent um den wichtigen Bürgermeisterposten in Managua seine Glaubwürdigkeit selbst demontierte.

Der Wahlausschluss der Parteien MRS und PC

Am 11. Juni erfolgte der nächste schwere Eingriff des CSE in den Wahlprozess. Einstimmig beschlossen seine Mitglieder den beiden Parteien MRS (Movimiento Renovador Sandinista) und PC (Partido Conservador) die Rechtsfähigkeit abzuerkennen. Die vom Obersten Wahlrat präsentierten Vorwürfe wurden von beiden Parteien bestritten. Im Fall der MRS wurde vom CSE behauptet, dass es zu Formverstößen bei der Aktualisierung von Parteivorständen auf Provinzebene gekommen sei. Im Fall



der PC, dass in weniger als 80 Prozent der Gemeinden Kandidat_innen aufgestellt worden seien, wie es das Wahlgesetz verlangt. Unmittelbare Konsequenz dieser Entscheidung, gegen die Einsprüche vor Gericht anhängen, war es, dass beide Parteien an den Gemeindewahlen vom 9. Novem-

ber nicht teilnehmen durften. Ganz offensichtlich haben sich die beiden Paktparteien gegenseitig geholfen, unliebsame politische Konkurrenz los zu werden. Der Vorgang hat auf nationaler und internationaler Ebene zu erheblichen Protesten geführt.²

Keine unabhängige Wahlbeobachtung

Ein weiterer Diskussionspunkt, der die Gemüter in Nicaragua über Monate erhitze, war das Für und Wider einer unabhängigen Wahlbeobachtung. Wahlbeobachtung durch nationale und internationale Organisationen hat es seit 1990 bei jeder Wahl gegeben, aber das nicaraguanische Wahlgesetz schreibt sie nicht vor, sondern überlässt sie dem Ermessen des Wahlrats. Der stellte sich diesmal auf den Standpunkt, dass die Überwachung durch die Wahlhelfer_innen der beteiligten Parteien, die fast ausschließlich den beiden großen Parteien FSLN und PLC angehören, genüge. Er machte sich damit die Meinung Daniel Ortegas zu Eigen, der internationale Wahlbeobachtung polemisch als Einmischung abqualifizierte. Es wurde nur eine internationale Organisation, der Consejo de Expertos Electorales de América Latina (CEELA), zugelassen. Eine ganze Reihe von nationalen Organisationen hatten ihre Akkreditierung beantragt. Sie wurden bis ein paar Tage vor der Wahl hingehalten. Zum Schluss wurde keine zugelassen. Begründet wurde dies damit, dass es inzwischen für die Organisation einer effektiven Überwachung zu spät sei. Den beiden renommiertesten Organisationen Ética y Transparencia (EyT) und Instituto para el Desarrollo y la Democracia (IPADE) war vom Wahlratsvorsitzenden Rivas schon zuvor ihre regierungskritische Einstellung als Ablehnungsgrund genannt worden. An der ganzen Debatte beteiligte sich die PLC nicht. Sie bezog zwar Position für die Akkreditierung von EyT und IPADE, forderte aber den Obersten Wahlrat niemals definitiv auf, die Organisationen zuzulassen.

Erschreckende Polarisierung

Die heftigen Diskussionen, die der Wahlausschluss der beiden Parteien

MRS und PC und die Verweigerung einer unabhängigen Wahlbeobachtung hervorgerufen hatten, führten zu einer Polarisierung der Wähler_innen, die von der FSLN noch zusätzlich angeheizt wurde. Ähnlich wie die rechten Regierungen vor ihr nutzte die FSLN die Vorteile einer Regierungspartei hemmungslos aus. Haushaltsmittel wurden für Wahlwerbung verwendet, die verschiedenen sozialen Hilfsprogramme der Regierung terminlich an das Wahldatum gekoppelt und mit FSLN-Wahlpropaganda garniert. Alles lief ab wie auch früher bei den Rechten, ohne dass der Wahlrat eingeschritten wäre. Wesentlich dramatischer als diese üblichen Regierungsgeschenke war aber das gewalttätige Vorgehen von FSLN-Sympathisant_innen gegenüber den politischen Gegner_innen (siehe Kästen).

Die Gegenseite war genauso wenig zimperlich. Der Regierung Ortega wurden eindeutige diktatorische Tendenzen unterstellt und Ortega wurde hemmungslos mit Somoza gleichgesetzt.

Was stand zur Wahl?

Fünf Parteien waren zur Wahl zugelassen, neben den beiden großen Parteien, den Paktparteien FSLN und PLC, noch die Alianza Liberal Nicaragüense (ALN), die Partido de Resistencia Nicaragüense (PRN) und die Partido Alternativa por el Cambio (AC). Die letzten drei sind politisch unbedeutend und lehnen sich an die beiden großen Parteien an.

Die beiden Großen traten als Allianzen an, die FSLN mit denselben unbedeutenden Partner_innen wie in den vergangenen Wahlen, die PLC mit der Gruppe um Eduardo Montealegre. Die Gruppe „Vamos con Eduardo (VcE)“, so der Name der Unterstützer_innen des neoliberalen Bankiers Montealegre, vergaß ihre Skrupel gegenüber dem korrupten, rechtskräftig verurteilten Ehrenpräsidenten der PLC, Arnoldo Alemán. Unter dem Motto der „Einheit der Liberalen“ teilten sich PLC und VcE die Kandidat_innenplätze vor der Wahl.

FSLN und PLC hatten ihr Ziel erreicht. Den Nicaraguaner_innen blieb nichts anders mehr übrig, als sich zwi-

schen Daniel Ortega und Arnoldo Alemán zu entscheiden.

Was dies für ein Dilemma ist, zeigte sich an den Wahlempfehlungen der Parteien, die vom Obersten Wahlrat ausgeschlossen worden waren. Wie andere Organisationen (z. B. die Menschenrechtsorganisation CENIDH und die Bischofskonferenz der katholischen Kirche) forderten diese Parteien die Wähler_innen eindringlich auf, an der Wahl teilzunehmen. Die konservative Partei empfahl, gegen den Pakt zu stimmen, ohne zu erklären, wie das geschehen sollte, wenn praktisch nur Paktparteien teilnahmen. Die MRS positionierte sich gegen die FSLN und forderte auf, gegen Daniel Ortega zu stimmen. Sie ging dabei so weit, dass sie offen die PLC unterstützte und sich damit disqualifizierte. Die linke politische Gruppe „Movimiento por el Rescate del Sandinismo“ innerhalb der MRS empfahl, ungültig zu wählen. Letzteres war sicher für die linke Opposition als persönliches Bekenntnis das schlüssigste Verhalten, es bleibt aber der Nachteil, dass ebenso wie bei einer Enthaltung auf eine Einflussnahme auf das Wahlergebnis verzichtet wird.

Alles in allem standen die Nicaraguaner_innen vor einer Wahl, um die sie nicht zu beneiden waren.

Wahlverlauf und Wahlergebnisse

Im Augenblick, da dieser Artikel geschrieben wird, wenige turbulente Tage nach der Wahl, zu einem Zeitpunkt, wo das offizielle Wahlergebnis noch nicht bekannt gegeben worden ist, ist eine abschließende Beurteilung natürlich nicht möglich.

Zum Wahlverlauf wurden von verschiedenen Seiten gravierende Verstöße berichtet: Wahllokale, die schon mittags geschlossen wurden, so dass Hunderte nicht wählen konnten, Wahlhelfer_innen der FSLN, die mit den Urnen verschwanden und lokale Wahlräte, die vor der Auszählung die Wahlhelfer_innen der PLC unter Vorwänden ausschlossen. Im Augenblick ist nicht zu entscheiden, ob die gemeldeten Vorfälle den Tatsachen entsprechen. Wahrscheinlich handelt es sich aber um Einzelfälle, denn es gibt

auch viele Meldungen, die über einen friedlichen Wahlverlauf ohne Zwischenfälle berichten.

Der CSE hat am Dienstag nach der Wahl (nach der Auszählung von 86 Prozent der Stimmzettel) Ergebnisse veröffentlicht, die die FSLN als Sieger_in ausweisen.

Der Sieg ist aber nicht eindeutig. Zwar lassen die bisherigen Daten gegenüber den letzten Wahlen von 2004, aus denen die FSLN erstmals als stärkste Partei hervorging, bei ihr einen Zuwachs von etwa drei Prozent erkennen, aber dem steht ein Zuwachs von neun Prozent bei der PLC gegenüber. Beide haben vom Ausschluss ihrer Konkurrent_innen profitiert. Insgesamt wird sich die Zahl der von der FSLN gewonnenen Bürgermeister_innenposten erhöhen, vor allem weil sie im ländlichen Bereich gewonnen hat. In den Städten hat sie aber einige herbe Verluste hinnehmen müssen. So konnte die PLC der FSLN Masaya und Granada abnehmen.

Wahlbetrug?

Die vom CSE veröffentlichten Daten, vor allem für Managua und León, wurden von der PLC nicht anerkannt und auch von vielen Organisationen angezweifelt. In Managua sieht der Oberste Wahlrat den Kandidaten der FSLN, den ehemaligen Boxweltmeister Alexis Arguello, als sicheren Sieger vor Eduardo Montealegre. Die PLC sieht es klar umgekehrt und be ruft sich dabei auf die Kopien von über 90 Prozent aller Auszählungslisten, die ihre Wahlhelfer_innen in Managua gemacht haben und aus denen sie einen klaren Sieg herausliest, und auf offensichtliche Unregelmäßigkeiten in León. Dort wurden für die PLC angekreuzte Wahlzettel auf einer Müllkippe gefunden. Die Organisation Ética y Transparencia (EyT) hat auch ohne die offizielle Zulassung durch den CSE eine Wahlbeobachtung und eine Wähler_innenbefragung durchgeführt. Sie kommt zu dem Urteil, dass die diesjährigen Gemeindevahlen die „am wenigsten transparenten seit 1996“ waren. In 30 von den 143 Gemeinden (municipios), zu denen bisher Daten vorliegen, sind für EyT die Ergebnisse, die der CSE veröffentlicht hat, erklärungsbedürftig.

Die PLC trug ihre Kritik auf die Straße und provozierte mit ihren Anhänger_innen Gewalt und Unruhen. Außerdem fand sie eine breite nationale und internationale Unterstützung, vor allem bei ihren natürlichen Verbündeten, den politischen Vertretungen der USA und der EU und bei der katholischen Kirche Nicaraguas.

Im Augenblick, fast zwei Wochen nach der Wahl, ist die Situation verworren und spannungsgeladen. Ein offizielles Wahlergebnis gibt es immer noch nicht, stattdessen aber kommentarlose Ergebniskorrekturen zu Gunsten der FSLN. Der Oberste Wahlrat hat eine Nachzählung der Stimmen in Managua durchgeführt und sein bisheriges Ergebnis bestätigt. Die PLC hat dies nicht anerkannt, da wieder keine unabhängigen Beobachter_innen zugelassen wurden. Sie wird die Wahl vor Gericht anfechten und versuchte, dem mit Demonstrationen in León und Managua Nachdruck zu verleihen. Beide Demonstrationen wurden von FSLN-Sympathisant_innen gewaltsam verhindert. Die Krise wird jetzt auch auf internationaler Ebene von der OAS behandelt werden, wo die nicaraguanische Regierung von den ALBA-Staaten unterstützt werden wird.

Wie auch immer sich die Krise um die Gemeindevahlen lösen wird, eins ist jetzt schon sicher: Die Regierung Daniel Ortegas wird ihrem Motto „Versöhnung und Einheit“ nicht gerecht. Sie setzt im politischen Alltag ganz offen auf Polarisierung und Konfrontation.

Quellen:

La Prensa, El Nuevo Diario, La Primerísima

- 1 Der CSE konnte sich dabei zu Recht auf einen Formfehler nach dem Wahlgesetz berufen.
- 2 Das Ökumenische Büro hat dazu zusammen mit dem Informationsbüro Nicaragua einen Offenen Brief an den Obersten Wahlrat geschrieben. Dieser Brief mit den Unterschriften von 14 Organisationen und 19 Einzelpersonen aus Deutschland und Österreich ist am 12. September in der nicaraguanischen Tageszeitung *El Nuevo Diario* erschienen.

Weil wir ...



... gerne gelesen werden ...



... gerne in Bewegung bleiben wollen ...



... gerne für umsonst sind ...



... euch gerne was in die Hand geben ...



... freuen wir uns über Spenden fürs Infoblatt. Zeitung für internationalistische und emanzipatorische Perspektiven und so.

Ökumenisches Büro e.V.
Kto-Nr.: 56 17 62 58
BLZ: 701 500 00
Stichwort: Infoblatt

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN // die Monatszeitschrift

verlinkt mit der basis

// solidarisch // kritisch
// unabhängig

probieren bestellen und unverbindlich testen

www.lateinamerika-nachrichten.de

309 **iz3w**

Die Schraube anziehen - Arbeit macht das Leben schwer
Außerdem: ► NGOs in Afrika ► Konflikt im Kaukasus ► Opposition in Bolivien ► Literatur über Reisen ► Debatte über den Genozid in T... ► Interview mit ...

iz3w - # 309 - 77. Jahrgang - 11. Heft - 11. 2011 - 11. 2011

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Mit dem Flugdienst

des
Ökumenischen Büros
rund um die Welt

Flüge innerhalb **Europas**, nach **Asien**,
Afrika und natürlich nach **Zentral-**
und **Südamerika**

Sonder- und STA-StudentInnen tarife,
Jugendtarife europaweit und natürlich weltweit.

Ticket hinterlegungen, **Pauschal-** und

Last Minute Reisen mit oder ohne Hotel,
Reiseversicherungen und Mietwagen ...

Flugdienst im Internet

www.oeku-buero.de/flug

Onlinebuchung für
Flug, Pauschal- und Last Minute-Reisen,

(auch die jeweils aktuellen **Internetsondertarife**
von Lufthansa und anderen Airlines sind hier buchbar) Versicherungen
und Mietwagen, Visa- und Gesundheitsinformationen
und, und, und...

Einfach mal reinschauen,
anrufen, anfaxen oder mailen.

Telefon: 089 - 89 22 49 61 Fax: 089 - 89 22 49 62
Email: flug@oeku-buero.de